



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

03 | 2022

STATISTISCHE MONATSHEFTE



Aus dem Inhalt:

Wohnungsnotfälle

Bevölkerungswanderungen



Fotonachweis

Titelfoto : © zakalinka – stock.adobe.com

Wohnungslosigkeit ist ein Thema von großer sozialpolitischer Bedeutung. Um die Situation und den Hilfebedarf abschätzen zu können, bedarf es verlässlicher Daten. Das Statistische Landesamt erstellt seit 2017 auf Basis einer freiwilligen Erhebung einen Bericht zu Art und Umfang von Wohnungsnotfällen in Rheinland-Pfalz. Ab 2022 erfolgt die Wohnungsnotfallberichterstattung nach einem neuen Konzept, das aus der erstmaligen Erhebung einer neuen Bundesstatistik resultiert.

Beilage : Faltblatt Frauen

03 | 2022

STATISTISCHE MONATSHEFTE

75. Jahrgang

kurz + aktuell **151**

Industrie ■ Baugewerbe ■ Außenhandel ■ Einzelhandel
Gastgewerbe ■ Tourismus ■ Landwirtschaft ■ Bevölkerung
Reallohnindex ■ Bildung ■ Umwelt ■ Verkehr

Aus der amtlichen Statistik **169**

Verbraucherpreise **170**

Rheinland-Pfalz in Karten: Gewerbeanmeldungen 2020 **171**

Wohnungsnotfallberichterstattung Rheinland-Pfalz –
Teil I: Konzeption, Praxistest und Weiterentwicklung **172**

Wanderungen zwischen städtisch und ländlich geprägten
Regionen – Teil II: Binnenwanderung **186**

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz **193**

Neuerscheinungen **209**

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50 – 100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2022

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Rückgang der Industrieproduktion im Dezember 2021

Die Produktionsleistung der rheinland-pfälzischen Industrie nahm im Dezember ab. Nach Berechnungen auf Basis vorläufiger Werte schrumpfte der Produktionsindex gegenüber dem Vormonat preis-, kalender- und saisonbereinigt um 2,5 Prozent.

Alle drei industriellen Hauptgruppen verzeichneten Produktionsrückgänge gegenüber dem Vormonat: Der Output der Konsumgüterproduzenten sank mit einem Minus von 3,8 Prozent am kräftigsten. Die Ausbringung der Investitionsgüterproduzenten lag 2,8 Prozent unter dem Niveau von November 2021. Die Vorleistungsgüterproduzenten reduzierten den Güterausstoß um 1,8 Prozent.

Die drei umsatzstärksten Branchen des rheinland-pfälzischen Verarbeitenden Gewerbes verringerten ihre Produktion: In der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie, die nach den Umsätzen die zweitgrößte Industriebranche ist und zu den Investitionsgüterproduzenten gehört, sank der Output um 5,5 Prozent. Die Chemieindustrie, die zu den Vorleistungsgüterproduzenten zählt und die umsatzstärkste Branche des Verarbeitenden Gewerbes ist, drosselte ihren Güterausstoß gegenüber dem Vormonat um 4,1 Prozent. Die Ausbringung des Maschinenbaus, der zur Investitionsgüterindustrie gehört und

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Dez 2021		Jan bis Dez 2021	
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu			
	Nov 2021	Dez 2020	Jan bis Dez 2020	
Entwicklung der Produktion				
Industrie	-2,5 % ↓	3,6 % ↑	8,4 % ↑	
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-1,8 % ↓	2,1 % ↑	8,3 % ↑	
Investitionsgüterproduzenten	-2,8 % ↓	-5,4 % ↓	5,8 % ↑	
Konsumgüterproduzenten	-3,8 % ↓	20,9 % ↑	12,1 % ↑	
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	-4,1 % ↓	2,8 % ↑	8,0 % ↑	
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	-5,5 % ↓	-11,6 % ↓	-1,5 % ↓	
Maschinenbau	-2,0 % ↓	0,3 % ↗	14,4 % ↑	
Entwicklung der Auftragseingänge				
Industrie	-0,7 % ↓	21,0 % ↑	32,2 % ↑	
Inland	-2,5 % ↓	20,4 % ↑	30,8 % ↑	
Ausland	0,4 % ↗	21,4 % ↑	33,0 % ↑	
Vorleistungsgüterproduzenten ²	0,9 % ↗	6,7 % ↑	16,8 % ↑	
Investitionsgüterproduzenten	-8,5 % ↓	23,8 % ↑	47,7 % ↑	
Konsumgüterproduzenten	21,8 % ↑	67,9 % ↑	42,9 % ↑	
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	1,0 % ↗	1,2 % ↗	16,9 % ↑	
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	-16,7 % ↓	39,2 % ↑	70,2 % ↑	
Maschinenbau	3,9 % ↑	4,5 % ↗	33,4 % ↑	

¹ Vorläufige preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – ² Einschließlich Energie.

nach den Umsätzen die drittgrößte Branche ist, nahm um zwei Prozent ab.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat stieg die bereinigte Industrieproduktion um 3,6 Prozent. Das kräftigste Plus erreichten die Konsumgüterpro-

duzenten; deren Güterausstoß war im Dezember 2021 gut 21 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Der Output der Vorleistungsgüterhersteller nahm um 2,1 Prozent zu. Die Ausbringung der Investitionsgüterhersteller

Konjunktur aktuell

Weitere Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Rheinland-Pfalz und aktuelle Konjunkturdaten finden Sie hier:





schrumpfte dagegen um 5,4 Prozent, was auf den starken Produktionsrückgang der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie um zwölf Prozent zurückzuführen ist. Der Output des Maschinenbaus lag geringfügig über dem Niveau des Vorjahresmonats (+0,3 Prozent). Die Chemieproduzenten erhöhten den Güterausstoß um 2,8 Prozent.

Auftragseingänge in der Industrie sinken im Dezember 2021 leicht

Die Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Industrieprodukten sank im Dezember 2021 leicht. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex um 0,7 Prozent unter dem Niveau des Vormonats. Während sich das inländische Ordervolumen um 2,5 Prozent verringerte, gingen aus dem Ausland 0,4 Prozent mehr Bestellungen ein als im November.

Die drei industriellen Hauptgruppen zeigen ein uneinheitliches Bild: Die Auftragseingänge in der Investitionsgüterindustrie schrumpften im Dezember um 8,5 Prozent. Diesem Rückgang stehen Zuwächse in den beiden anderen Hauptgruppen gegenüber. Besonders das Ordervolumen bei Konsumgütern nahm kräftig zu (+22 Prozent). Die Bestellungen in der Vorleistungsgüterindustrie stiegen um 0,9 Prozent.

Der verringerten Nachfrage in der Investitionsgüterindustrie liegen gegenläufige Entwicklungen in den beiden großen Teilbereichen zugrunde: In der

Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie, der gemessen am Umsatz zweitgrößten Industriebranche in Rheinland-Pfalz, gingen im Dezember 17 Prozent weniger Bestellungen ein als im Monat zuvor. Im Maschinenbau nahmen die Auftragseingänge um 3,9 Prozent zu. Im Bereich Chemie erhöhte sich das Ordervolumen um ein Prozent.

Die bereinigten Auftragseingänge waren im Dezember 2021 wesentlich höher als im Vorjahresmonat (+21 Prozent). Dazu trugen das Inlands- und das Auslandsgeschäft fast gleichermaßen bei. Von den drei Hauptgruppen verbuchte die Konsumgüterindustrie die stärkste Zunahme. Die Bestellungen lagen 68 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Auch in den beiden anderen Hauptgruppen war das Ordervolumen höher als im Dezember 2020. Das Plus betrug in der Investitionsgüterindustrie 24 Prozent und in der Vorleistungsgüterindustrie 6,7 Prozent. Die Nachfrage nach Kraftwagen und Kraftwagenteilen erhöhte sich deutlich um 39 Prozent, während die Auftragseingänge im Maschinenbau 4,5 Prozent zulegten. In der Chemieindustrie fiel der Zuwachs mit +1,2 Prozent am geringsten aus.

Industrie setzt 2021 mehr um

Die Umsätze der rheinland-pfälzischen Industrie legten 2021 zu. Die Erlöse stiegen um 17 Prozent gegenüber 2020 (Deutschland: +11 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten nahm 0,6 Prozent ab (Deutschland: -1,5 Prozent). Im Vergleich zum Vor-Corona-Jahr 2019 stiegen die

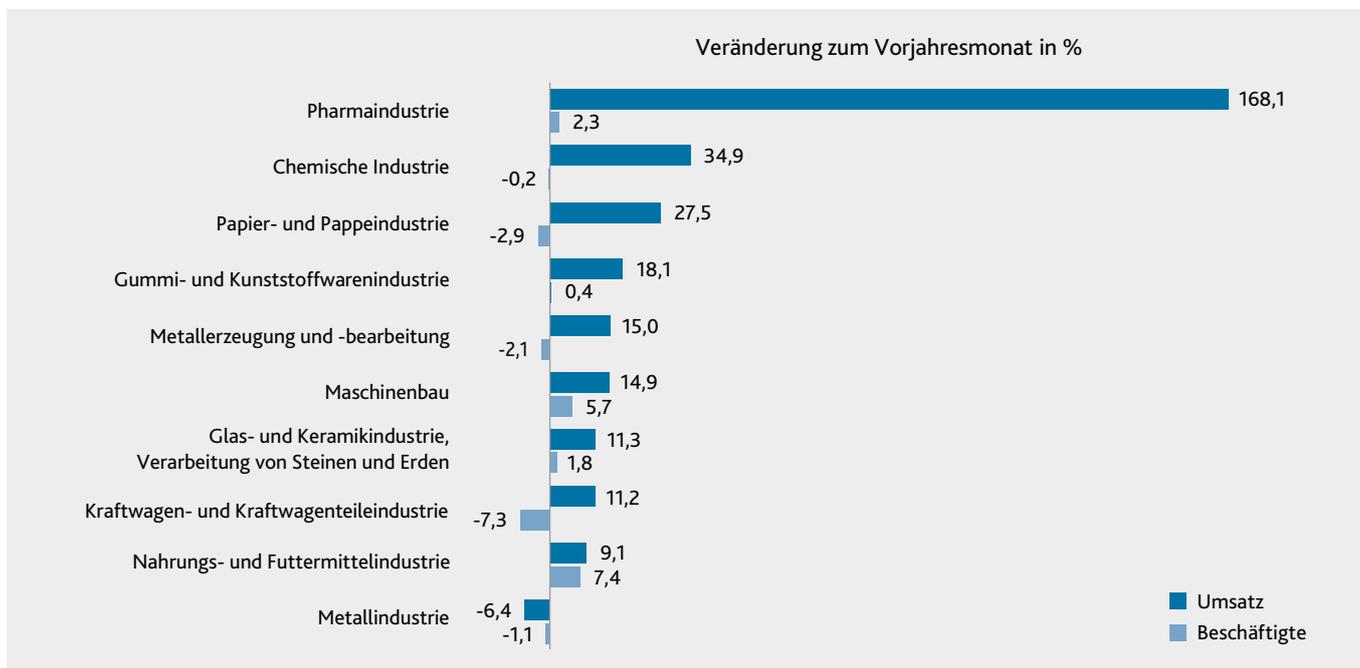
Umsätze um 6,3 Prozent. Der Personalstand war 2,5 Prozent niedriger.

Die Industrie erwirtschaftete 2021 insgesamt 98,37 Milliarden Euro. Die Geschäfte im Ausland entwickelten sich dynamischer als die im Inland (+18 bzw. +15 Prozent). Zum Vergleich: In Deutschland nahm der Umsatz aus dem Inland um 8,9 Prozent und aus dem Ausland um 13 Prozent zu. Die Exportquote betrug wie im Vorjahr 56,4 Prozent.

Unter den zehn umsatzstärksten Branchen steigerte die Pharmaindustrie aufgrund erhöhter Nachfrage nach einzelnen Produkten ihre Umsätze deutlich um über 70 Prozent. Die Hersteller chemischer Erzeugnisse sowie der Maschinenbau erzielten merklich höhere Umsätze (+22 bzw. +21 Prozent). Trotz anhaltender Lieferprobleme im zweiten Halbjahr stieg der Umsatz bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen um elf Prozent. Einzig die Nahrungs- und Futtermittelindustrie erwirtschaftete 0,5 Prozent weniger.

Insgesamt waren 2021 durchschnittlich rund 256 300 Personen in den rheinland-pfälzischen Industriebetrieben beschäftigt. Das waren 0,6 Prozent weniger als im Vorjahr (Deutschland: -1,5 Prozent). Trotz negativer Umsatzentwicklungen erhöhte sich die Zahl der Arbeitskräfte bei den Nahrungs- und Futtermittelherstellern am deutlichsten (+8,3 Prozent). Beschäftigungsgewinne gab es auch im Maschinenbau und in der Pharmaindustrie (+3,4 bzw. +2,2 Prozent). Die Hersteller von

Umsatz und Beschäftigte in der Industrie im Dezember 2021 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen reduzierten ihren Personalbestand merklich um 7,2 Prozent. Die Rückgänge in der Metallbearbeitung sowie der Metallerzeugnisherstellung lagen bei 3,8 bzw. 3,6 Prozent.

Im Dezember 2021 steigerten die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe ihre Umsätze gegenüber dem Vorjahresmonat deutlich um 23 Prozent (Deutschland: +11 Prozent). Die Beschäftigung nahm geringfügig um 0,4 Prozent zu (Deutschland: -0,3 Prozent).

Mit deutlichem Abstand führte die Pharmaindustrie das Ranking der Umsatzzuwächse an (+168 Prozent). Die Hersteller chemischer Erzeugnisse sowie die Hersteller von Papier- und Pappeprodukten folgten (+35 bzw. +28 Prozent). Auch die Kraft-

fahrzeugindustrie erwirtschaftete elf Prozent mehr. Lediglich die Umsätze der Hersteller von Metallerzeugnissen lagen unter dem Niveau des Vorjahresmonats (-6,4 Prozent). In fünf der am Umsatz gemessen bedeutendsten Wirtschaftszweigen erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten. Die Nahrungs- und Futtermittelhersteller sowie der Maschinenbau steigerten ihren Personalbestand am deutlichsten (+7,4 bzw. +5,7 Prozent). In der Kraftfahrzeugbranche gab es die höchsten Arbeitsplatzverluste (-7,3 Prozent).

Auftragseingänge und Umsätze im Bauhauptgewerbe steigen im Dezember 2021

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verbuchte im Dezember 2021 mehr Aufträge und höhere Umsätze als im Vormonat. Die Auftragsein-

gänge stiegen kalender- und saisonbereinigt um 17 Prozent. Der gewerbliche Umsatz war um 5,8 Prozent höher als im November. Im Jahr 2021 lag das Ordervolumen insgesamt zwölf Prozent über dem Niveau des Vorjahres. Die Umsätze fielen um 0,7 Prozent geringer aus als 2020.

Im Hochbau lagen die bereinigten Auftragseingänge im Dezember 32 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Die drei Segmente des Hochbaus entwickelten sich im letzten Monat des Jahres sehr unterschiedlich. Im gewerblichen Hochbau sowie im Wohnungsbau stieg die Nachfrage kräftig (+55 bzw. +35 Prozent). Für den öffentlichen Hochbau ergab sich jedoch ein Minus von 25 Prozent. Im Tiefbau gingen 4,8 Prozent mehr Bestellungen ein als im November. Ausschlaggebend war ein deutliches

**Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz**

Indikator	Dez 2021		Jan bis Dez 2021	
	Veränderung des Wertes ¹ zu			
	Nov 2021	Dez 2020	Jan bis Dez 2020	
Auftragseingang	17,1 % ↑	29,1 % ↑	12,1 % ↑	
Hochbau insgesamt	31,5 % ↑	53,1 % ↑	14,0 % ↑	
Wohnungsbau	35,2 % ↑	29,2 % ↑	28,3 % ↑	
gewerblicher Hochbau	55,3 % ↑	102,6 % ↑	11,3 % ↑	
öffentlicher Hochbau	-25,3 % ↓	4,4 % ↑	-7,1 % ↓	
Tiefbau insgesamt	4,8 % ↑	10,6 % ↑	10,4 % ↑	
gewerblicher Tiefbau	0,1 % ↗	23,7 % ↑	16,1 % ↑	
Straßenbau	-4,8 % ↓	-17,8 % ↓	-2,1 % ↓	
sonstiger öffentlicher Tiefbau	24,7 % ↑	64,7 % ↑	31,3 % ↑	
Baugewerblicher Umsatz	5,8 % ↑	-6,1 % ↓	-0,7 % ↘	
Hochbau insgesamt	-2,0 % ↓	-22,7 % ↓	0,3 % ↗	
Wohnungsbau	-0,7 % ↘	-38,2 % ↓	-7,6 % ↓	
gewerblicher Hochbau	-0,2 % ↘	-11,8 % ↓	7,9 % ↑	
öffentlicher Hochbau	-9,4 % ↓	7,0 % ↑	-1,2 % ↘	
Tiefbau insgesamt	13,6 % ↑	15,1 % ↑	-1,7 % ↘	
gewerblicher Tiefbau	66,3 % ↑	63,9 % ↑	7,5 % ↑	
Straßenbau	0,6 % ↗	13,0 % ↑	1,9 % ↗	
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-10,6 % ↓	-20,4 % ↓	-14,3 % ↓	

¹ Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

Plus im sonstigen öffentlichen Tiefbau von 25 Prozent. Im gewerblichen Tiefbau blieb das Ordervolumen nahezu unverändert (+0,1 Prozent), während im Straßenbau 4,8 Prozent weniger Aufträge eingingen als im Monat zuvor.

Insgesamt ist die Nachfrage 2021 sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau gestiegen. Gegenüber dem Vorjahr legte der Hochbau mit einem Plus von 14 Prozent stärker zu als der Tiefbau (+10 Prozent).

Der Hochbau erzielte im Dezember geringere Umsätze als im November. Kalender- und saisonbereinigt sanken die Erlöse um zwei Prozent. Dabei verzeichneten alle drei Teilbereiche einen Umsatzrückgang. Am stärksten war der Rückgang im öffentlichen Hoch-

bau (-9,4 Prozent). Im Wohnungsbau und im gewerblichen Hochbau nahmen die Erlöse nur leicht ab (-0,7 bzw. -0,2 Prozent). Der Tiefbau verbuchte gegenüber dem Vormonat eine Umsatzsteigerung von 14 Prozent. Dazu trug vor allem der gewerbliche Tiefbau bei (+66 Prozent). Der Zuwachs im Straßenbau betrug 0,6 Prozent. Im sonstigen öffentlichen Tiefbau schrumpften die Erlöse um elf Prozent.

Im Vergleich zum Vorjahr sind 2021 die Umsätze im Hochbau gestiegen und im Tiefbau gesunken. Einem geringen Plus von 0,3 Prozent im Hochbau stand im Tiefbau ein Minus von 1,7 Prozent gegenüber.

Investitionen im Baugewerbe 2020 trotz Corona im Plus

Die Investitionen im Baugewerbe erreichten 2020 einen neuen Höchststand. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen sie um 3,9 Prozent auf knapp 191 Millionen Euro. Sowohl das Bauhauptgewerbe als auch das Ausbaugewerbe erweiterten ihren Bestand an Sachkapital.

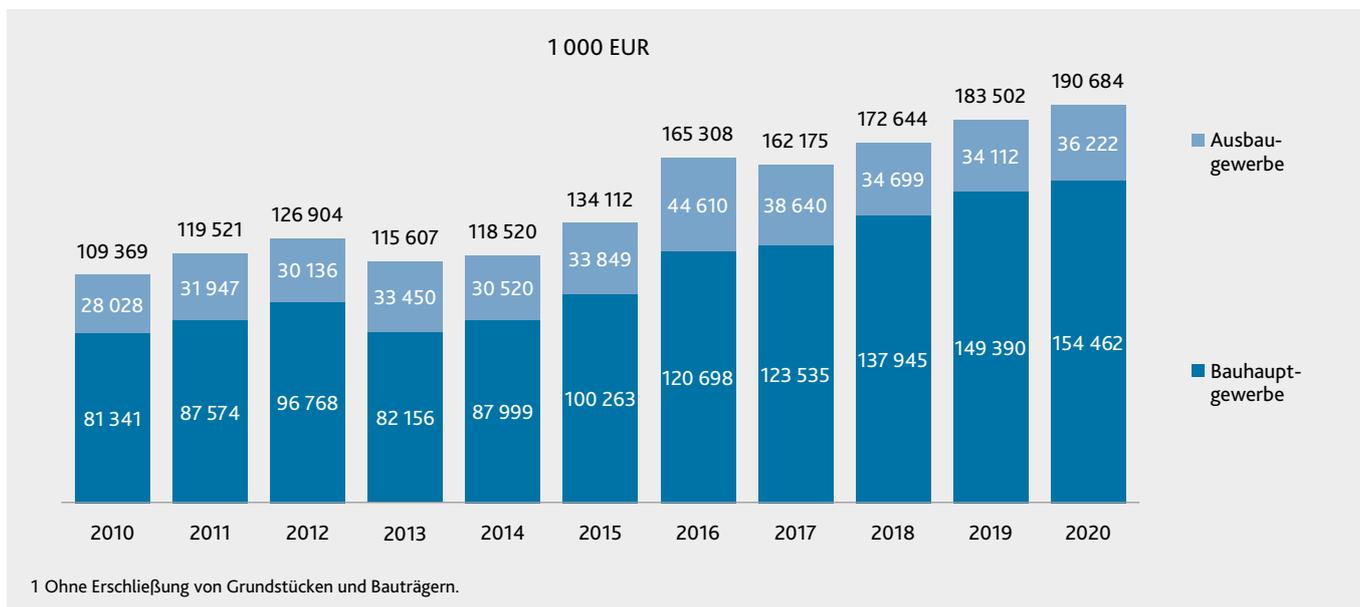
Auf das Bauhauptgewerbe entfielen über 81 Prozent der Investitionsmittel. Die Unternehmen in diesem Zweig investierten 2020 rund 154 Millionen Euro; dies waren 3,4 Prozent mehr als im Vorjahr. In Bezug auf den Gesamtumsatz lag der Investitionsanteil, die sogenannte Investitionsquote, bei 3,4 Prozent. Die Investitionsintensität, die das Verhältnis der Investitionen zu der Zahl der tätigen Personen beschreibt, betrug 6 618 Euro.

Im Ausbaugewerbe wurden 36 Millionen Euro investiert (+6,2 Prozent). Die Investitionsquote lag hier bei 1,7 Prozent, die erbrachten Investitionen je tätiger Person bei 2 222 Euro.

Zum Baugewerbe zählten im Jahr 2020 rund 800 Unternehmen mit knapp 40 000 Beschäftigten. Der Gesamtumsatz im Baugewerbe betrug 6,6 Milliarden Euro.

Außenhandel 2021 mit positiver Jahresbilanz

Der rheinland-pfälzische Außenhandel legte im vergangenen Jahr nach dem coronabedingten Einbruch 2020 wieder zu; Im- und Exporte erreichten ein etwas höheres Niveau als im Vor-

Bruttoanlageinvestitionen im Baugewerbe¹ 2010–2020

Corona-Jahr 2019. Nach vorläufigen Angaben wurden 2021 Waren im Wert von rund 54 Milliarden Euro ins Ausland geliefert. Das waren elf Prozent mehr als im Vorjahr (Deutschland: +14 Prozent). Der Wert der Einfuhren nahm deutlich um 18 Prozent auf 41,9 Milliarden Euro zu (Deutschland: +17 Prozent).

Verglichen mit dem Vorkrisenniveau im Jahr 2019 lagen die Exporte 2021 um 1,2 Prozent höher; die Importe waren mit 6,6 Prozent im Plus.

Bedeutendster Absatzmarkt für die rheinland-pfälzischen Exporte waren auch 2021 die EU-Staaten (Anteil: 56 Prozent). Der Zuwachs betrug hier 14 Prozent. In die Länder der Eurozone wurden zwölf Prozent, in die der Nicht-Eurozone 19 Prozent mehr Waren ausgeführt. Besonders nach Polen wurde im Vergleich zum Vorjahr mehr exportiert (+30 Prozent). Deutliche Ausfuhr-

zunahmen in die Türkei (+128 Prozent) prägten die Zuwachsraten in das übrige Europa (+18 Prozent).

Die Exporte auf den amerikanischen Kontinent stiegen um 4,4 Prozent, trotz des Rückgangs der Ausfuhren in die USA (-1,7 Prozent). Die Ausfuhren nach Asien lagen 1,2 Prozent unter dem Vorjahreswert, was vor allem am Rückgang der Exporte nach China lag (-13 Prozent).

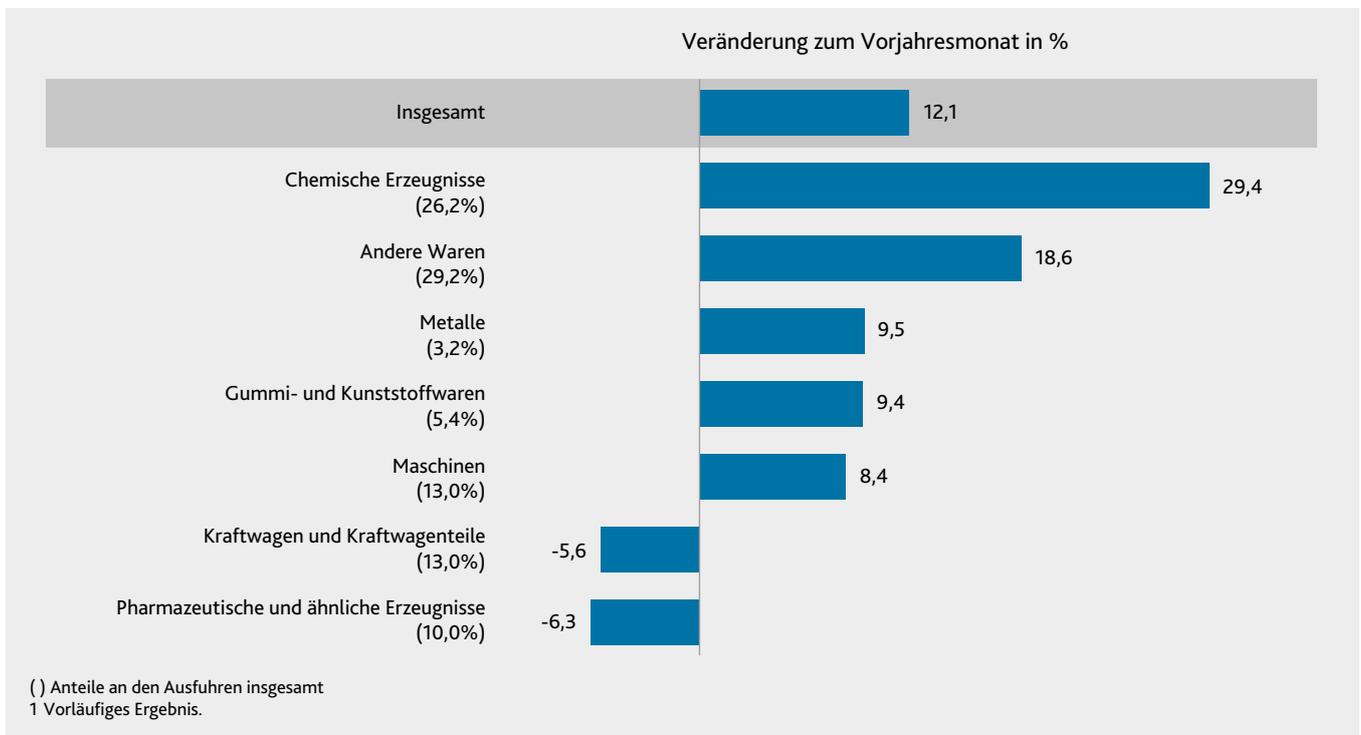
Unter den für den Export besonders bedeutenden Güterabteilungen entwickelten sich 2021 nur die Ausfuhren der Pharmazie und der Kraftwagen und Kraftwagenteile negativ (-6,1 bzw. -0,4 Prozent). Die höchsten Zuwächse gab es bei chemischen Erzeugnissen (+25 Prozent). Mit deutlichem Abstand folgten Maschinen (+14 Prozent).

Die Einfuhren aus den Mitgliedstaaten der EU betragen 2021 rund 25,5 Milli-

arden Euro (+18 Prozent). Rund 16 Prozent mehr Importe erreichten Rheinland-Pfalz aus den Ländern, die der Eurozone angehören. Die Importe aus der Tschechischen Republik und Polen stiegen überdurchschnittlich (+32 bzw. +26 Prozent); dies führte zu einem Zuwachs der Einfuhren aus der Nicht-Eurozone um 25 Prozent. Aus dem Vereinigten Königreich wurde rund ein Fünftel weniger importiert (-20 Prozent). Insgesamt stiegen die Einfuhren aus dem übrigen Europa um 5,2 Prozent.

Eine positive Einfuhrbilanz zeigte sich mit Asien (+29 Prozent) aufgrund der Zuwächse aus China (+32 Prozent). Der Wert der aus Amerika eingeführten Waren stieg um 17 Prozent (USA: +16 Prozent).

Im Dezember 2021 wurden gegenüber dem Vorjahresmonat zwölf Prozent mehr Waren im Wert von

Ausfuhren im Dezember 2021¹ nach Güterabteilungen

4,3 Milliarden Euro ausgeführt. In ähnlicher Größenordnung stiegen die Ausfuhren in die Länder der EU (+14 Prozent), in die Eurozone sowie das übrige Europa (beide +13 Prozent). Die Länder der Nicht-Eurozone verbuchten einen Exportanstieg von 15 Prozent. Nach Asien wurden 14 Prozent, nach Amerika drei Prozent mehr ausgeführt.

Die Einfuhren legten 26 Prozent zu. Aus den Ländern der EU kamen 28 Prozent mehr Güter. Der Warenwert aus Ländern der Eurozone stieg um 31 Prozent. Rückläufige Importe aus dem Vereinigten Königreich in Höhe von 30 Prozent führten zu einem Rückgang der Einfuhren aus dem übrigen Europa (-2,3 Prozent). Der Wert der aus Amerika und Asien eingeführ-

ten Waren stieg deutlich (+41 bzw. +32 Prozent).

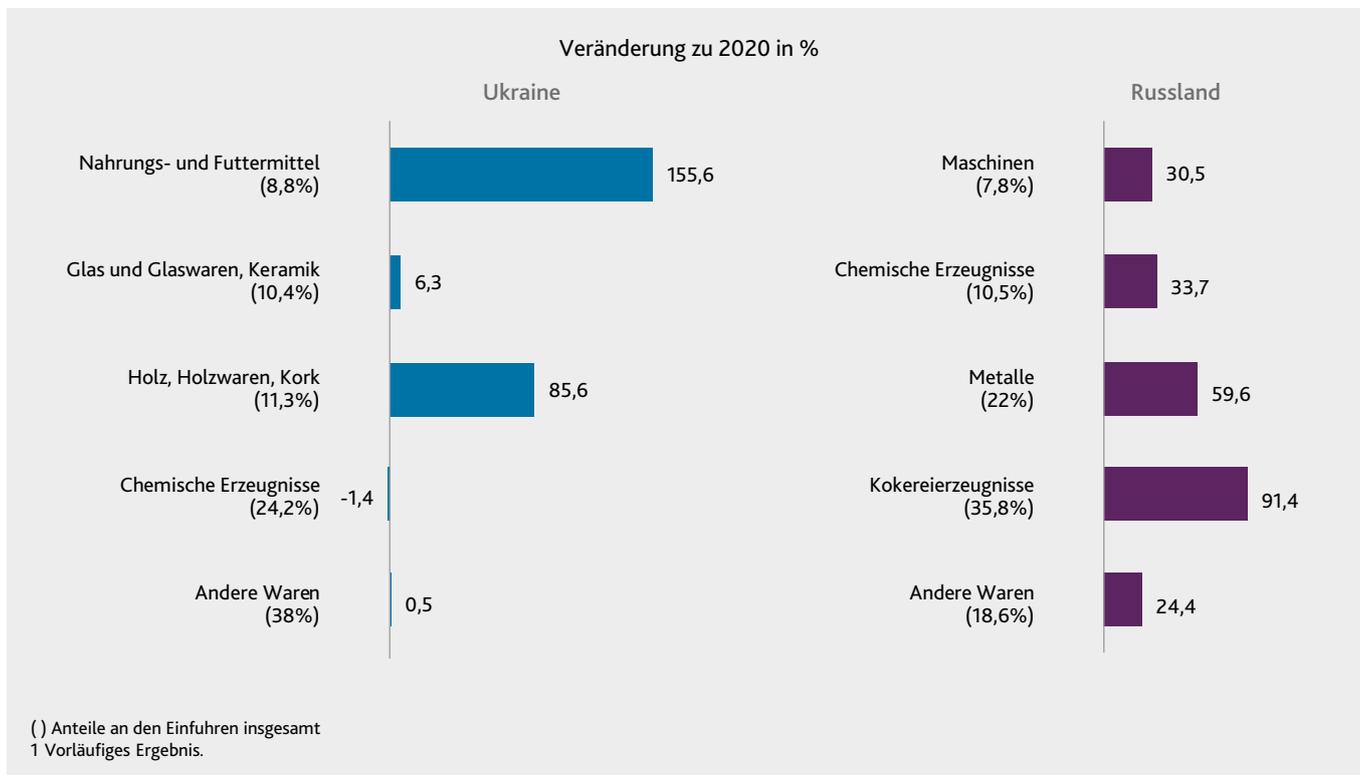
Außenhandel mit der Ukraine und Russland

Nach vorläufigen Ergebnissen wurden im Jahr 2021 Waren und Dienstleistungen im Wert von rund 823 Millionen Euro nach Russland exportiert. Dies entspricht 1,5 Prozent des Gesamtexports von Rheinland-Pfalz. Das Exportvolumen in die Ukraine betrug 2021 rund 194 Millionen Euro. Der Anteil der Ausfuhren in die Ukraine gemessen an den gesamten Ausfuhren von Rheinland-Pfalz betrug 0,4 Prozent.

Der Wert der nach Russland exportierten Waren stieg gegenüber 2020 um 7,2 Prozent. Mit gut einem Drittel des Gesamtexportvolumens erreich-

ten die chemischen Erzeugnisse den höchsten Ausfuhrwert von knapp 288 Millionen Euro; dieser legte gegenüber dem Vorjahr um 14 Prozent zu. Die russische Nachfrage nach Maschinen entwickelte sich rückläufig (-4,8 Prozent), blieb aber mit einem Wert von 241 Millionen Euro an zweiter Stelle.

Aus Russland wurden Waren im Wert von 398 Millionen nach Rheinland-Pfalz eingeführt, das war knapp ein Prozent des Gesamtimportwerts. Gegenüber dem Vorjahr wurde damit beim importieren Warenwert ein Plus von mehr als der Hälfte umgesetzt. Mit einem Anteil von über einem Drittel waren die Kokereierzeugnisse der Spitzenreiter unter den Importgütern. Der Zuwachs gegenüber dem Vor-

Einfuhren 2021¹ aus der Ukraine und aus Russland nach ausgewählten Güterabteilungen

jahreswert betrug 91 Prozent. Gut ein Fünftel der Gesamteinfuhren waren Metallerzeugnisse (+60 Prozent).

Russland belegte 2021 unter den wichtigsten Handelspartnern von Rheinland-Pfalz den 16. Rang beim Export und Rang 24 beim Import.

Das Exportvolumen in die Ukraine betrug 2021 rund 194 Millionen Euro und lag um 1,6 Prozent unter dem Vorjahreswert. Damit sind die Ausfuhren seit 2017 das vierte Jahr in Folge rückläufig.

Knapp die Hälfte aller Ausfuhren in die Ukraine entfiel auf Maschinen (Anteil: 25 Prozent) sowie chemische Erzeugnisse (Anteil: 24 Prozent). Der Warenwert der exportierten Maschinen

betrug 49 Millionen Euro (-9,5 Prozent); der der chemischen Erzeugnisse 47 Millionen Euro (-8,1 Prozent).

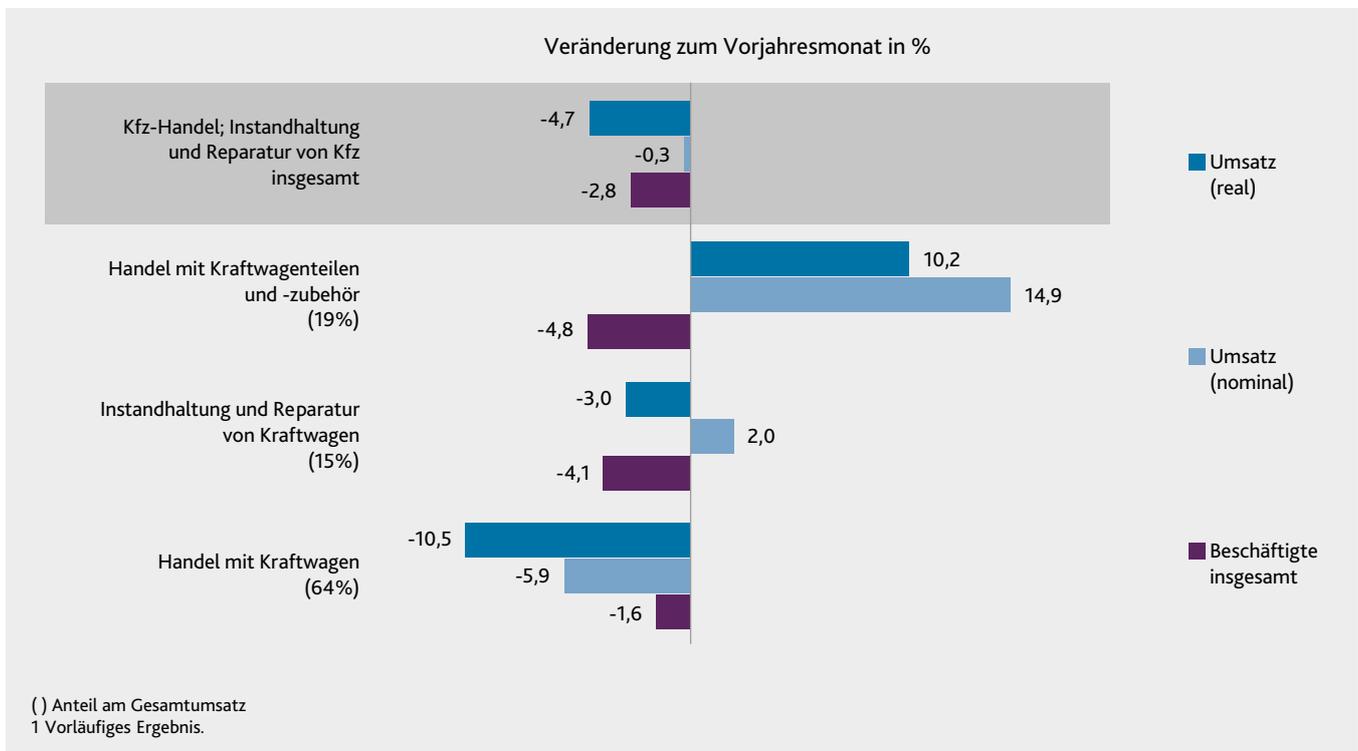
Die Ukraine importierte 2021 Güter im Wert von 38 Millionen nach Rheinland-Pfalz und übertraf das Ergebnis des Vorjahres um elf Prozent. Gemessen an den gesamten Einfuhren nach Rheinland-Pfalz waren das 0,1 Prozent. Bevorzugt wurden Güter aus der Chemischen Industrie eingeführt (Anteil: 24 Prozent). Hier lag das Einfuhrvolumen von gut neun Millionen Euro um 1,4 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres. Hohe Einfuhranteile gab es auch in den Gütergruppen „Holz und Holzwaren“ (Anteil: elf Prozent) sowie „Glas und Glaswaren“ (Anteil: zehn Prozent) mit Zuwächsen von 86 bzw. 6,3 Prozent.

In der Rangfolge der wichtigsten Ausfuhrländer belegt die Ukraine den 44. Platz und beim Import Platz 54.

Umsatz und Beschäftigung im Kfz-Handel im November 2021 im Minus

Im November 2021 lagen die Umsätze im rheinland-pfälzischen Kfz-Handel (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kfz) den fünften Monat in Folge unter dem Niveau des Vorjahresmonats. Nach vorläufigen Berechnungen setzten die Kfz-Händler real, also um Preisveränderungen bereinigt, 4,7 Prozent weniger um als im November 2020 (Deutschland: -6,3 Prozent).

Nominal bzw. einschließlich Preisänderungen reduzierten sich die

Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Kraftfahrzeughandels¹ im November 2021

Umsätze geringfügig um 0,3 Prozent (Deutschland: –1,8 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten lag um 2,8 Prozent niedriger als im November 2020 (Deutschland: –1,3 Prozent).

Der Handel mit Kraftwagen, der knapp zwei Drittel der Umsätze generiert, verzeichnete auch aufgrund der produktionsbedingten Lieferengpässe reale Umsatzeinbußen von elf Prozent. Ebenfalls negativ entwickelten sich die Umsätze in der Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen (–3 Prozent). Der Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör erwirtschaftete zehn Prozent mehr.

Die realen Umsätze lagen 2021 in den ersten elf Monaten 2,1 Prozent über denen des Vorjahreszeitraumes

(nominal: +4,7 Prozent). Die Beschäftigung ging im selben Zeitraum um 2,3 Prozent zurück.

Preisbedingtes Umsatzplus im Einzelhandel 2021 gegenüber 2020

Die realen Einzelhandelsumsätze knüpften 2021 nicht an das Niveau des umsatzstarken Vorjahres an. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Umsätze real, also ohne den Einfluss von Preisveränderungen, um 0,7 Prozent niedriger als 2020 (Deutschland: +0,9 Prozent). Nominal bzw. bewertet in jeweiligen Preisen stiegen die Erlöse um 1,6 Prozent (Deutschland: +3 Prozent).

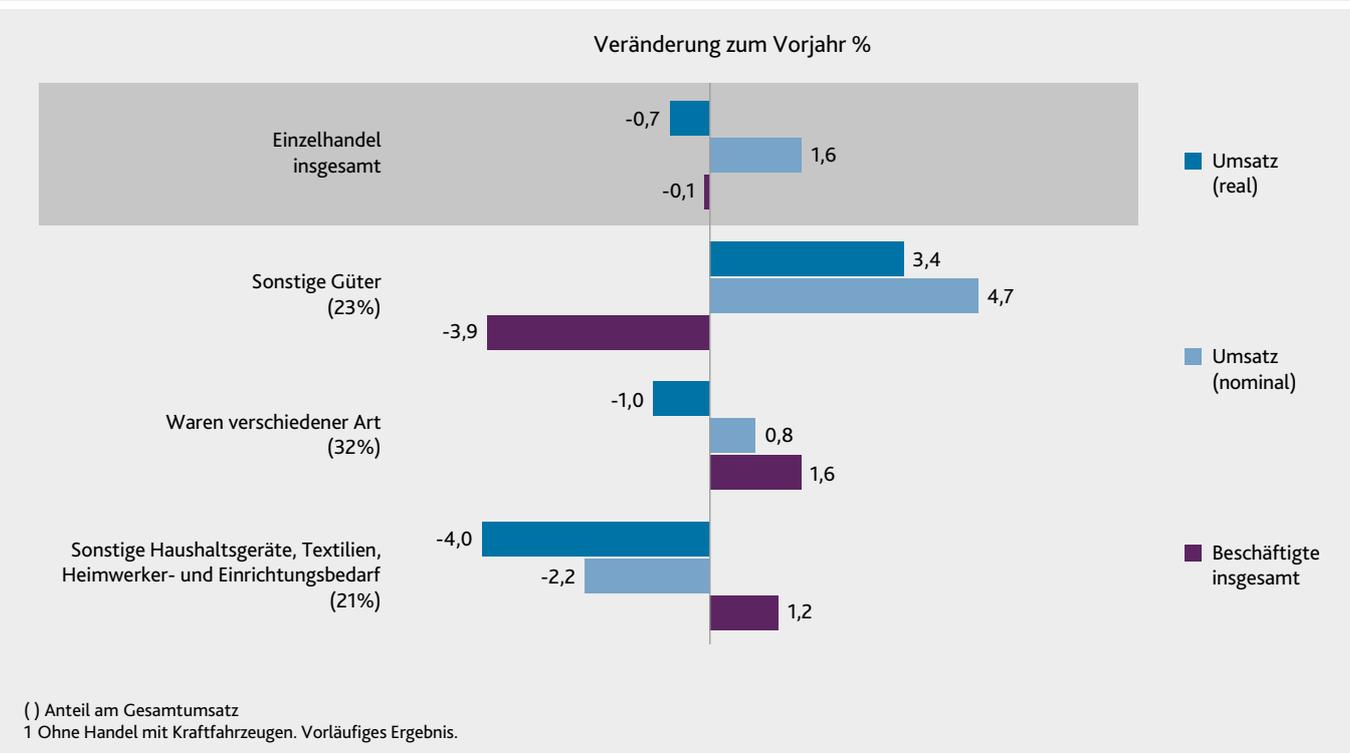
Gegenüber dem Vor-Corona-Niveau erhöhten sich die Umsätze real um 4,3 Prozent, nominal um acht Prozent.

Die Umsatzzuwächse im Einzelhandel gingen auf Preissteigerungen zurück. Gegenüber 2020 war der Einzelhandel mit Lebensmitteln mit einem Prozent im Minus; der mit Nicht-Lebensmitteln mit 0,4 Prozent. Nominal stiegen die Umsätze im Lebensmittel-Einzelhandel um 0,9 Prozent bzw. im Nicht-Lebensmittel-Einzelhandel um 2,2 Prozent.

Im Jahresvergleich erwirtschaftete lediglich der Handel mit sonstigen Gütern, zu denen beispielsweise Bekleidung, Schuhe und Lederwaren zählen, mehr (+3,4 Prozent). Der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art in Verkaufsräumen mit dem Handelsschwerpunkt im Lebensmittelbereich realisierte weniger Umsätze (–1 Prozent). Ein Minus von vier Prozent verbuchten die Händler mit sonstigen



Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Einzelhandels¹ im Jahr 2021



Haushaltsgeräten, Textilien und Heimwerker- und Einrichtungsbedarf. Im Handel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik sowie mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren gingen die Erlöse um 6,9 bzw. 4,1 Prozent zurück.

Die Zahl der Beschäftigten blieb im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert (-0,1 Prozent; Deutschland: +1 Prozent).

Preisbedingt stiegen die Umsätze im Einzelhandel im Dezember 2021 gegenüber dem Vorjahresmonat nominal um drei Prozent; ohne Preiseinflüsse lagen diese um 0,3 Prozent niedriger. Positiv liefen die Geschäfte für den Nicht-Lebensmittel-Einzelhandel: Die realen bzw. nominalen

Zuwächse lagen bei 3,1 bzw. 6,9 Prozent. Der Handel im Lebensmittelbereich erzielte 4,4 Prozent weniger reale Umsätze (nominal: -1,4 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten lag 1,6 Prozent unter dem Vorjahreswert.

Umsatzeinbußen im Gastgewerbe im Jahr 2021 gegenüber dem Vorjahr

Die coronabedingten Einschränkungen setzten den rheinland-pfälzischen Gastgewerbetreibenden auch im zweiten Corona-Jahr deutlich zu. Die Erlöse lagen real, also um Preisveränderungen bereinigt, um 6,1 Prozent unter den Ergebnissen von 2020 (Deutschland: -2,2 Prozent). Nominal, das heißt gemessen in jeweiligen Preisen, belief sich der Rückgang auf 3,8 Prozent (Deutschland: +0,1 Prozent).

Deutlich gravierender sind die Einbußen gegenüber dem Umsatzniveau vor der Corona-Pandemie: Im Vergleich zu den Erlösen 2019 waren die realen Jahresumsätze 2021 um 39 Prozent niedriger (nominal: -36 Prozent).

Zum Vergleich: Im Jahr 2020, dem ersten Corona-Jahr, lagen die Erlöse real, also um Preisveränderungen bereinigt, um 36 Prozent unter denen von 2019. Nominal beliefen sich die Einbrüche auf 34 Prozent.

Gegenüber dem Vorjahr erzielte das Beherbergungsgewerbe rund 2,2 Prozent weniger reale Umsätze (nominal: -0,9 Prozent). Die Erlöse in der Gastronomie, auf die zwei Drittel der Gastgewerbeumsätze entfallen, gingen um 8,6 Prozent zurück (nominal: -5,5 Pro-



zent). Die Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben erwirtschafteten zehn Prozent weniger (nominal: -7,1 Prozent), die Caterer und Erbringer sonstiger Verpflegungsdienstleistungen mehr (real: +4,7 bzw. nominal: +7,6 Prozent).

Der Personalstand im Gastgewerbe sank gegenüber 2020 um 7,2 Prozent (Deutschland: -7,8 Prozent).

Im Dezember 2021 lagen die realen Umsätze im rheinland-pfälzischen Gastgewerbe um 44 Prozent unter denen des Vor-Corona-Jahres 2019. Nominal gingen die Erlöse um 41 Prozent zurück. Die Betreiber von Beherbergungsstätten erzielten real 37 Prozent, die der Gastronomie 48 Prozent weniger Umsätze. Der Personalstand

im Gastgewerbe war um 16 Prozent niedriger als 2019. Aussagekräftige Vergleiche mit dem Vorjahr sind aufgrund des Lockdowns im Dezember 2020 nicht sinnvoll.

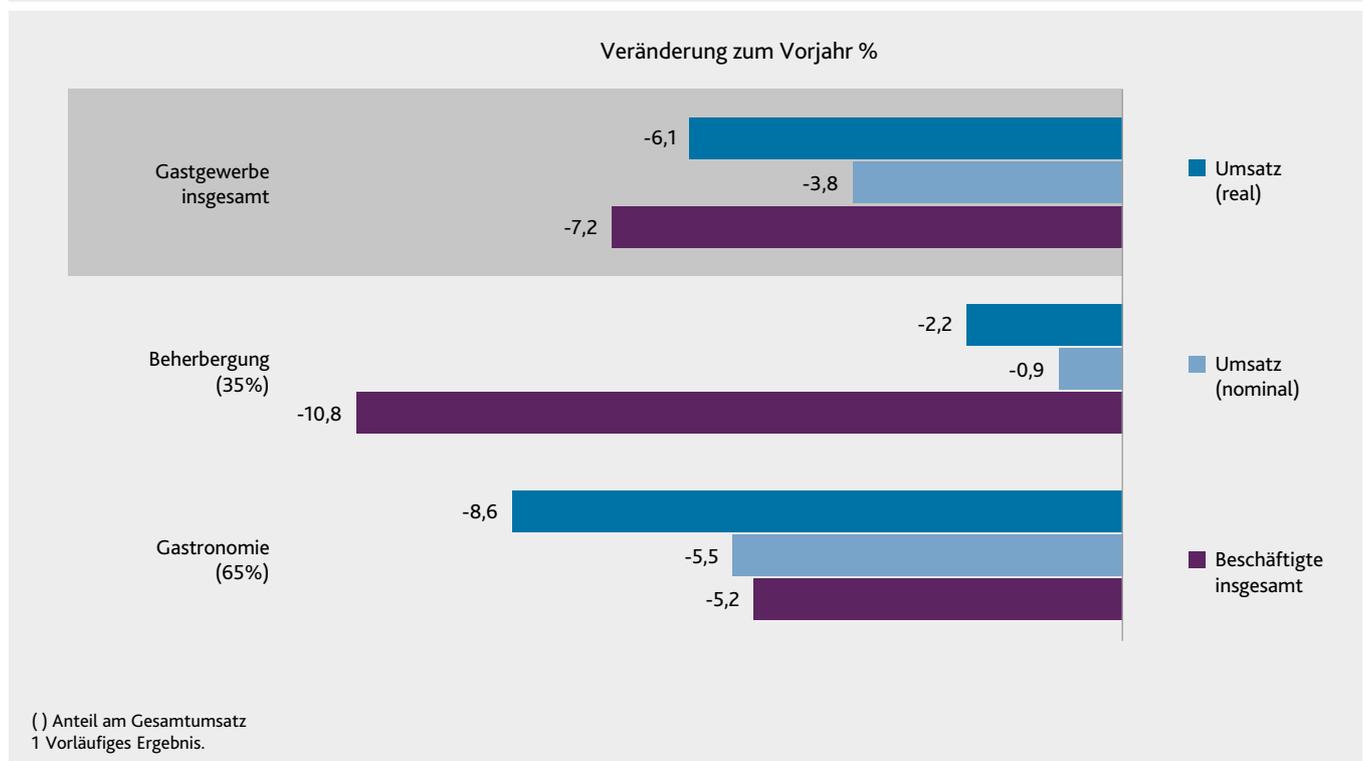
Jahresbilanz 2021: Herbe Verluste für Tourismus

Die Corona-Pandemie prägte auch im Jahr 2021 die Entwicklung im rheinland-pfälzischen Tourismus und führte zu tiefen Einschnitten. Es kamen rund 4,9 Millionen Gäste ins Land; das waren 46 Prozent weniger als im Vorkrisenjahr 2019. Die Zahl der Übernachtungen reduzierte sich um 38 Prozent auf 14,21 Millionen. Die Gäste- und Übernachtungszahlen lagen auch niedriger als im ersten Corona-Jahr 2020 (-11 bzw. -7,9 Prozent).

Besonders tief waren die Einschnitte im Vergleich zu 2020 für die Ahrregion: Zusätzlich zu den coronabedingten Einschränkungen wirkte sich die Flutkatastrophe im Juli 2021 gravierend auf die Gäste- und Übernachtungszahlen aus (-53 bzw. -51 Prozent). Mehr Übernachtungen registrierten dagegen die Regionen Naheland, Rheinhessen und Hunsrück (+5,2, +4,9 bzw. +3,3 Prozent). In den anderen Regionen lagen die Rückgänge bei den Übernachtungszahlen zwischen -13 Prozent in der Tourismusregion Eifel und -2,9 Prozent in der Region Pfalz.

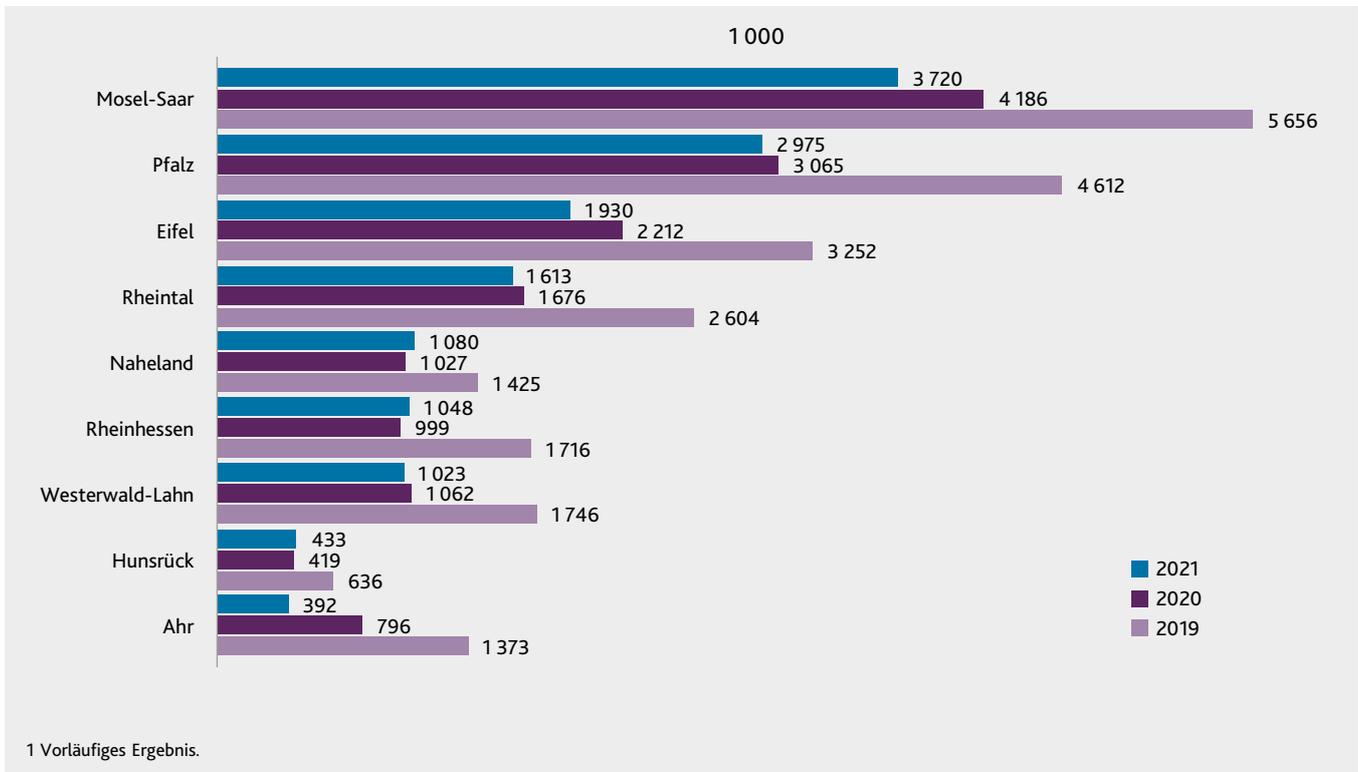
Die Auswirkungen der Flutkatastrophe waren neben coronabedingten Einflüssen Grund für Einbußen auf den Campingplätzen. Die Zahl der Gäste und

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe¹ im Jahr 2021





Übernachtungen im Dezember 2019–2021¹ nach Tourismusregionen



Übernachtungen reduzierte sich gegenüber 2020 um 27 bzw. 29 Prozent. Die Rückgänge bei den Übernachtungen in den anderen Betriebsarten lagen im Bereich von –15 Prozent (Jugendherbergen) bis –2,9 Prozent (Gasthöfe). Mehr Übernachtungen als 2020 verbuchten die Ferienhäuser und Ferienwohnungen, die Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime sowie die Hotelgarnis (+3,9, +2,8 bzw. +0,9 Prozent).

Der Großteil der Besucherinnen und Besucher stammte 2021 aus Deutschland (Anteil: 86 Prozent). Die Zahl der inländischen Gäste reduzierte sich gegenüber 2020 um 9,4 Prozent; ihre Übernachtungen nahmen um 5,8 Prozent ab. Deutlicher unter dem Niveau des Vorjahres lagen die

Gäste- und Übernachtungszahlen aus dem Ausland (–18 bzw. –19 Prozent).

Im Dezember 2021 besuchten 252 200 Gäste Rheinland-Pfalz und buchten insgesamt 738 700 Übernachtungen. Das waren rund halb so viele Besucherinnen und Besucher wie noch zu Zeiten vor der Corona-Pandemie 2019 (–50 Prozent). Die Übernachtungszahlen lagen um 40 Prozent unter dem Vorkrisenniveau.

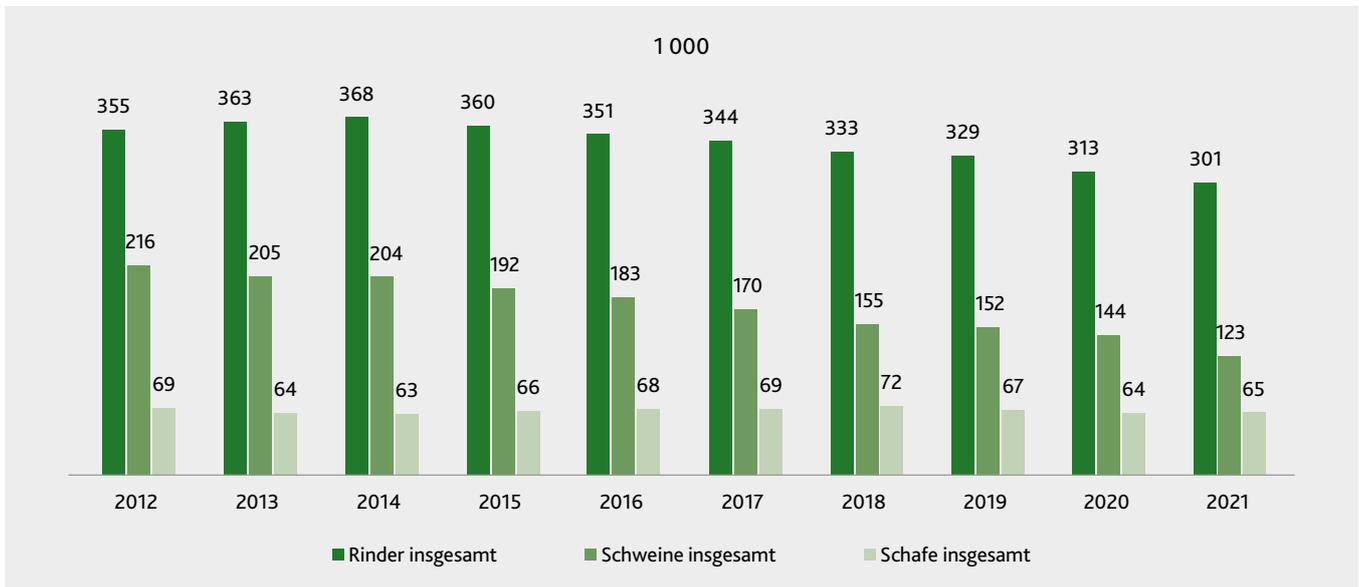
Viehbestände gehen weiter zurück

Die rheinland-pfälzischen Landwirtinnen und Landwirte haben ihre Schweine- und Rinderbestände im vergangenen Jahr weiter reduziert. Die Zahl der Schafe lag im November 2021 etwas höher als ein Jahr zuvor.

Die Zahl der Schweine, die in knapp 170 Betrieben gehalten wurden, sank von November 2020 bis November 2021 um 15 Prozent auf 122 800. Diese Entwicklung ist hauptsächlich auf den Rückgang des Bestandes in Betrieben der Größenklasse mit 1000 und mehr Schweinen zurückzuführen. Die Zahl dieser Betriebe nahm binnen Jahresfrist um 24 Prozent, die der dort gehaltenen Schweine um 20 Prozent ab (–18 000 Tiere). Dies ist u.a. mit betrieblichen Umstellungen im Produktionssystem als Reaktion auf die Entwicklungen am Schweinemarkt zu erklären. Der Schweinebestand in Deutschland liegt bei 23,8 Millionen Tieren. Der rheinland-pfälzische Anteil daran ist weiter rückläufig und lag zuletzt nur noch etwas über einem halben Prozent.



Viehbestände im November 2012–2021



Im November 2021 standen in Rheinland-Pfalz 301 100 Rinder, wovon knapp ein Drittel Milchkühe waren. Damit reduzierte sich der Gesamtbestand im Vergleich zum Vorjahresmonat um 11 800 Tiere bzw. knapp vier Prozent. Kälber und Jungtiere mit einem Alter bis zu einem Jahr stellen mit 79 900 Tieren (27 Prozent) den zweitgrößten Anteil des Bestandes. Rheinland-Pfalz hat am deutschen Rinderbestand von rund elf Millionen Tieren einen Anteil von weniger als drei Prozent.

Im Eifelkreis Bitburg-Prüm werden mit 26 Prozent (78 600 Tiere) die meisten Rinder des rheinland-pfälzischen Bestandes gehalten. Der Landkreis Vulkaneifel folgt mit knapp neun Prozent (26 600 Tiere) vor dem Westerwaldkreis und dem Landkreis Bernkastel-Wittlich mit jeweils rund sieben Prozent. Die Konzentration in den nördlichen Landesteilen ist auf

den mittelgebirgsgeprägten Naturraum mit entsprechend hohen Graslandanteilen zur futterbaulichen Verwendung zurückzuführen.

In den gut 500 rheinland-pfälzischen Betrieben mit mindestens 20 Schafen wurden Anfang November 2021 insgesamt 64 500 Schafe gehalten. Dies entspricht einer Abnahme binnen eines Jahres um fünf Prozent bei den Betrieben und einer Zunahme von 0,3 Prozent beim Schafbestand. Dieses Wachstum ist auf die Erhöhung des Bestandes in der Größenklasse der Betriebe mit 1000 und mehr Schafen zurückzuführen (+17 Prozent). In Herden mit einer Größe von 50 bis 499 Tieren stehen 45 Prozent der Schafe (29 300 Tiere). Weitere 41 Prozent stehen in Herden mit mehr als 500 Tieren (26 200 Tiere). Mutterschafe stellen mit 71 Prozent (46 000 Tiere) den größten Anteil. Milchschafe spielen mit knapp 300 Tieren eine untergeordnete Rolle.

In Deutschland gab es im November rund 1,5 Millionen Schafe. Der Anteil der in Rheinland-Pfalz gehaltenen Schafe daran liegt bei gut vier Prozent.

Erstmals mehr als 50 000 Sterbefälle in einem Jahr

Im vergangenen Jahr verstarben mehr Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer als jemals zuvor seit Gründung des Landes. Die Zahl der Gestorbenen mit Hauptwohnsitz in Rheinland-Pfalz belief sich 2021 auf 50 417 Personen (+2,5 Prozent gegenüber 2020 und +6,6 Prozent gegenüber dem langjährigen Durchschnitt 2016 bis 2019). Das ergab eine Sonderauswertung vorläufiger Ergebnisse der amtlichen Sterbefallstatistik.

Aufgrund von Nachmeldungen könnte sich die Zahl der Gestorbenen noch weiter erhöhen. Wie schon im vergangenen Jahr dürfte die Corona-Pandemie maßgeblich zum Anstieg der

Sterbefälle beigetragen haben. Mit dem Voranschreiten der Impfkampagne verlor sie in der ersten Jahreshälfte allerdings zunehmend an Einfluss auf die unterjährige Entwicklung.

Insgesamt fiel die Zahl der Sterbefälle 2021 in sieben der zwölf Kalendermonate höher aus als 2020. Das gilt insbesondere für den Januar, in dem 22 Prozent mehr Gestorbene gezählt wurden als ein Jahr zuvor. Ursächlich für diese Entwicklung dürfte sein, dass die ersten Infektionen mit dem Corona-Virus Sars-Cov-2 in Rheinland-Pfalz erst im März 2020 auftraten, während der erste Monat des Jahres 2021 mitten in der zweiten Welle der Corona-Pandemie lag, die besonders viele Sterbefälle in Verbindung mit einer Covid-19-Erkrankung nach sich zog. In den folgenden drei Monaten, in denen die Zahl der Erst- und Zweitimpfungen gegen Covid-19 vor allem unter den älteren

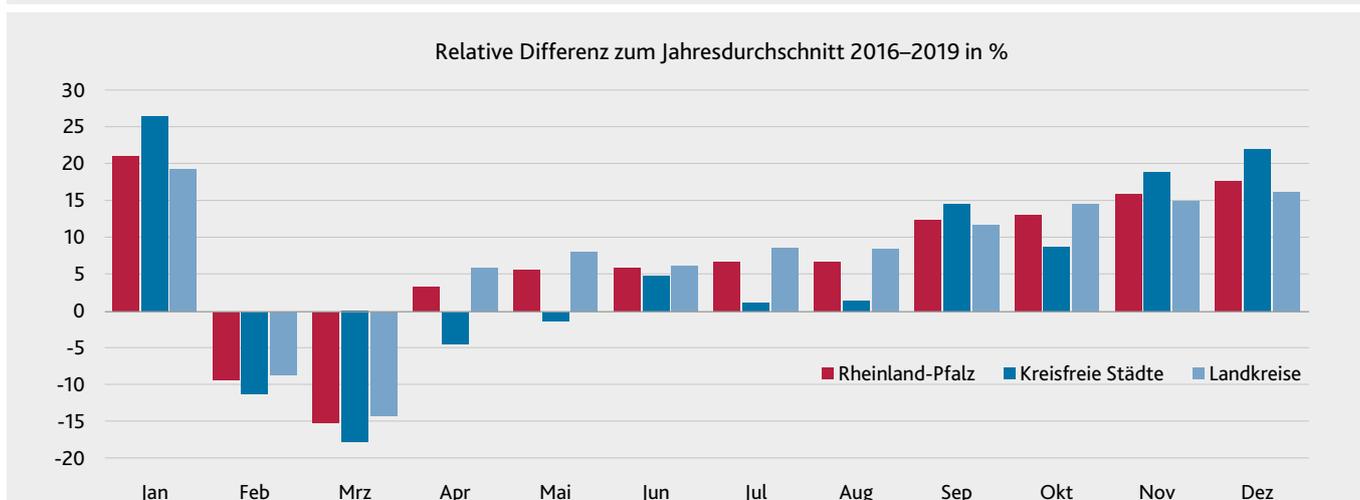
Einwohnerinnen und Einwohnern stetig zunahm, sank die Zahl der Sterbefälle im Vergleich zu 2020. Im Februar unterschritt sie den Vorjahreswert um 2,8 Prozent, im März um 9,9 Prozent und im April um 0,2 Prozent.

Die Zahl der Sterbefälle fiel 2021 in allen vier Quartalen höher aus als 2020. Während sie in den ersten drei Quartalen zwischen 2,6 und 4,5 Prozent über dem Vorjahreswert lag, stieg die Zahl der Gestorbenen im vierten Quartal nur leicht (+0,2 Prozent). Gegenüber dem langjährigen Durchschnitt 2016 bis 2019, der die Entwicklung vor dem Auftreten der Corona-Pandemie widerspiegelt, ist für die Wintermonate eine stark überhöhte Sterblichkeit festzustellen. Im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2019 fiel die Zahl der Sterbefälle im vierten Quartal 2021 um gut 15 Prozent höher aus.

Für diese Entwicklung ist jedoch nicht nur die Corona-Pandemie verantwortlich. Auch die demografische Alterung, d.h. die zunehmende Zahl älterer und hochbetagter Menschen trägt zu dem Anstieg der Sterbefälle bei. Der Befund einer erhöhten Sterblichkeit im Jahr 2021 bleibt allerdings auch dann bestehen, wenn die Veränderung der Bevölkerungszahl und der Wandel der Altersstruktur der Bevölkerung im Zeitverlauf berücksichtigt werden.

Insgesamt befanden sich unter den gut 50 400 Verstorbenen des vergangenen Jahres 25 169 Frauen (+401 bzw. +1,6 Prozent gegenüber 2020) und 25 246 Männer (+845 bzw. +3,5 Prozent). Bei beiden Geschlechtern fiel die Zahl der Gestorbenen höher aus als im Mittel der Jahre 2016 bis 2019 – bei den Frauen um 4,7 Prozent, bei den Männern um 8,6 Prozent. Im Durchschnitt waren die Gestorbenen zum

Sterbefälle 2021¹ nach Ereignismonat und Verwaltungseinheiten



¹ Stand: 31. Januar 2022. Ab 2021 vorläufige Ergebnisse. Sofern bekannt, wurden die Sterbefälle dem jeweiligen Wohnort der Verstorbenen zugeordnet, andernfalls der Verwaltungseinheit, der das jeweils meldende Standesamt angehört.
 Quellen: Todesursachenstatistik, Auszählung von Sterbefällen auf Basis von täglichen Meldungen der Standesämter an die Statistischen Ämter der Länder



Zeitpunkt ihres Todes 79,4 Jahre alt. Frauen erreichten mit 82,2 Jahren ein deutlich höheres durchschnittliches Sterbealter als Männer (76,5 Jahre).

Der Anstieg der Sterbefallzahlen geht – ähnlich wie im Vorjahr – vor allem auf die Gruppe der 80-Jährigen und Älteren zurück, die nach wie vor ein erhöhtes Sterblichkeitsrisiko in Verbindung mit einer Covid-19-Erkrankung hat. Im Vergleich zur Gruppe der unter 60-Jährigen (+1,2 Prozent) und der Gruppe der 60- bis 79-Jährigen (+1 Prozent), stieg die Zahl der Sterbefälle in der Gruppe der 80-Jährigen und Älteren gegenüber 2020 mehr als dreimal so stark (+3,5 Prozent). Vor allem im Januar 2021, in dem erst wenige Hochbetagte eine Corona-Schutzimpfung erhalten hatten, starben deutlich mehr 80-Jährige und Ältere als im Vorjahr (+33 Prozent). Bezogen auf das gesamte Jahr und im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2019 lag die Zahl der Sterbefälle in der Gruppe der 80-Jährigen und Älteren um zwölf Prozent höher. In der Gruppe der unter 60-Jährigen sowie der 60- bis 79-Jährigen bewegte sich die Zahl der Sterbefälle dagegen jeweils nahe des langjährigen Durchschnitts (–0,2 bzw. –0,1 Prozent).

Regional nahm die Entwicklung der Sterbefallzahlen einen sehr unterschiedlichen Verlauf. Gemessen an der Einwohnerzahl starben 2021 die meisten Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer in der kreisfreien Stadt Pirmasens (1 877 Sterbefälle je 100 000 Einwohnerinnen und Ein-

wohner), die wenigsten in der Landeshauptstadt Mainz (895 Sterbefälle je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner). Zu beachten ist, dass die unterschiedliche regionale Entwicklung der Sterbefälle grundsätzlich auch auf die verschiedene Alters- und Geschlechterstruktur der Bevölkerung in den Verwaltungsbezirken zurückzuführen ist. Beispielsweise ist der Bevölkerungsanteil älterer Menschen in Pirmasens wesentlich höher als in Mainz.

Das höchste Durchschnittsalter zum Zeitpunkt des Todes erreichten Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer in den Landkreisen Bernkastel-Wittlich, Cochem-Zell und Südwestpfalz (jeweils 80,5 Jahre). Damit wurden die Einwohnerinnen und Einwohner dieser Landkreise rund zweieinhalb Jahre älter als die Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreis Kusel, die im Durchschnitt mit 78,1 Jahren verstarben.

Insgesamt fiel die Zahl der Sterbefälle 2021 in zwei kreisfreien Städten und in acht Landkreisen niedriger aus als im vorangegangenen Jahr. Am stärksten ging sie im Landkreis Kusel zurück (–6,4 Prozent), den höchsten Anstieg verzeichnete der von der Flutkatastrophe stark betroffene Landkreis Ahrweiler (+12 Prozent). Im Juli 2021, dem Monat, in dem die Flutkatastrophe zahlreiche Menschenleben forderte, starben im Landkreis Ahrweiler etwa doppelt so viele Menschen wie 2020 (+102 Prozent) bzw. wie im Durchschnitt 2016 bis 2019 (+96 Prozent). Im Vergleich aller 36 Verwaltungs-

bezirke sank die Zahl der Sterbefälle 2021 gegenüber dem Durchschnitt 2016 bis 2019 nur in der kreisfreien Stadt Trier (–4,7 Prozent). In allen anderen Verwaltungsbezirken stieg sie; am stärksten im Landkreis Ahrweiler und in der kreisfreien Stadt Landau in der Pfalz (jeweils +13 Prozent).

Für den Zeitraum Januar bis August 2021 steht die Entwicklung der Sterbefallzahlen in den kreisfreien Städten und Landkreisen in Rheinland-Pfalz in einem positiven statistischen Zusammenhang mit der Zahl der bestätigten Covid-19-Infektionen und der Zahl der Todesfälle in Verbindung mit einer Covid-19-Infektion. Eine endgültige Einordnung des Einflusses der Corona-Pandemie auf die Entwicklung der Zahl der Sterbefälle ist derzeit allerdings noch nicht möglich, da die Daten der Todesursachenstatistik, die auch das Grundleiden erfassen, für die letzten vier Monate des vergangenen Jahres noch nicht vollständig aufbereitet sind. Die bisher vorliegenden Daten zeigen aber, dass die Zahl der Sterbefälle, die 2021 im Zeitraum März bis August an Covid-19 verstarben (Grundleiden), in jedem Kalendermonat höher lag als 2020. Von der Corona-Pandemie dürfte 2021 somit weiterhin ein starker eigenständiger Effekt auf die Entwicklung der Zahl der Sterbefälle in Rheinland-Pfalz ausgegangen sein. Werden zusätzlich die Sterbefälle berücksichtigt, die Covid-19 als Begleiterkrankung aufwiesen, fällt der Unterschied gegenüber 2020 sogar noch etwas höher aus. Auch für

die Monate September bis Dezember 2021 kann erwartet werden, dass die Corona-Pandemie die Zahl der Sterbefälle in Rheinland-Pfalz nachhaltig beeinflusst hat. Wie sich die Zahl der Drittimpfungen auf den Verlauf ausgewirkt hat, wird voraussichtlich erst in einigen Wochen untersucht werden können. Positiv mag allerdings stimmen, dass mit den zunehmenden Booster-Impfungen im Dezember 2021 knapp zehn Prozent weniger Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer starben als im Dezember 2020.

Reallöhne sinken im Jahr 2021

Nach vorläufigen Ergebnissen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung lagen die preisbereinigten Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 2021 um 0,3 Prozent niedriger als im Vorjahr (Deutschland: -0,1 Prozent). Dies ist

der zweite Rückgang in Folge. Zwischen 2020 und 2019 sanken die Reallöhne um ein Prozent.

Die Entwicklung des Reallohnindex hängt von der Entwicklung der Verdienste und der Entwicklung der Verbraucherpreise ab. Der Anstieg der Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen entwickelte sich 2021 mit einem Plus von 2,8 Prozent positiv. Während die Nominallohnsteigerungen von 2011 bis 2019 zwischen +2,1 und +3,3 Prozent schwankten, verringerten sich die Bruttomonatsverdienste 2020 um 0,5 Prozent.

Dass die realen Löhne trotz des Anstiegs der Nominallohne sanken, ist auf die hohe Teuerungsrate zurückzuführen. Die Verbraucherpreise lagen 2021 im Durchschnitt um 3,1 Prozent über dem Vorjahresniveau. Dies ist der höchste Wert seit Beginn der

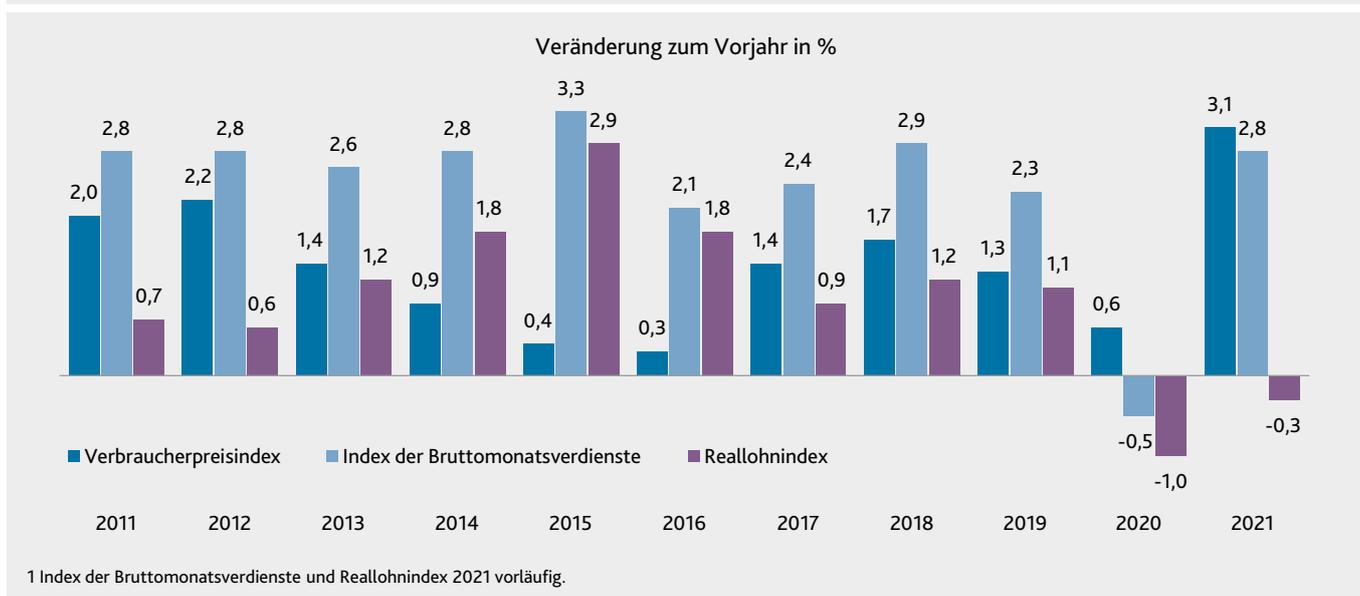
Berechnung des rheinland-pfälzischen Verbraucherpreisindex im Jahr 1995. Im Jahr 2020 betrug die Inflationsrate +0,6 Prozent.

Bereits 2020 – dem ersten Corona-Jahr – entwickelten sich die Reallohne rückläufig. Insbesondere der vermehrte Einsatz von Kurzarbeit dürfte zu der negativen Entwicklung der Nominal- und Reallohne im Jahr 2020 beigetragen haben.

Frauenanteil in Hochschulräten auf Vorjahresniveau

An den rheinland-pfälzischen Hochschulen waren im Jahr 2021 insgesamt 81 Frauen Mitglied in einem Hochschulrat. Damit lag der Frauenanteil in den Hochschulräten bei 39 Prozent. Im Jahr 2011 waren es nach Angaben des Kompetenzzentrums Frauen in Wissenschaft und Forschung (CEWS) rund 20 Prozent.

Verbraucherpreise, Bruttomonatsverdienste und Reallöhne 2011–2021¹

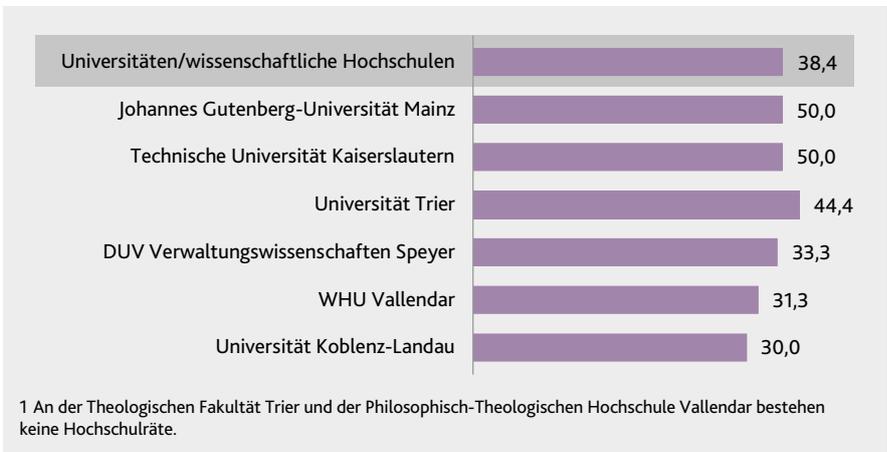




Hochschulräte übernehmen in der Regel hochschulstrategische und beratende Aufgaben. Mit einem jeweiligen Geschlechteranteil von 50 Prozent hatten die Universitäten in Kaiserslautern und Mainz sowie die Hochschulen Mainz, Kaiserslautern, Koblenz und Bernkastel-Kues ein besonders ausgeglichenes Geschlechterverhältnis im Hochschulrat. Ausschließlich an der Technischen Hochschule Bingen (60 Prozent) stellten die Frauen die Mehrheit innerhalb der Hochschulräte.

An Fachhochschulen und Hochschulen für angewandte Wissenschaften lag der Frauenanteil in den Hochschulräten bzw. Kuratorien mit 42 Prozent am höchsten und an Verwaltungshochschulen mit 31 Prozent am niedrigsten. An den Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen waren 38 Prozent der Plätze in den Hochschulräten mit einer Frau besetzt.

Frauen in Hochschulräten an Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen¹ 2021



Mehr Grundschulkindern, weniger Gymnasialschülerinnen und -schüler

Nach vorläufigen Berechnungen besuchten zu Beginn des aktuellen Schuljahres 2021/22 rund 412 500 Kinder und Jugendliche eine der knapp 1 500 allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Damit stieg ihre Zahl gegenüber dem Vorjahr um etwa

3 100 Schülerinnen und Schüler bzw. um 0,8 Prozent.

Der Zuwachs ist im Wesentlichen auf den Anstieg der Einschulungszahlen und die damit einhergehend wachsende Zahl an Grundschulkindern zurückzuführen. Gegenüber dem Schuljahr 2020/21 nahm die Schülerzahl an Grundschulen um 2 700 zu; das war ein

Schüler/-innen¹ an Schulen 2011/12–2021/22² nach Schularten



1 Ohne Schulkindergarten. – 2 Vorläufige Daten; bei zehn Ahrtalschulen wurden aufgrund der Flutkatastrophe die Vorjahresdaten verwendet. – 3 Einschließlich Hauptschule, Realschule und Sekundarstufe I von organisatorisch verbundenen Grund- und Haupt- bzw. Grund- und Realschulen plus.

Anstieg von knapp zwei Prozent. Demgegenüber verzeichneten die Gymnasien einen geringen Rückgang von 0,5 Prozent.

Langfristig sank die Gesamtschülerzahl an den allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Zwischen 2011/12 und 2021/22 reduzierte sie sich um 29 400 Schülerinnen und Schüler. Dieser Rückgang ist im Wesentlichen an den Realschulen plus (-27 200; einschließlich Haupt- und Realschulen) und Gymnasien (-17 000) zu beobachten. An Integrierten Gesamtschulen stieg die Schülerzahl um knapp 10 000 Kinder und Jugendliche. Während die Verringerung an Gymnasien und Realschulen plus u. a. auf demografische Effekte zurückzuführen ist, begründet sich der Zuwachs an Integrierten Gesamtschulen im Ausbau der gymnasialen Oberstufe und dem damit einhergehenden Attraktivitätsgewinn.

Erdgas ist einer der wichtigsten Energieträger für die Energieversorgung

Vor dem Hintergrund des Angriffs Russlands auf die Ukraine steht vor

allem Erdgas im Fokus der Diskussion um die Sicherheit der Energieversorgung. Erdgas deckt in Rheinland-Pfalz rund 38 Prozent des Primärenergieverbrauchs. Dieser Anteil ist deutlich überdurchschnittlich: In Deutschland deckt Erdgas rund ein Viertel des Primärenergieverbrauchs (2019: 25 Prozent).

Vergleichsweise viel Erdgas wird in Rheinland-Pfalz für sogenannte nicht-energetische Zwecke benötigt, insbesondere als Grundstoff in der für die rheinland-pfälzische Wirtschaft sehr bedeutenden Chemischen Industrie (Anteil am Gesamtumsatz der Industrie 2019: 29 Prozent). Der Anteil des nicht-energetischen Verbrauchs am gesamten Erdgasverbrauch belief sich 2019 auf 16 Prozent (Deutschland: 4,5 Prozent). Das nach Deutschland importierte Erdgas stammt zu einem erheblichen Teil aus Russland; darüber hinaus liefern Norwegen und die Niederlande große Mengen. Die Erdgasgewinnung in Deutschland trägt kaum zur Deckung des Primärenergieverbrauchs bei (Anteil 2019: sechs Prozent).

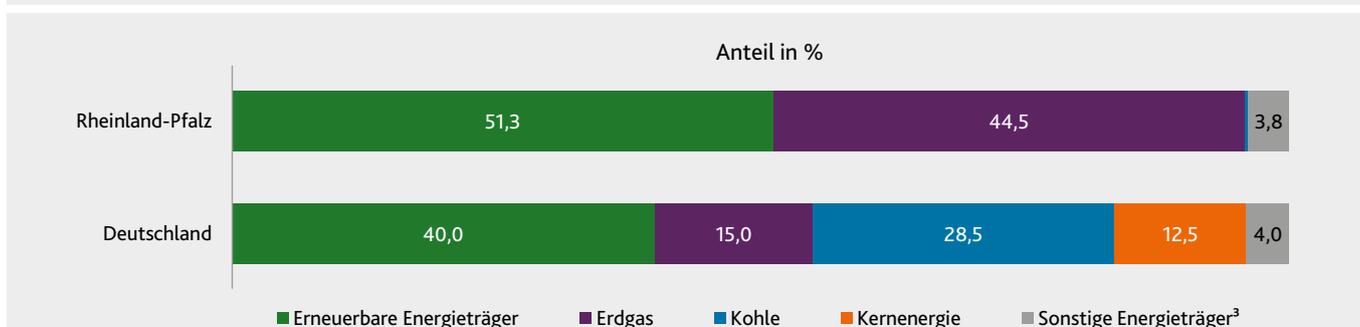
Erdgas spielt u. a. für die Stromerzeugung eine bedeutende Rolle. In Rheinland-Pfalz ist Erdgas sogar der Hauptenergieträger bei der Stromproduktion. Der Anteil lag 2019 bei 45 Prozent, in Deutschland dagegen nur bei 15 Prozent. Die erneuerbaren Energieträger wie Windkraft und Fotovoltaik kamen 2019 zusammen auf 51 Prozent (Deutschland: 40 Prozent). Für die Stromproduktion in Deutschland sind im Gegensatz zu Rheinland-Pfalz zudem Kohle und Kernkraft von Bedeutung (29 bzw. zwölf Prozent). Die rheinland-pfälzische Stromerzeugung reichte 2019, um etwa 75 Prozent des eigenen Bedarfs zu decken.

Starker Anstieg der Neuzulassungen von Hybrid- und Elektroautos

Im Jahr 2021 wurden in Rheinland-Pfalz 104 156 Personenkraftwagen neu zugelassen. Das waren 9,4 Prozent weniger als im Jahr zuvor (Deutschland: -9,8 Prozent).

Die Zahl der Neuzulassungen von Hybrid- und Elektroantrieben steigt

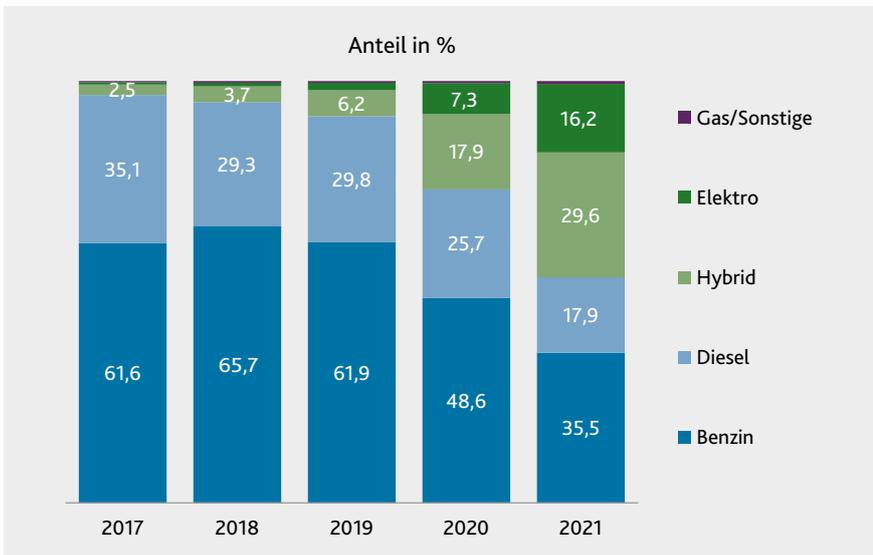
Stromerzeugung¹ in Rheinland-Pfalz² und in Deutschland 2019 nach Energieträgern



¹ Bruttowerte. – ² Keine Stromerzeugung aus Kernenergie. – ³ Abfälle (fossile Fraktion), Mineralöle- und Mineralölprodukte, sonstige hergestellte Gase.
 Quellen: Strombilanzen Rheinland-Pfalz (Berechnungsstand: Juni 2021), Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e. V. (Berechnungsstand Dezember 2021)



Neuzulassungen von Personenkraftwagen 2017–2021 nach Kraftstoffarten



weiter (+65 Prozent im Vergleich zu 2020). Reine Elektrofahrzeuge legten um mehr als das Doppelte auf 16 895 zu.

Damit wurden 2021 erstmals mehr Hybrid- und Elektroautos (47 735) zugelassen als Benzin (37 019) oder Diesel (18 674). Der Anteil neu zugelassener Pkw mit Hybrid- oder Elektroantrieb wuchs auf rund 46 Prozent.

Die Zahl der neu zugelassenen Kraftfahrzeuge fiel um elf Prozent auf 10 587. Bei den Lastkraftwagen gingen die Neuzulassungen auf 11 697 zurück (-0,5 Prozent). Die Zahl der neu zugelassenen Zugmaschinen stieg um 8,6 Prozent auf 4 956.

Insgesamt wurden 2021 in Rheinland-Pfalz 132 837 Kraftfahrzeuge – Personenkraftwagen und alle übrigen Fahrzeugarten – neu angemeldet

(-8 Prozent). Deutschlandweit ist ein Rückgang um 8,7 Prozent zu verzeichnen.

Die Zahl der Besitzumschreibungen von Personenkraftwagen reduzierte sich gegenüber 2020 um 2,9 Prozent auf 377 547. Bei den Lastkraftwagen wechselten 2,9 Prozent mehr Fahrzeuge den Besitzer als im Jahr zuvor. Die Zahl der Umschreibungen von Zugmaschinen stieg um 3,1 Prozent, die der Krafträder verringerte sich um drei Prozent. Insgesamt wechselten im vergangenen Jahr 441 078 Kraftfahrzeuge den Besitzer; dies waren 2,5 Prozent weniger als im Jahr 2020 (Deutschland: -3,8 Prozent).

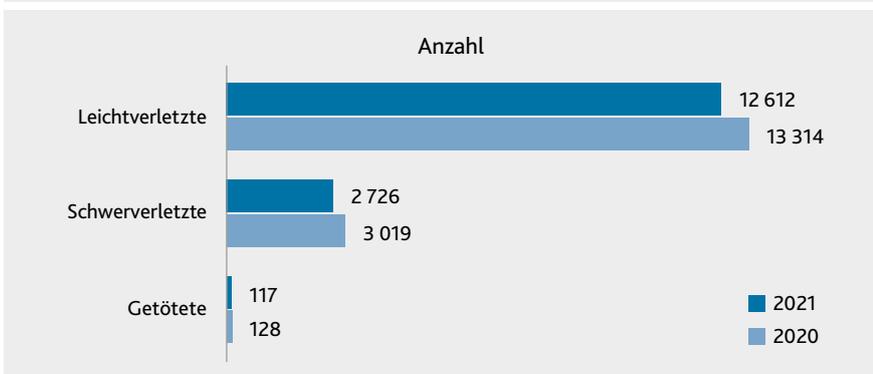
Weniger Verkehrstote im Jahr 2021

In Rheinland-Pfalz verloren im Jahr 2021 bei Straßenverkehrsunfällen 117 Menschen ihr Leben. Nach vorläufigen Angaben waren das elf weniger als 2020.

Die Zahl der Schwerverletzten sank gegenüber dem Vorjahr um 9,7 Prozent auf 2 726, die der Leichtverletzten um 5,3 Prozent auf 12 612.

Die Polizei nahm im vergangenen Jahr 125 722 Verkehrsunfälle auf – zwei Prozent mehr als im Vorjahr. Bei 113 523 Unfällen gab es lediglich Sachschaden (+2,9 Prozent im Vergleich zu 2020). Die Zahl der Unfälle mit Todesopfern und Verletzten sank um 5,7 Prozent auf 12 199.

Verunglückte im Straßenverkehr 2020 und 2021



Aus der amtlichen Statistik

Zum Internationalen Frauentag am 8. März: Neues Faltblatt „Frauen in Rheinland-Pfalz“



Das Statistische Landesamt in Bad Ems hat aus Anlass des Internationalen Frauentags am 8. März 2022 das Faltblatt „Frauen in Rheinland-Pfalz“ neu aufgelegt. Das Faltblatt zeigt die Situation von Frauen in verschiedenen Lebensbereichen und weist kleinere und größere Unterschiede zwischen den beiden Geschlechtern aus:

- Frauen leben länger als Männer: Die durchschnittliche Lebenserwartung eines heute geborenen Mädchens ist mit 83,2 Jahren um 4,4 Jahre höher als die eines Jungen (78,8 Jahre).
- Frauen heiraten früher als Männer: Bei ihrer ersten Eheschließung sind Frauen im Durchschnitt 31,6 Jahre alt, während Männer mit 34,1 Jahren erstmals heiraten.
- Knapp 80 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen.
- Frauen erreichen im Durchschnitt höhere Bildungsabschlüsse als Männer: Mehr als 43 Prozent der jungen Frauen verlassen die allgemeinbildenden Schulen mit der allgemeinen Hochschulreife, bei den jungen Männern sind es nur 33 Prozent. Außerdem werden 55 Prozent der bestandenen Abschlussprüfungen an Hochschulen von Frauen abgelegt.
- Fast 72 Prozent der Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen sind weiblich.
- Bei den Professorenstellen sind Frauen mit einem Anteil von 24 Prozent deutlich unterrepräsentiert.
- Frauen sind häufig teilzeitbeschäftigt: Mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Frauen arbeitet Teilzeit (52 Prozent), bei den Männern beträgt die Teilzeitquote nur zehn Prozent.
- Frauen haben seltener Führungspositionen: Weniger als 30 Prozent der abhängig Erwerbstätigen in Führungspositionen sind weiblich.
- Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst einer Frau ist 3,26 Euro niedriger als der eines Mannes.
- Frauen sind seltener in Verkehrsunfälle mit Personenschaden verwickelt: Nur knapp 35 Prozent der Unfallbeteiligten sind weiblich.
- Frauen begehen weniger Straftaten: Nur etwa ein Fünftel aller Verurteilungen betrifft Frauen. Bei den Strafgefangenen liegt ihr Anteil mit 7,2 Prozent noch niedriger.

Das Faltblatt „Frauen in Rheinland-Pfalz“ steht zum kostenfreien Download zur Verfügung:

www.statistik.rlp.de/de/publikationen/faltblaetter-und-broschueren



Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im Februar 2022

Die Inflationsrate in Rheinland-Pfalz bleibt weiterhin auf einem hohen Niveau. Der Verbraucherpreisindex war im Februar – wie schon im Januar 2022 – um 4,8 Prozent höher als im Vorjahresmonat. Im Dezember 2021 betrug die Teuerungsrate +5,3 Prozent.

Einen wesentlichen Einfluss auf die Preisentwicklung hatten die steigenden Energiepreise; diese lagen 18,5 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Vor allem die Preise für Mineralölprodukte zogen deutlich an (+31 Prozent): Die Preise für Heizöl (einschließlich Umlage) stiegen um 39,5 Prozent und die Kraftstoffpreise um 27 Prozent. Die Strompreise erhöhten sich um 3,2 Prozent. Ohne Berücksichtigung der Energie hätte die Teuerungsrate im Februar 2022 bei +3,2 Prozent gelegen.

Die Nahrungsmittelpreise lagen mit einem Plus von 5,2 Prozent deutlich über dem Niveau des Vorjahresmonats. Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die

auch als Kerninflationsrate bezeichnet wird, belief sich auf +3 Prozent. Im Januar 2022 und Dezember 2021 hatte sie jeweils höher gelegen (+3,2 bzw. +3,8 Prozent).

Unter den zwölf Abteilungen stieg das Preisniveau im Bereich „Verkehr“ am stärksten (+11 Prozent). Einen leichten Preisrückgang gab es nur bei Waren und Dienstleistungen aus dem Bereich „Post und Telekommunikation“ (-0,1 Prozent).

Der Verbraucherpreisindex lag im Februar 2022 um 0,8 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Merkliche Preissteigerungen gab es in den Bereichen „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ sowie „Verkehr“ (+2,1 bzw. +1,6 Prozent). In der Abteilung „Post und Telekommunikation“ sank das Preisniveau (-0,1 Prozent). Für Waren und Dienstleistungen der Bereiche „Gesundheit“ und „Bildungswesen“ blieben die Preise im Vergleich zum Vormonat konstant.

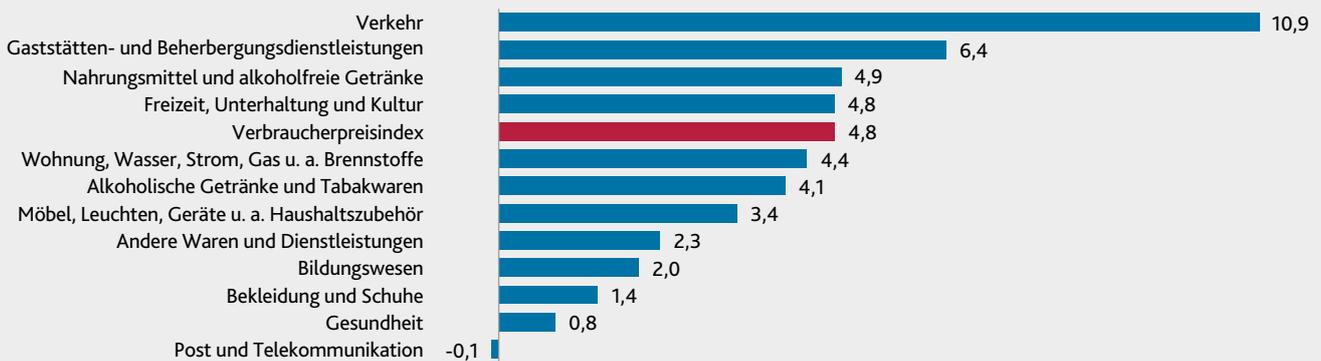
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

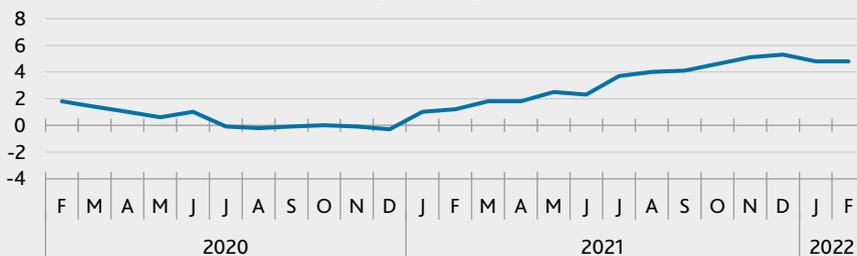
Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 18 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2 000 Berichtsstellen (z.B. Kaufhäuser) rund 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von 600 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Februar 2022

Veränderung in den Güter- und Dienstleistungsgruppen zum Vorjahresmonat in %



Veränderung zum Vorjahresmonat in %



Februar 2022

- Verbraucherpreisindex: +4,8%
- Ausgewählte Preisentwicklungen:



Tomaten: +30,2%



Äpfel: -0,7%

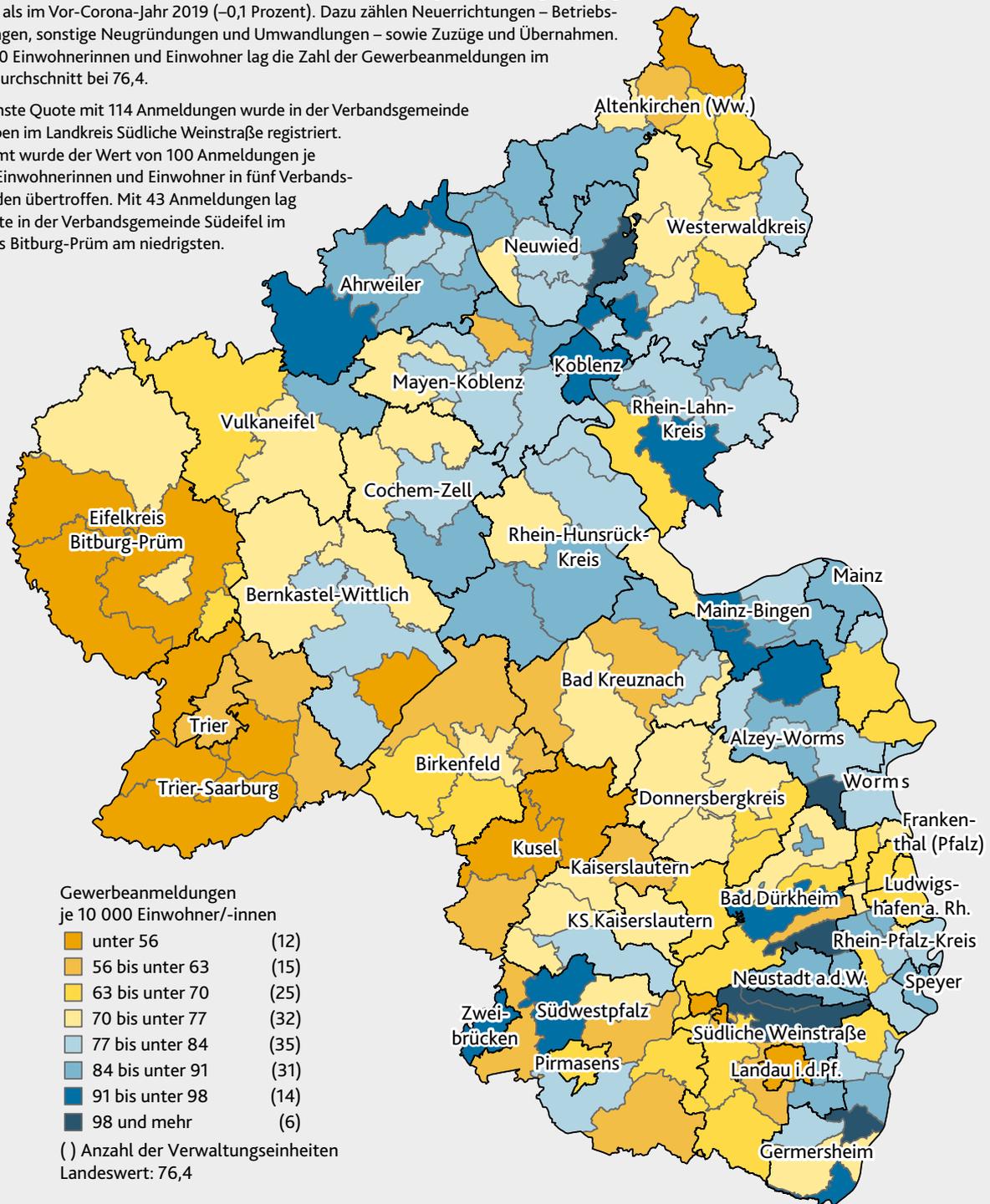


Gewerbeanmeldungen 2020

Rund 31300 Gewerbe angemeldet

In Rheinland-Pfalz wurden 2020 insgesamt rund 31300 Gewerbe angemeldet, nur geringfügig weniger als im Vor-Corona-Jahr 2019 (-0,1 Prozent). Dazu zählen Neuerrichtungen – Betriebsgründungen, sonstige Neugründungen und Umwandlungen – sowie Zuzüge und Übernahmen. Je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner lag die Zahl der Gewerbeanmeldungen im Landesdurchschnitt bei 76,4.

Die höchste Quote mit 114 Anmeldungen wurde in der Verbandsgemeinde Edenkoben im Landkreis Südliche Weinstraße registriert. Insgesamt wurde der Wert von 100 Anmeldungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner in fünf Verbandsgemeinden übertroffen. Mit 43 Anmeldungen lag die Quote in der Verbandsgemeinde Südeifel im Eifelkreis Bitburg-Prüm am niedrigsten.





Wohnungsnotfallberichterstattung Rheinland-Pfalz

Teil I: Konzeption, Praxistest und Weiterentwicklung



Von Markus Elz

Das Statistische Landesamt erstellt seit dem Jahr 2017 im Auftrag der Landesregierung auf Basis einer freiwilligen Erhebung einen Bericht zu Art und Umfang von Wohnungsnotfällen in Rheinland-Pfalz. In diesem Beitrag wird das zugrundeliegende Erhebungskonzept sowie dessen Weiterentwicklung vor dem Hintergrund der ersten vier Erhebungsrounden dargestellt. Der zweite Teil des Beitrags erscheint in der Mai-Ausgabe der Statistischen Monatshefte und analysiert das soziodemografische Profil der Betroffenen exemplarisch anhand der Daten aus dem Jahr 2020.

Datenbedarf für sozialpolitische Planung

Die Schaffung menschenwürdiger Lebensverhältnisse für alle Bürgerinnen und Bürger zählt zu den grundlegenden Aufgaben eines Staates. Menschen in besonderen Lebensverhältnissen und sozialen Schwierigkeiten haben daher einen rechtlichen Anspruch auf staatliche Unterstützungsleistungen. Diese können durch staatliche Behörden oder erfüllungshalber – nach entsprechender Beauftragung – durch freie Träger erfolgen.

Wohnungslosigkeit: Thema mit großer sozialpolitischer Bedeutung

Zu diesen Bedürftigen gehören auch Wohnungslose und Menschen in prekären Wohnverhältnissen, die im Weiteren unter dem Begriff „Wohnungsnotfälle“ zusammengefasst werden. (Drohende) Wohnungslosigkeit ist ein Thema von großer sozialpolitischer Bedeutung, denn sie stellt eine der extremsten und sichtbarsten Formen von Armut dar. Die mit dieser Situation einher-

gehenden Problemlagen sind für die Betroffenen besonders schwerwiegend.

Um die Situation und den Hilfebedarf abschätzen zu können, bedarf es verlässlicher Daten, die der Verwaltung als Informations- und Entscheidungsgrundlage für die Erarbeitung einer zielgerichteten sozialpolitischen Planungs- und Handlungsstrategie dienen. Im Jahr 2017 hat das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz im Auftrag der Landesregierung daher die Voraussetzung für eine strukturierte und nachvollziehbare Erfassung von Haushalten und Personen, die den Wohnungsnotfällen zuzurechnen sind, sowie deren soziodemografischer und -ökonomischer Struktur geschaffen.

Diese freiwillige Erhebung bei Kommunen und freien Trägern der Wohnungslosenhilfe wurde seither in vier Erhebungsrounden (2017 bis 2020) durchgeführt und im Rahmen

Verlässliche Datengrundlage ist Voraussetzung für sozialpolitische Handlungsstrategien



eines Berichts ausgewertet. Nachfolgend werden zunächst Konzeption und Methodik dieser sogenannten Wohnungsnotfallberichterstattung Rheinland-Pfalz erläutert. Im Rahmen der Ergebnisdarstellung zur zeitlichen Entwicklung von Wohnungsnotfällen und deren regionaler Verteilung werden verzerrende Effekte durch eine konzeptionsbedingte Untererfassung der relevanten Personen aufgezeigt. Abschließend wird ein überarbeitetes Konzept zur Wohnungsnotfallberichterstattung ab dem Jahr 2022 vorgestellt, das aus der erstmaligen Erhebung einer neuen Bundesstatistik resultiert.

Wohnungsnotfälle: Begrifflichkeiten und Definitionen

Begriff „Wohnungsnotfälle“ umfasst mehr als nur Obdachlosigkeit

Im Alltagssprachgebrauch wird häufig nicht trennscharf zwischen Begrifflichkeiten wie Wohnungsnotfall, Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit unterschieden. Sie werden im Gegenteil häufig synonym gebraucht, woraus nicht selten Missverständnisse und Fehlinterpretationen resultieren können.

Unter dem Begriff „Wohnungsnotfälle“ werden in diesem Beitrag folgende Gruppen von Personen bzw. Haushalten zusammengefasst:

1. Personen, die unmittelbar von **Wohnungslosigkeit** bedroht sind.
2. Personen, die in **unzumutbaren Wohnverhältnissen** leben.
3. **Wohnungslose**, die über keinen mietvertraglich abgesicherten Wohnraum oder Wohneigentum verfügen.

Die Gruppe der Wohnungslosen lässt sich wiederum aufgliedern in:

- 3.1 **Wohnungslose ohne Unterbringung (Obdachlose)**: Dies sind Menschen, die über keinen festen Wohnsitz verfügen

und im öffentlichen Raum, im Freien oder bei Bekannten übernachten.

3.2 Wohnungslose in Unterbringung:

Hierbei handelt es sich einerseits um Personen die aufgrund ordnungs- bzw. polizeirechtlicher Maßnahmen auf Basis eines Nutzungsvertrages vorübergehend in eine Normalwohnung eingewiesen sind oder in (Not-)Unterkünften der öffentlichen Hand beherbergt werden. Zum anderen fallen hierunter sozialhilferechtlich erfasste wohnungslose Personen, die durch die freien Träger der Wohnungslosenhilfe untergebracht sind (§ 67 SGB XII).

Historische Ansätze zur Erfassung von Wohnungsnot

Im Jahr 1995 untersuchten die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder im Auftrag des damaligen Bundesbauministeriums im Rahmen einer Machbarkeitsstudie Möglichkeiten und Grenzen der Erfassung von wohnungslosen Personen.

Ziel war die Einführung einer bundeseinheitlichen Wohnungsnotfallstatistik. Nach Abschluss einer zwölfmonatigen Testerhebung sah der statistische Verbund zwar grundsätzlich Chancen zur Durchführung einer Statistik, wies jedoch auch auf vielfältige Probleme hin. Das Grundkonzept sah damals eine Verlaufserhebung vor, deren fünfjährige Basiserhebung mit fortlaufenden Änderungsmitteilungen aktualisiert werden sollte. Als Gründe für die präferierte Verlaufserhebung im Vergleich zu einer Stichtagserhebung wurden insbesondere genannt, dass die Verweildauer ansonsten nur unzureichend wiedergegeben werden kann und dass die teilweise sehr kurzfristigen Fluktuationen der untergebrachten Per-

Machbarkeitsstudie für eine bundesweite amtliche Erhebung in den 90er-Jahren



G1 Definitionen von Wohnungsnotfällen und deren Erfassung in den unterschiedlichen Erhebungskonzepten



sonen bzw. Haushalte durch eine Verlaufserhebung besser erfasst wird.

Erfassung nicht institutionell untergebrachter Personen ist eine Herausforderung

Als nicht lösbares Problem wurde die Erfassung nicht institutionell untergebrachter Personen („auf der Straße Lebende“) angesehen. Insofern war die Erfassung konzeptionell beschränkt auf Personen bzw. Haushalten, die über keinen eigenen Wohnraum verfügen und institutionell untergebracht sind. Unmittelbar von Obdachlosigkeit bedrohte oder in unzumutbaren Verhältnissen wohnende Personen wären unberücksichtigt geblieben. Aufgrund der geschilderten Probleme und Einschränkungen sowie der prognostizierten Kosten der oben skizzierten Erhebung wurde der Ansatz nicht weiterverfolgt.

In Rheinland-Pfalz erhob die LIGA Rheinland-Pfalz als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege viele Jahre Daten zu Wohnungsnotfällen bei den von ihr vertretenen Organisationen (Caritas, Arbeiterwohlfahrt, Diakonie, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverbands, Deut-

sches Rotes Kreuz). Die Erhebung beschränkte sich somit jedoch auf Personen, die zu einem Stichtag als Hilfebedürftige nach § 67 SGB XII zu einer Einrichtung oder einen Dienst Kontakt hatten und dort Hilfe in Form einer Unterbringung oder eines ambulanten Angebots (z. B. Beratung, Streetwork) erhalten haben.

Vor diesem Hintergrund war davon auszugehen, dass eine nicht unerhebliche Zahl der oben genannten Formen von Wohnungsnotfällen in Rheinland-Pfalz weiterhin nicht oder nur teilweise erfasst wurde.

Da dem grundsätzlichen Bedarf an statistischen Daten für die sozialpolitische Planung kein umfängliches Angebot in Form einer statistischen Erhebung gegenüberstand, beauftragte das damalige Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie – das heutige Ministerium für Arbeit, Soziales, Demografie und Transformation (MASTD) – das Statistische Landesamt im Jahr 2017 mit der Konzeption und Durchführung einer jähr-

LIGA Rheinland-Pfalz erhebt vor 2017 ausschließlich Hilfebedürftige nach dem Sozialgesetzbuch

Landesregierung beauftragt Statistisches Landesamt mit Wohnungsnotfallbericht-erstattung ab 2017

Konzepte der freiwilligen Erhebung und der Bundesstatistik im Vergleich

	Freiwillige Wohnungsnotfallstatistik Rheinland-Pfalz seit 2017	Bundesstatistik untergebrachter wohnungsloser Personen ab 2022
Rechtsgrundlage	Freiwillige Erhebung	Bundesgesetzliche Erhebung mit Auskunftspflicht auf Grundlage des Wohnungslosenberichterstattungsgesetzes (BerichtsG)
Stichtag ¹	2017 bis 2020: 30. September, ab 2022: 31. Januar	31. Januar
Erhebende Stelle	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	Statistisches Bundesamt
Datensatzstruktur	Summendatensätze	(Personen-)Einzeldaten
Melder ¹	<ul style="list-style-type: none"> ■ Kommunale Polizei- und Ordnungsbehörde (bis 2020) ■ Freie Träger der Wohnungslosenhilfe 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Kommunale Polizei- und Ordnungsbehörde ■ Freie Träger der Wohnungslosenhilfe
Grundgesamtheit ¹	<ul style="list-style-type: none"> ■ Personen in polizei- bzw. ordnungsrechtlicher Unterbringung durch (kommunale) Ordnungsbehörden oder in sozialhilferechtlicher Unterbringung durch freie Träger zum Stichtag (nach §§67ff. SGB XII) (bis 2020) ■ Personen in ambulanten Angeboten zum Stichtag (Fachberatung, Streetwork, Tagesaufenthalte etc.). 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Personen in polizei- bzw. ordnungsrechtlicher Unterbringung durch (kommunale) Polizei- und Ordnungsbehörden, in sozialhilferechtlicher Unterbringung durch freie Träger zum Stichtag (nach §§67ff. SGB XII) oder in Unterbringung durch Maßnahmen der Gemeinde(-verbände) mittels anderer Finanzierungsinstrumente.
Merkmale ²	<ul style="list-style-type: none"> ■ Sitz des Trägers ■ Art des Trägers ■ Art der Unterkunft ■ Dauer der Unterbringung ■ Geschlecht ■ Alter ■ Staatsangehörigkeit ■ Haushaltsstruktur ■ Einkommenssituation ■ Sonstige Lebensumstände 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Sitz des Trägers ■ Art des Trägers ■ Verbandszugehörigkeit des Trägers ■ Ort der Unterbringung ■ Art der Unterkunft ■ Beginn der Unterbringung ■ Geschlecht ■ Alter ■ Staatsangehörigkeit ■ Haushaltstyp ■ Haushaltsgröße

¹ Ab 2022 beschränkt sich die freiwillige Erhebung in Rheinland-Pfalz auf Personen, die zum neuen Stichtag 31. Januar ein ambulantes Angebot bei den freien Trägern der Wohnungslosenhilfe wahrgenommen haben. – ² Zwischen den Konzepten sind die konkreten Ausprägungen bei inhaltlich ähnlichen Merkmalen nicht (immer) identisch, sodass eine Vergleichbarkeit der Datensätze nicht oder nur näherungsweise über die Bildung von Aggregaten möglich ist.



lichen Erhebung von Wohnungsnotfällen in Rheinland-Pfalz und einer darauf aufbauenden jährlichen Berichterstattung.

Methodik orientiert sich stark an Erhebung aus Nordrhein-Westfalen

Für die Umsetzung wurde im Wesentlichen ein seit 2011 in Nordrhein-Westfalen genutztes Konzept aufgegriffen. Dort wurde bereits seit 1965 eine jährliche Erhebung durchgeführt, die sich jedoch zunächst auf polizei- bzw. ordnungsrechtlich untergebrachte Personen beschränkte. Ab dem Jahr 2011 wurde die Erhebung durch Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) im Auftrag des dortigen Sozialministeriums als sogenannte integrierte Wohnungsnotfallberichterstattung durchgeführt, die um die Erfassung der bei freien Trägern der Wohnungslosenhilfe untergebrachten bzw. bekannten Wohnungsnotfälle erweitert wurde. Mit leicht abgewandeltem Merkmalskranz wurde dieses Konzept in den Jahren 2017 bis 2020 für Rheinland-Pfalz übernommen.

Wohnungsnotfallberichterstattung Rheinland-Pfalz 2017 bis 2020

Stichtags-erhebung über Online-Meldesystem

Die freiwillige Erhebung erfolgte jeweils zum Stichtag 30. September¹ mittels eines Online-Meldesystems bei den zuständigen kommunalen Polizei- und Ordnungsbehörden der kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte, der verbandsfreien Gemeinden und der Verbandsgemeinden sowie den Trägern der Wohnungslosenhilfe.

Die Erhebung wurde als Stichtagserhebung konzipiert, wobei keine Einzeldaten, sondern Summensätze erfasst wurden. Die Entscheidung fiel gegen eine Verlaufserhebung, da diese eine Verarbeitung von (Personen-) Einzeldaten zur eindeutigen Identifizierung

¹ Sofern der Stichtag 30. September auf ein Wochenende fällt, dient in dem betreffenden Jahr der vorhergehende Freitag als Stichtag.

von Zu- und Abgängen sowie der Vermeidung von Doppelerfassungen vorausgesetzt hätte. Die Aufwände für die Dokumentation in den Berichtstellen und die Datenerfassung und -prüfung im Statistischen Landesamt sollten so möglichst geringgehalten werden. Aufgrund des freiwilligen Charakters der Erhebung – ohne unmittelbare Einbeziehung des betroffenen Personenkreises – wurde zudem lediglich eine Summensatzstruktur als rechtlich zulässig erachtet.

Das gewählte Konzept bringt zwangsläufig auch Nachteile mit sich: Summendaten schränken die Auswertungs- und Analysemöglichkeiten für die Wohnungsnotfallberichterstattung ein, da die erhobenen Merkmale bzw. deren Ausprägungen nicht beliebig – sondern nur soweit gemeinsam abgefragt – miteinander in Bezug gesetzt werden können.

Eine Stichtagserhebung hat zudem zur Folge, dass potenzielle unterjährige Schwankungen im Umfang und Ausmaß von Wohnungsnotfällen nur unzureichend erfasst werden. Grundsätzlich besteht die Problematik, dass keine direkte Erhebung der interessierenden Merkmale bei den als Wohnungsnotfälle identifizierten Personen erfolgen kann, sondern lediglich eine Befragung von Institutionen, die mit dem betreffenden Personenkreis in Kontakt stehen. Dies führt dazu, dass der Personenkreis, der zum Stichtag keinen Kontakt zu Kommunen und freien Trägern hatte, nicht erfasst wird, d. h. eine signifikante statistische Untererfassung nicht zu vermeiden ist. Dieser Effekt tritt vermutlich insbesondere bei Personen mit drohender Wohnungslosigkeit, Menschen in unzumutbaren Wohnverhältnissen oder tatsächlich auf der Straße Lebenden auf und wurde – wie beschrieben – bereits bei den Überlegungen zu einer Bundesstatistik in den 90er-Jahren angeführt.

Konzept sieht vergleichsweise aufwandsarme Stichtagserhebung von Summendaten vor

Wahl der Methodik ist auch mit Nachteilen hinsichtlich der Verwertbarkeit der Daten verbunden

Unzureichende Erfassung unterjähriger Schwankungen



Insbesondere „versteckte“ Wohnungsnot kann nur unvollständig erfasst werden

Eine Meldung dieser Personen erfolgt im Rahmen des beschriebenen Konzepts nur unter den Bedingungen, dass die Personen exakt zum Stichtag ein ambulantes Angebot der freien Träger der Wohnungslosenhilfe wahrgenommen haben und diese Einrichtung zudem an der freiwilligen Erhebung teilnahm.

Lediglich die Anzahl Wohnungsloser in Unterbringung ließ sich – eine hohe Auskunftsbereitschaft der Meldestellen vorausgesetzt – vergleichsweise gut abbilden. Allerdings zeigen die Informationen zur Teilnahme der Berichtsjahre 2017 bis 2020, dass auch in dieser Teilmenge der Grundgesamtheit mit einer Untererfassung zu rechnen ist.²

Untererfassung aufgrund der Freiwilligkeit der Erhebung möglich

Eine vollständige Teilnahme aller Berichtseinheiten wurde in allen Jahren deutlich verfehlt. Insbesondere die Teilnahmebereitschaft von zuletzt lediglich etwas mehr als 80 Prozent bei den kommunalen Stellen dürfte – zusätzlich zu den oben geschilderten Faktoren – zu einer nicht unerheblichen Unterschätzung des absoluten Umfangs von Wohnungsnotfällen in Rheinland-Pfalz geführt haben.

² Siehe auch G1 zur Abdeckung der als Wohnungsnotfälle definierten Grundgesamtheit durch die freiwillige Erhebung 2017 bis 2020.

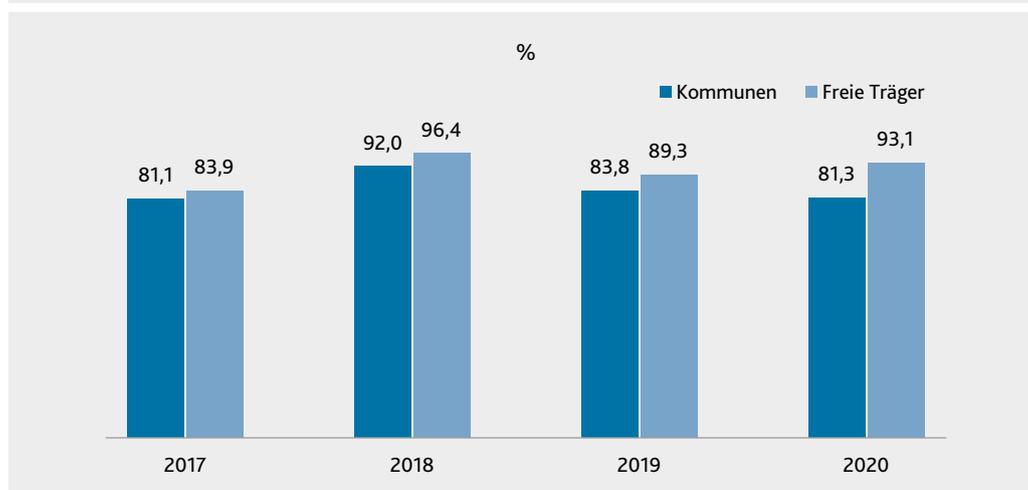
Die Betrachtung der realisierten Rücklaufquoten für das Jahr 2020 und deren Veränderung gegenüber der Vorerhebung, zeigt, dass eine vollständige regionale und zeitliche Vergleichbarkeit der Ergebnisse nicht gegeben ist.

Bereits auf Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise variiert die Rücklaufquote zwischen 0 und 100 Prozent. Darüber hinaus ist die Teilnahmebereitschaft über die Berichtsjahre in vielen Regionen einer nicht unerheblichen Schwankung von zuletzt –100 bis +29 Prozentpunkten unterworfen.

Zeitliche und regionale Schwankung in der Teilnahmebereitschaft ...

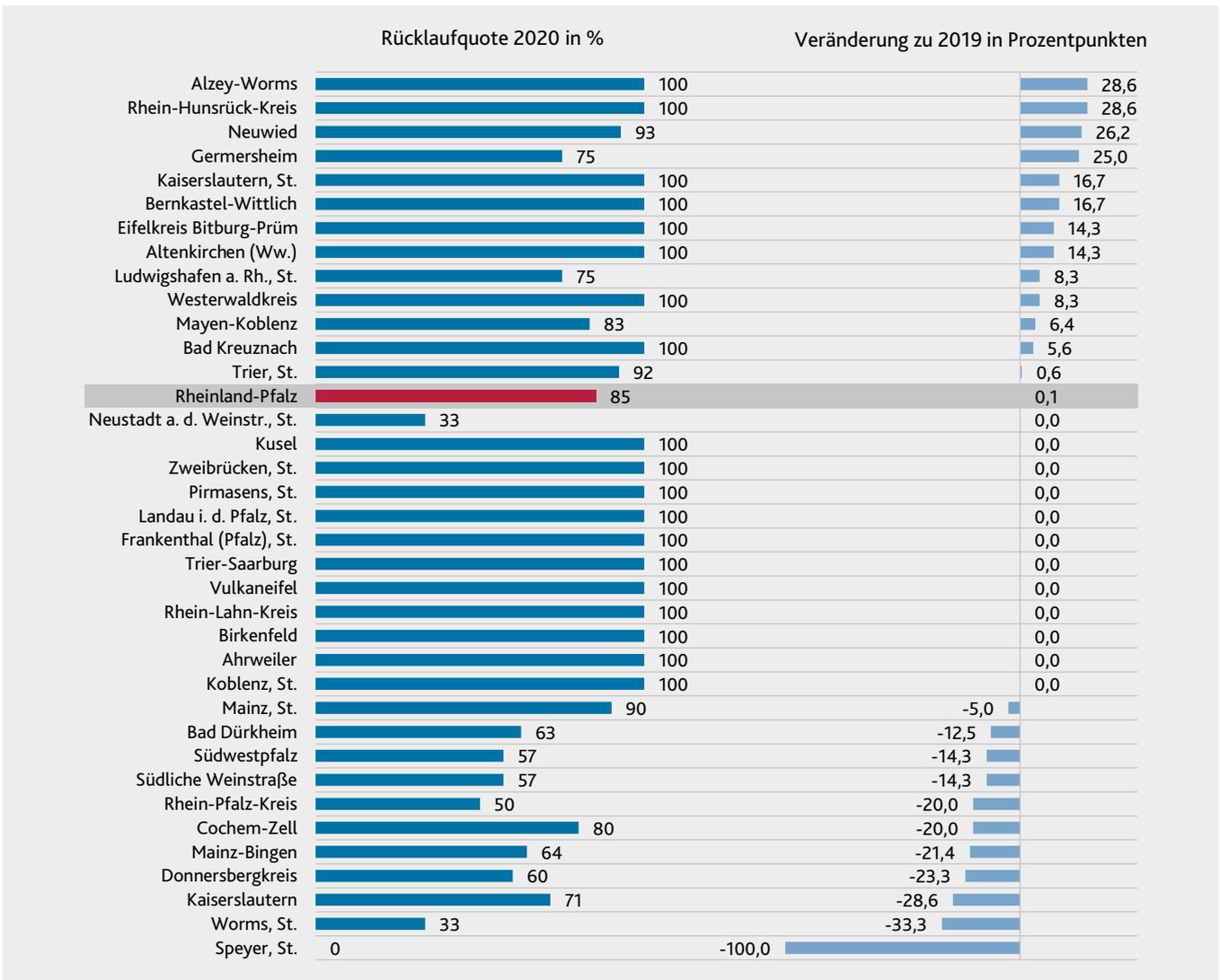
Mit Blick auf die Etablierung einer repräsentativen Statistik zur Wohnungslosigkeit in Rheinland-Pfalz ist die Entwicklung des Antwortverhaltens sehr kritisch zu sehen. Insbesondere der Ausfall einzelner kommunaler Berichtsstellen führte vermutlich zu nicht unerheblichen verzerrenden Effekten, da über die Kommunen in der Regel die Mehrzahl aller Meldungen in einer Region erfolgt. Problematisch ist hier insbesondere die fehlende Teilnahmebereitschaft einiger urbaner Zentren.

G2 Rücklaufquoten 2017–2020 nach zuständiger Trägerschaft





G3 Rücklaufquote 2020 nach Verwaltungsbezirken



... schränken Repräsentativität sowie zeitliche und räumliche Vergleichbarkeit ein

Aus dem Vergleich der gemeldeten Daten urbaner und ländlicher Räume wird ersichtlich, dass gerade hier ein nicht unerheblicher Anteil der Wohnungsnotfälle in Rheinland-Pfalz zu vermuten ist. Darüber hinaus ergeben sich Probleme hinsichtlich der Interpretation der zeitlichen Entwicklungen der Fallzahlen, wenn sich (regionale) Zusammensetzung und Anzahl der antwortenden Berichtstellen in jedem Berichtsjahr ändern. Es kann dann nicht unterschieden werden, inwieweit sich der Umfang der Wohnungs-

notfälle tatsächlich verändert hat und inwieweit diese Dynamik lediglich aus einer veränderten Zusammensetzung der Melder resultiert.

Zudem führt die Häufung fehlender Rückmeldungen in einigen kreisfreien Städten und Landkreisen (insbesondere in der Vorder- und Südpfalz sowie dem südlichen Rheinhessen) dazu, dass Auswertungen und Analysen unterhalb der Landesebene (z. B. zur regionalen Verteilung und den struktu-

Regionale Häufung von Antwortausfällen schränkt Analysen weiter ein

rellen Ursachen der Wohnungslosigkeit auf Kreis- oder Verbandsgemeindeebene) weiterhin nur eingeschränkt möglich sind.

Insgesamt bleibt daher festzuhalten, dass die nachfolgend sowie in Teil II dieses Beitrags präsentierte Ergebnisse – insbesondere deren Repräsentativität sowie die daraus abgeleiteten Erkenntnisse – immer unter den zuvor beschriebenen verzerrenden Rahmenbedingungen zu bewerten sind.

Sondereffekt durch Flüchtlingsbewegungen ist bei Interpretation der Daten zu beachten

Die zweite Ursache für merkliche zeitliche Fluktuationen in den gemeldeten Fallzahlen steht in engem Zusammenhang mit den großen Flüchtlingsbewegungen der vergangenen Jahre, die nach abgeschlossenem Verfahren ggf. auch als Wohnungsnotfälle eingestuft werden.³ Sofern diese in den kommenden Jahren in der Lage sind suk-

zessive in mietvertragliche Verhältnisse zu wechseln bzw. eigenen Wohnraum erwerben, sollte dieser Sondereffekt auslaufen, soweit keine neuen Flüchtlingsströme aufkommen.

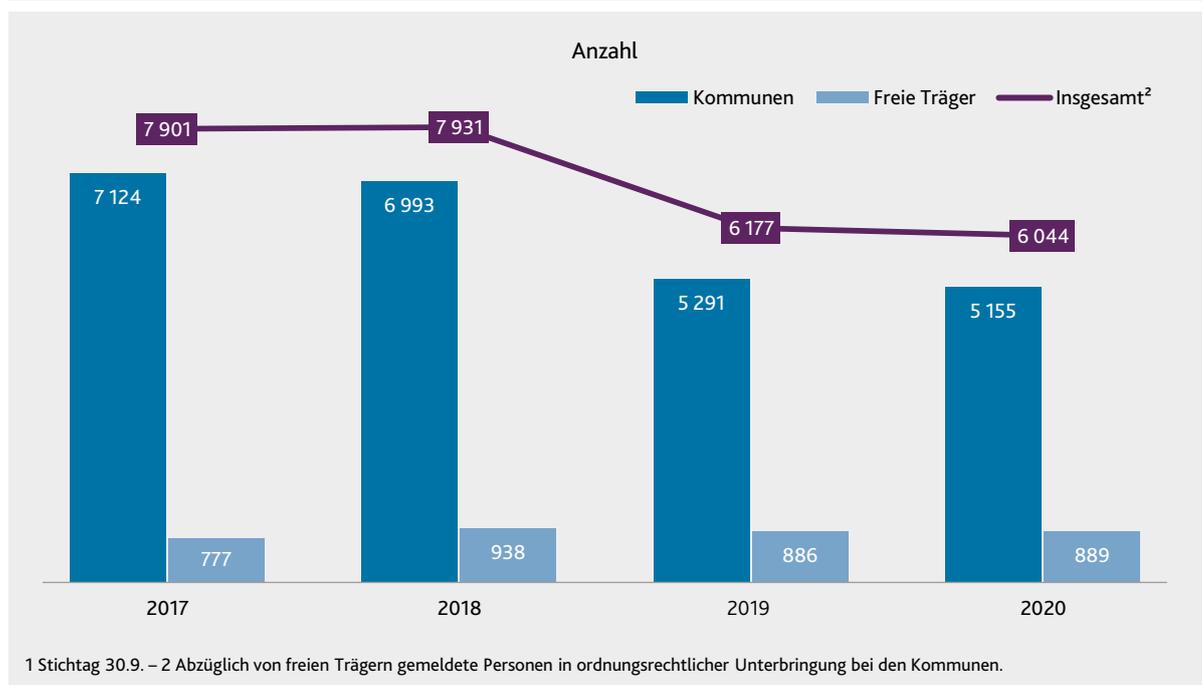
Wohnungsnotfälle: Umfang im Zeitverlauf

In der bisher letzten Erhebungsrunde zum Stichtag 30. September 2020 haben die Kommunen und die freien Träger der Wohnungslosenhilfe insgesamt 6 044 wohnungslose Personen in Rheinland-Pfalz gemeldet. Nachdem zwischen 2018 und 2019 – möglicherweise auch aufgrund einer tendenziell sinkenden Rücklaufquote bei den kommunalen Meldern – ein merklicher Rückgang der Fallzahlen beobachtet werden konnte, hat sich deren absolutes Niveau im Jahr 2020 im Vergleich zur Vorerhebung 2019 (6 177 Personen) nur noch geringfügig geändert.

Kommunen und freie Träger melden 2020 landesweit mehr als 6 000 Wohnungsnotfälle

³ Siehe dazu auch nachfolgenden Abschnitt sowie Fußnote 5.

G4 Gemeldete Wohnungsnotfälle 2017–2020 nach zuständiger Trägerschaft





Rund 85 Prozent der Betroffenen in kommunaler Unterbringung

Rund 85 Prozent aller gemeldeten Personen (5 155) wurden von den Kommunen ordnungsrechtlich erfasst; das waren 136 Personen bzw. 2,6 Prozent weniger als im Herbst 2019. Von Einrichtungen der freien Träger wurden 889 Personen gemeldet (Anteil: 15 Prozent)⁴, ein Plus von drei Personen bzw. 0,3 Prozent.

In den bisherigen Berichtsjahren wurde die absolute Zahl aller gemeldeten Wohnungsnotfälle in Rheinland-Pfalz maßgeblich von der gestiegenen Zuwanderung Asylsuchender ab dem Jahr 2014 bestimmt. Viele dieser Personen hatten – nach erfolgreicher Anerkennung des Asylstatus – auf dem (angespannten) Wohnungsmarkt im unteren Preissegment (noch) keinen bezahlbaren Wohnraum gefunden und verblieben daher (vorerst) in kommunaler Unterbringung.⁵

Rückläufige Fallzahlen bei den Kommunen lassen Auslaufen des Flüchtlingseffekts vermuten

Der allmähliche Rückgang der gemeldeten Wohnungsnotfälle in den Kommunen seit 2018 legt die Vermutung nahe, dass dieser Sondereffekt allmählich ausläuft und – neben den beschriebenen Verzerrungen – ebenfalls für die rückläufige Dynamik bei den Wohnungsnotfällen sorgte.

Für die kommunal und ordnungsrechtlich erfassten Wohnungslosen liegen zudem Angaben über die Haushaltsstruktur der

4 Von den freien Trägern der Wohnungslosenhilfe wurden zudem 301 weitere Personen wohnungslos gemeldet (2017: 311; 2018: 321; 2019: 337). Dabei handelt es sich jedoch um Personen, die angaben ordnungsrechtlich untergebracht zu sein. Da nicht geklärt werden kann, ob diese Personen zusätzlich bereits von einer kommunalen Berichtsstelle gemeldet wurden und um Doppelerfassungen seitens der Meldungen durch die Kommunen und die freien Träger zu vermeiden, werden diese Personen nachfolgend im Bericht nicht weiter ausgewiesen. Die unbereinigte Fallzahl der wohnungslos gemeldeten Personen beträgt entsprechend 6 345 (2017: 8 252; 2018: 8 212; 2019: 6 514).

5 Personen mit abgeschlossenen Asylverfahren, die zum Stichtag noch keinen eigenen Wohnraum gefunden haben und (vorübergehend) in den kommunalen (Asyl-)Unterkünften verbleiben, werden im Rahmen der Wohnungsnotfallberichterstattung in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz als Wohnungslose in Unterbringung zu den Wohnungsnotfällen gezählt.

Wohnungslosen vor. Demnach lebten die 5 155 betroffenen Personen in insgesamt 2 626 Haushalten (2017: 3 458; 2018: 3 323; 2019: 2 626). Da der Fragebogen der freien Träger Daten lediglich auf Personenebene erhebt und darüber hinaus keine gesonderte Frage zur eindeutigen Identifikation ihrer Haushaltsstruktur implementiert ist, können diesbezüglich für die übrigen 889 wohnungslosen Personen keine Angaben gemacht werden.

Gemessen an der Einwohnerzahl zum 30. Juni 2020 ergibt sich für das Jahr 2020 in Rheinland-Pfalz eine Quote von 14,8 gemeldeten Wohnungsnotfällen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner (2017 und 2018 jeweils 19,4; 2019: 15,1).

Ein Vergleich der Wohnungsnotfalldichte mit anderen Bundesländern ist nach wie vor nur stark eingeschränkt möglich, da sowohl im Bund als auch in vielen Ländern entweder keine systematische Wohnungsnotfallstatistik vorliegt oder die Vorgehensweisen in der Erhebungsmethodik zu stark voneinander abweichen. Eine inhaltlich und methodisch tragbare Gegenüberstellung ist am ehesten mit den aktuellsten verfügbaren Zahlen aus Nordrhein-Westfalen möglich. Dort wurden 28 Wohnungsnotfälle je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner zum Stichtag 30. Juni 2020 ermittelt.

Dennoch muss beim Vergleich der Daten der zeitliche Versatz der Stichtage zwischen beiden Bundesländern von drei Monaten beachtet werden. Darüber hinaus dürfte die Untererfassung in Nordrhein-Westfalen aufgrund höherer Teilnahmequoten (Kommunen 99 Prozent; freie Träger 98 Prozent) tendenziell geringer sein.

Durchschnittlich 14,8 Wohnungsnotfälle je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner

Wohnungsnotfalldichte in NRW bei 28 Personen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner

Eingeschränkte Vergleichbarkeit

Regionale Verteilung von Wohnungsnotfällen

Trotz aller methodischen Einschränkungen legen die Ergebnisse der Berichterstattung für die Jahre 2017 bis 2020 nahe, dass Wohnungsnotfälle in Rheinland-Pfalz unterhalb der Landesebene ungleich verteilt sind. Unterschiede in der Konzentration der Wohnungslosen treten dabei sowohl auf der Ebene der Kreise und der Planungsregionen als auch zwischen urbanen und ländlichen Gebieten auf.

Stärkere Konzentration von Wohnungsnotfällen im urbanen Raum ...

Vor allem die kreisfreien Städte und Landkreise in Rheinhessen sowie der (Vorder-)Pfalz weisen tendenziell eine vergleichsweise hohe Konzentration an Wohnungsnotfällen bezogen auf die jeweilige Bevölkerung auf (siehe K1). Niedrigere Werte der Wohnungsnotfalldichte dürften in diesen Regionen im Wesentlichen auf die fehlende Teilnahme (größerer) Kommunen an dieser Erhebung zurückzuführen sein.

... insbesondere entlang der Rheinschiene

Die höchste Dichte mit 45,1 gemeldeten Wohnungsnotfällen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner ergibt sich zum Stichtag 30. September 2020 für die kreisfreie Stadt Frankenthal gefolgt von den Landkreisen Alzey-Worms (41,8) und Germersheim

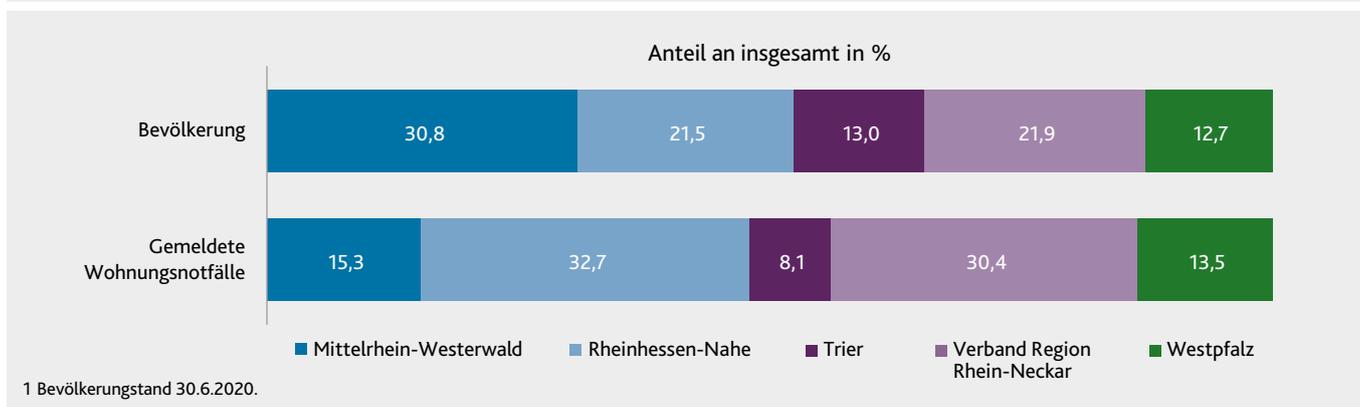
(37,9) sowie den Städten Kaiserslautern (38,8) und Mainz (38,6) und dem Rhein-Pfalz-Kreis (32,6). In den eher dünn besiedelten Gebieten von Hunsrück und Eifel liegt der Wert hingegen zum Teil deutlich unterhalb des Landesdurchschnitts von 14,8. Werden die zwölf kreisfreien Städte (19,1) den 24 Landkreisen (13,2) in Summe gegenübergestellt, zeigt sich eine stärkere Konzentration der Wohnungslosen innerhalb urbaner Lebensräume.

Während nur etwa ein Viertel der rheinland-pfälzischen Gesamtbevölkerung in einer kreisfreien Stadt lebt (26 Prozent), trifft dies auf 34 Prozent der Wohnungslosen zu. Dafür könnte nicht zuletzt die bessere Infrastruktur der Städte verantwortlich sein, u. a. mit Blick auf mögliche Unterkunftsgelegenheiten sowie die Güter- und die medizinische Versorgung. Diese These lässt sich jedoch alleine anhand der erhobenen Daten nicht abschließend verifizieren.

Hierzu wären vielmehr weiterführende Analysen unter Berücksichtigung weiterer Informationen notwendig. Auch sollte von einer Häufung der Wohnungslosen in den Städten kein direkter Rückschluss auf primär städtische Ursachen von Wohnungslosigkeit (z. B.

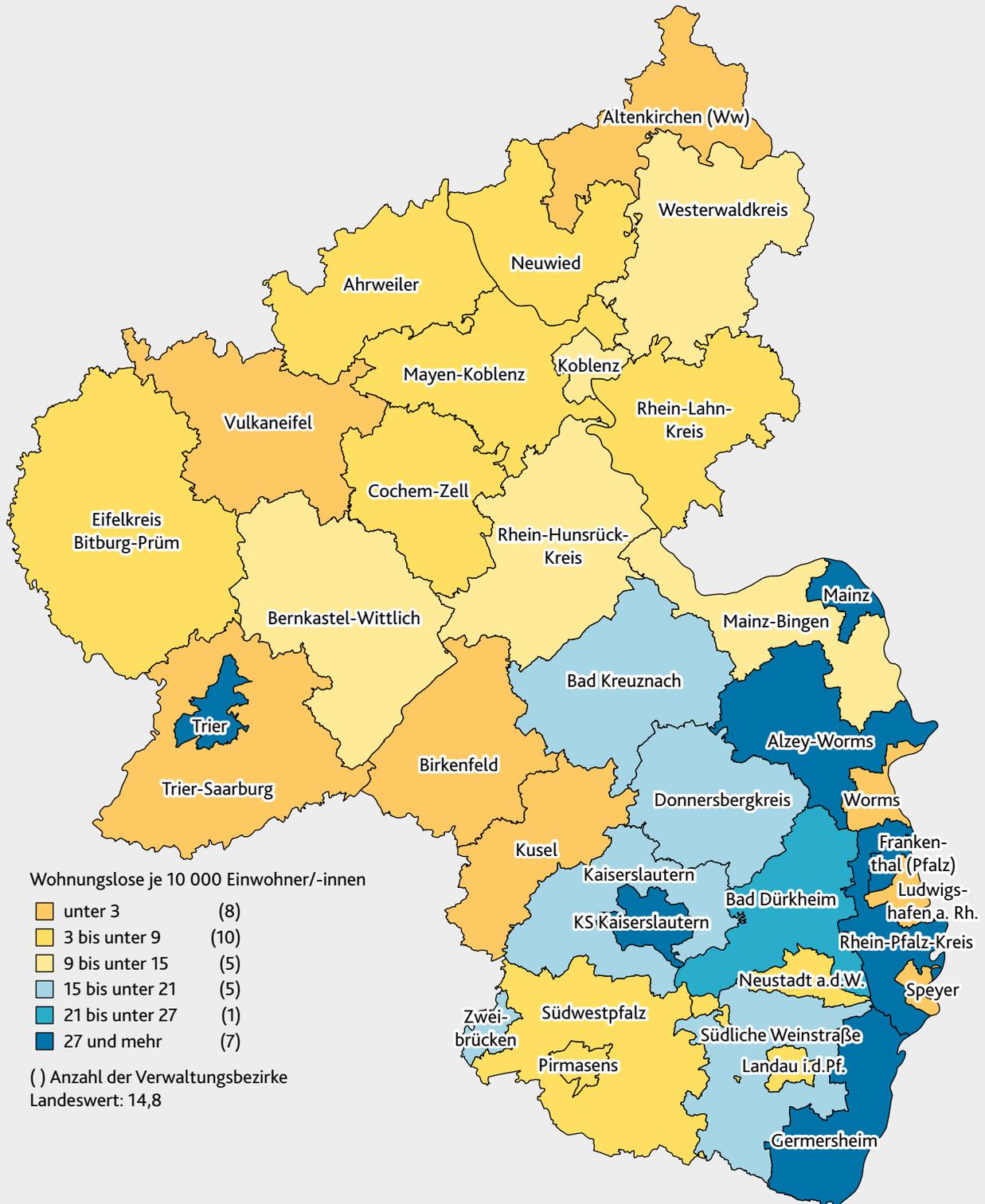
Alleinige Prüfung der Kausalitäten anhand der erhobenen Daten nicht möglich

G5 Bevölkerung¹ und gemeldete Wohnungsnotfälle 2020 nach Planungsregion





K1 Wohnungsnotfalldichte der kreisfreien Städte und Landkreise am 30. September 2020





höhere Mietpreise) gezogen werden. Die Datenlage schließt nicht aus, dass Wohnungslose erst nach Eintritt der Wohnungslosigkeit Städte als bevorzugten Lebensraum gezielt auswählen, der Ursprung ihrer Situation jedoch in den Strukturen ländlicher Siedlungsgebiete (z. B. mangelnde Einkommenschancen) zu suchen ist.

Konzeptionelle Weiterentwicklung ab 2022

Bundesstatistik ab 2022 beschränkt sich auf Einzeldaten zu untergebrachten Personen

Das Statistische Bundesamt erhebt erstmals zum Stichtag 31. Januar 2022 die Bundesstatistik untergebrachter wohnungsloser Personen auf Basis von (Personen-)Einzeldaten bei Kommunen und freien Trägern.⁶

Flexiblere Auswertungen möglich, höhere Repräsentativität bei Unterbringungen erwartet

Zu melden sind alle die sich zum Stichtag in Unterbringung durch Kommunen und freie Träger befinden. Aufgrund der gesetzlich angeordneten Berichtspflicht im Rahmen des Wohnungslosenberichtserstattungsgesetzes (WoBerichtsG) ist für diese Teilgruppe der Wohnungsnotfälle mit einer verbesserten Repräsentativität der Ergebnisse zu rechnen. Ein weiterer Vorteil liegt in der Einzeldatenstruktur, die flexiblere und umfangreichere Auswertungen durch Kombination sämtlicher Erhebungsmerkmale ermöglicht.

„Verdeckte“ Wohnungsnot bleibt in Bundesstatistik unerfasst

Auf der anderen Seite sieht die Bundesstatistik jedoch keine Erfassung von tatsächlich Obdachlosen, von Menschen in unzumutbaren Wohnverhältnissen sowie der von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen vor.

Um die künftigen Analysen von Wohnungsnotfällen in Rheinland-Pfalz nicht auf Personen in Unterbringung einzuengen und die Berichterstattung gleichzeitig von den skizzierten Vorteilen der verpflichtenden

Bundesstatistik profitieren zu lassen, hat das Statistische Landesamt im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung (MASTD) das Konzept der Wohnungsnotfallberichterstattung Rheinland-Pfalz im Jahr 2021 überarbeitet.

Zukünftig wird als Datenbasis einerseits das vom Statistischen Bundesamt bereitgestellte Einzeldatenmaterial für Rheinland-Pfalz zu den untergebrachten Personen in die Auswertungen einfließen und Daten der freiwilligen Erhebung ersetzen. Darüber hinaus führt das Statistische Landesamt ab 2022 ebenfalls zum Stichtag 31. Januar parallel eine freiwillige Erhebung in unveränderter Form bei den ambulanten Angeboten der freien Träger der Wohnungslosenhilfe durch.⁷

In Rheinland-Pfalz werden diese Daten die Ergebnisse der amtlichen Bundestatistik somit um Fälle (sonst) versteckter Wohnungslosigkeit bzw. Wohnungsnot ergänzen.

Wenngleich der Merkmalskranz der Bundesstatistik nicht vollkommend identisch mit der bisherigen Erhebung ist, können die meisten Inhalte zumindest näherungsweise durch geeignete Datentransformation und -aggregation miteinander verglichen und in einen integrierten Bericht überführt werden. Somit können auch die Daten der ersten vier Erhebungsrunden zukünftig in (Zeitreihen-)Analysen einfließen.

Trotz aller Vorteile, die die Nutzung von Einzeldaten aus der Bundeserhebung für die Berichterstattung in Rheinland-Pfalz bietet, muss das dortige Fehlen einer Abfrage zur Einkommenssituation der betroffenen Personen bemängelt werden. Als Ziel der Bun-

Statistisches Landesamt kombiniert Datenquellen in überarbeiteter Wohnungsnotfallberichterstattung

Näherungsweise Vergleichbarkeit der Datensätze durch geeignete Transformation und Aggregation der Merkmale sichergestellt

⁶ Zu den Erhebungsdetails im Vergleich zur bisherigen freiwilligen Erhebung in Rheinland-Pfalz siehe auch die Übersicht zu den Erhebungskonzepten.

⁷ siehe auch G1 zur Abdeckung der als Wohnungsnotfälle definierten Grundgesamtheit durch das integrierte Berichtskonzept aus Bundesstatistik und freiwilliger Erhebung ab 2022.



T1 Gemeldete Wohnungsnotfälle, Wohnungsnotfalldichte und Rücklauf 2020 nach kreisfreien Städten, Landkreisen und Planungsregionen

kreisfreie Stadt Landkreis Planungsregion	Wohnungsnotfälle		Wohnungs- notfalldichte ¹	Rücklaufquote	
	Anzahl	Anteil an Rheinland-Pfalz		%	Veränderung zu 2019
		%			Prozentpunkte
Kreisfreie Städte	2 047	33,9	19,1	86,4	-2,7
Frankenthal (Pfalz)	220	3,6	45,1	100	-
Kaiserslautern	387	6,4	38,8	100	16,7
Koblenz	109	1,8	9,6	100	-
Landau in der Pfalz	22	0,4	4,7	100	-
Ludwigshafen am Rhein	43	0,7	2,5	75,0	8,3
Mainz	838	13,9	38,6	90,0	-5,0
Neustadt an der Weinstraße	34	0,6	6,4	33,3	-
Pirmasens	25	0,4	6,2	100	-
Speyer	-	-	-	-	-
Trier	307	5,1	27,8	92,3	0,6
Worms	5	0,1	0,6	33,3	-33,3
Zweibrücken	57	0,9	16,8	100	-
Landkreise	3 997	66,1	13,2	84,9	1,0
Ahrweiler	71	1,2	5,4	100	-
Altenkirchen	19	0,3	1,5	100	14,3
Alzey-Worms	544	9,0	41,8	100	28,6
Bad Dürkheim	298	4,9	22,4	62,5	-12,5
Bad Kreuznach	273	4,5	17,2	100	5,6
Bernkastel-Wittlich	126	2,1	11,2	100	16,7
Birkenfeld	15	0,2	1,9	100	-
Cochem-Zell	23	0,4	3,7	80,0	-20,0
Donnersbergkreis	121	2,0	16,0	60,0	-23,3
Eifelkreis Bitburg-Prüm	35	0,6	3,5	100	14,3
Germersheim	488	8,1	37,9	75,0	25,0
Kaiserslautern	170	2,8	16,0	71,4	-28,6
Kusel	3	0,0	0,4	100	-
Mainz-Bingen	301	5,0	14,2	64,3	-21,4
Mayen-Koblenz	77	1,3	3,6	83,3	6,4
Neuwied	143	2,4	7,8	92,9	26,2
Rhein-Hunsrück-Kreis	150	2,5	14,5	100	28,6
Rhein-Lahn-Kreis	99	1,6	8,1	100	-
Rhein-Pfalz-Kreis	505	8,4	32,6	50,0	-20,0
Südliche Weinstraße	227	3,8	20,5	57,1	-14,3
Südwestpfalz	54	0,9	5,7	57,1	-14,3
Trier-Saarburg	14	0,2	0,9	100	-
Vulkaneifel	8	0,1	1,3	100	-
Westerwaldkreis	233	3,9	11,5	100	8,3
Rheinland-Pfalz	6 044	100	14,8	85,3	0,1
Planungsregionen					
Mittelrhein-Westerwald	924	15,3	7,3	94,9	8,5
Rheinhessen-Nahe	1 976	32,7	22,4	89,4	-2,0
Trier	490	8,1	9,2	97,1	6,0
Verband Region Rhein-Neckar	1 837	30,4	20,4	58,7	-8,0
Westpfalz	817	13,5	15,7	78,1	-9,8

¹ Gemeldete Wohnungsnotfälle je 10 000 Einwohner/-innen zum 30.6.2020.



desstatistik wird unter §1 WoBerichtsG die Verbesserung der Armuts- und Reichtumsberichterstattung des Bundes sowie der Informationsgrundlage für politisches Handeln angeführt.

Zur Erfüllung dieser Zwecke auf Basis fundierter Daten wäre daher zu überlegen, die Einkommenssituation als zentrale Information zur Beschreibung der sozioökonomischen Situation der Betroffenen bei der Weiterentwicklung der Bundesstatistik zu berücksichtigen.

Markus Elz, Volkswirt M. Sc., leitet das Referat „Soziales, Gesundheit, Rechtspflege“.

Vorschau

In der Mai-Ausgabe des Statistischen Monatsheftes erscheint Teil II des Beitrags „Wohnungsnotfallberichterstattung Rheinland-Pfalz“ mit dem Schwerpunkt bei der Analyse des soziodemografischen Profils von Wohnungsnotfällen.

Wanderungen zwischen städtisch und ländlich geprägten Regionen

Teil II: Binnenwanderungen



Von Dr. Andrea Weitzel

Rheinland-Pfalz ist ein ländlich geprägtes Flächenland. Nach der regionalstatistischen Raumtypologie RegioStaR7, die u. a. häufig im Zuge siedlungsstruktureller Analysen zum Einsatz kommt, lebte die Mehrheit der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer 2020 jedoch in eher städtisch geprägten Regionen. Eine Auswertung der Wanderungsbilanzen der Jahre 2011 bis 2020 ergab, dass alle Raumtypen von Zuwanderung aus dem Ausland profitierten. Die Wanderungsbilanz gegenüber den anderen Bundesländern fiel unterschiedlich aus. Ein genauerer Blick auf die Binnenwanderung zwischen 2016 und 2020 zeigt, dass die Regiopolen bzw. Großstädte Einwohnerinnen und Einwohner an alle anderen Raumtypen verloren, die meisten davon an mittel- und kleinstädtische Räume in Stadtregionen. Zentrale Städte in ländlichen Regionen gewannen Einwohnerinnen und Einwohner aus allen anderen Raumtypen. Die Auswertung nach Altersgruppen deutet daraufhin, dass Familien mehrheitlich die kleinstädtischen bzw. dörflichen Räume bevorzugten.

Wanderungsströme zwischen Raumtypen

30 mögliche
Kombinationen

Im ersten Teil des Beitrags, der in der Februar-Ausgabe des Statistischen Monatsheftes erschienen ist, wurden die Wanderungsbilanzen der sechs regionalstatistischen Raumtypen nach unterschiedlichen übergeordneten Herkunfts- und Zielgebieten betrachtet. Nun sollen die Wanderungsströme zwischen den einzelnen Raumtypen in den Fokus rücken. Aus der Kombination der sechs regionalstatistischen Raumtypen, die jeweils Herkunfts- und Zielort sein können, ergeben sich 30 mögliche Herkunfts- und Zielgebietskombinationen. Da nicht auszu-

schließen ist, dass die Wanderungsströme zwischen zwei beliebigen regionalstatistischen Raumtypen im Zuge der Auswertung nur eines Berichtsjahres durch Sondereffekte überlagert sind, wird den Auswertungen der durchschnittliche Wanderungssaldo des Zeitraums 2016 bis 2020¹ zugrunde gelegt. Da es sich um eine zweiseitige Betrachtung handelt (Herkunfts- und Zielorte), werden

¹ Vor dem Hintergrund möglicher Verzerrungen infolge der starken Zuwanderung Schutzsuchender in den Jahren 2015 und 2016 zeigen die Auswertungen der Wanderungsströme zwischen den regionalstatistischen Raumtypen für die einzelnen Berichtsjahre, dass die Wanderungssalden 2016 überwiegend dem langjährigen Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2019 entsprechen, während dies 2015 nicht der Fall ist.

die Salden nicht an den Einwohnerzahlen der Gebietseinheiten standardisiert.

Stadtregion: Regiopole bzw. Großstädte

Wanderungsverluste gegenüber den weniger dicht besiedelten Räumen in Stadtregionen

Im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre verließen jährlich per Saldo 5 184 Personen die fünf rheinland-pfälzischen Regiopolen bzw. Großstädte in Richtung der anderen Raumtypen. Die Mehrheit der Fortgezogenen zog entweder in eine Mittelstadt bzw. den städtischen Raum (2 247 Personen) oder in den kleinstädtischen bzw. dörflichen Raum (1 839). Rund ein Fünftel des Wanderungsdefizits ging auf die negative Wanderungsbilanz gegenüber den drei ländlichen Regionen zurück (1 097). Ein hoher Wanderungsverlust zeigte sich mit Blick auf diesen Wanderungsstrom vor allem für die Personen im Alter von 30 bis 49 Jahren (-3 324) und die unter 18-Jährigen (-2 312). Die Mehrheit der aus den Regiopolen bzw. aus den Großstädten Abgewanderten dieser beiden Altersgruppen zog allerdings in eine

der beiden anderen Stadtregionen, nämlich entweder in den mittelstädtischen (durchschnittlich 1 323 Personen im Alter von 30 bis 49 Jahren bzw. 832 unter 18-Jährige) oder in den kleinstädtisch bzw. dörflichen Raum (durchschnittlich 1 143 Personen im Alter von 30 bis 49 Jahren bzw. 750 unter 18-Jährige).

Stadtregionen: Mittelstadt bzw. städtischer Raum

Der Fünf-Jahres-Durchschnitt, der für die Auswertung der Binnenwanderungen zwischen den Mittelstädten bzw. dem städtischen Raum in den Stadtregionen und den übrigen Raumtypen in Rheinland-Pfalz zugrunde gelegt wurde, weist für die Mittelstädte bzw. den städtischen Raum in den Stadtregionen eine durchschnittliche jährliche Nettozuwanderung von 678 Personen aus. Dieser setzt sich aus einem Wanderungsüberschuss von durchschnittlich 2 247 Personen gegenüber den Regiopolen bzw. Großstädten sowie einem Wanderungsdefizit von durch-

Familien ziehen in kleinstädtische bzw. dörfliche Räume in Stadt- und Landregionen

T1 Durchschnittlicher jährlicher Wanderungssaldo 2016–2020 nach Raumtyp RegioStaR7

Herkunftsort	Zielort						
	■	■	■	■	■	■	■
	Regiopole/ Großstadt	Mittelstadt/ städtischer Raum	kleinstäd- tischer/dörf- licher Raum	Zentrale Stadt	Mittelstadt/ städtischer Raum	kleinstäd- tischer/dörf- licher Raum	Rheinland- Pfalz
	Zielort						
■ Regiopole/Großstadt	-	-2 247	-1 839	-56	-246	-796	-5 184
■ Mittelstadt/städtischer Raum	2 247	-	-355	-294	-357	-563	678
■ kleinstädtischer/dörflicher Raum	1 839	355	-	-120	-216	-658	1 200
■ Zentrale Stadt	56	294	120	-	129	148	748
■ Mittelstadt/städtischer Raum	246	357	216	-129	-	278	967
■ kleinstädtischer/dörflicher Raum	796	563	658	-148	-278	-	1 590
■ Rheinland-Pfalz	5 184	-678	-1 200	-748	-967	-1 590	-

Lesebeispiel: Die Mittelstädte/städtischen Räume in Stadtregionen (zweite Zeile) verbuchten gegenüber den Regiopolen/Großstädten (erste Spalte) im Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2020 einen jährlichen Wanderungsgewinn in Höhe von 2 247 Personen.

■ ■ ■ Stadtregion ■ ■ ■ Ländliche Region

Quelle: Wanderungsstatistik



schnittlich 1214 Personen gegenüber den drei ländlichen Regionen bzw. durchschnittlich 355 Personen gegenüber den weniger verdichteten kleinstädtischen bzw. dörflichen Räumen der Stadtregionen zusammen. Die Mehrheit der Personen in den Altersgruppen der 30- bis 49-Jährigen sowie der unter 18-Jährigen verließ die Mittelstädte bzw. die städtischen Räume in die kleinstädtischen bzw. dörflichen Räume sowohl der Stadtregionen als auch der ländlichen Regionen.

Stadtregionen: kleinstädtisch bzw. dörflicher Raum

Nettogewinne gegenüber Stadtregionen, Nettoverluste gegenüber ländlichen Regionen

Die kleinstädtischen bzw. dörflichen Räume der Stadtregionen verzeichneten Wanderungsgewinne in Höhe von durchschnittlich 1200 Personen pro Jahr. Die meisten Nettozuwanderer wohnten vorher in einer Regiopole bzw. in einer Großstadt. Die Nettozuwanderung aus diesem Raumtyp betrug jährlich im Durchschnitt 1839 Personen. Per Saldo zogen durchschnittlich 355 Personen pro Jahr aus den Mittelstädten bzw. den städtischen Räumen der Stadtregionen zu. Gegenüber den drei ländlichen Raumtypen stand per Saldo ein Wanderungsverlust von durchschnittlich 994 Personen pro Jahr zu Buche. Dieses Muster kann insbesondere für die Altersgruppen der 30- bis 49-Jährigen und der unter 18-Jährigen beobachtet werden (-1087 bzw. -597 Personen); sie bestimmen die Gesamtwanderungsbilanz durch ihr hohes Wanderungsvolumen. In der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen zeigt sich im Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2020 ein Wanderungsstrom aus den kleinstädtischen bzw. dörflichen Räumen in die Regiopole bzw. in die Großstädte (per Saldo durchschnittlich 403 Personen pro Jahr).

Ländliche Regionen: Zentrale Stadt

Im mehrjährigen Durchschnitt des Zeitraums 2016 bis 2020 steht in den zentralen Städten der ländlichen Regionen in Rheinland-Pfalz gegenüber den anderen fünf Raumtypen ein durchschnittlicher Wanderungsgewinn von jährlich 748 Personen zu Buche. Die zentralen Städte im ländlichen Raum gewannen zwischen 2016 und 2020 Einwohnerinnen und Einwohner aus allen anderen Raumtypen, d. h. auch aus den mittelstädtischen und den kleinstädtisch bzw. dörflichen Räumen in den ländlichen Regionen – allerdings nur in vergleichsweise geringem Umfang (durchschnittlich +129 bzw. +148 Personen pro Jahr). Innerhalb der ländlichen Regionen entschieden sich demnach mehr Menschen für einen Umzug in städtischere Gebiete. In der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen verbuchten die zentralen Städte im ländlichen Raum im Durchschnitt einen jährlichen Wanderungsüberschuss von 510 Personen gegenüber den anderen fünf Raumtypen: mehr als die Hälfte des Wanderungsüberschusses entfällt dabei auf Wanderungsgewinne gegenüber kleinstädtischen bzw. dörflichen Räumen in den ländlichen Regionen von Rheinland-Pfalz. Dorthin wandern zudem viele 30- bis 49-Jährige und unter 18-Jährige aus den zentralen Städten des Landes ab (per Saldo durchschnittlich -184 bzw. -87 Personen pro Jahr).

Binnenwanderungsgewinne gegenüber allen anderen Raumtypen

Ländliche Regionen: Mittelstadt bzw. städtischer Raum

Die Wanderungsbilanz der Mittelstädte bzw. der städtischen Räume in den ländlichen Regionen wies im Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2020 einen Überschuss von 967 Personen gegenüber den anderen Raumtypen in Rheinland-Pfalz aus.

Jährlicher Wanderungsüberschuss von knapp 1000 Personen

T2 Durchschnittlicher jährlicher Wanderungssaldo 2016–2020 nach Raumtyp RegioStaR7 und Altersgruppen

Herkunftsort	Zielort						
							
	Regiopole/ Großstadt	Mittelstadt/ städtischer Raum	kleinstäd- tischer/dörf- licher Raum	Zentrale Stadt	Mittelstadt/ städtischer Raum	kleinstäd- tischer/dörf- licher Raum	Rheinland- Pfalz
Anzahl							
unter 18-Jährige							
 Regiopole/Großstadt	-	-832	-750	-47	-131	-551	-2312
 Mittelstadt/städtischer Raum	832	-	-107	-46	-101	-202	377
 kleinstädtischer/dörflicher Raum	750	107	-	-10	-49	-200	598
 Zentrale Stadt	47	46	10	-	9	-87	26
 Mittelstadt/städtischer Raum	131	101	49	-9	-	-42	230
 kleinstädtischer/dörflicher Raum	551	202	200	87	42	-	1082
 Rheinland-Pfalz	2312	-377	-598	-26	-230	-1082	-
18- bis 24-Jährige							
 Regiopole/Großstadt	-	548	403	44	127	708	1829
 Mittelstadt/städtischer Raum	-548	-	93	-122	-43	144	-476
 kleinstädtischer/dörflicher Raum	-403	-93	-	-61	-50	-38	-645
 Zentrale Stadt	-44	122	61	-	79	291	510
 Mittelstadt/städtischer Raum	-127	43	50	-79	-	254	141
 kleinstädtischer/dörflicher Raum	-708	-144	38	-291	-254	-	-1359
 Rheinland-Pfalz	-1829	476	645	-510	-141	1359	-
25- bis 29-Jährige							
 Regiopole/Großstadt	-	-335	-272	10	-46	-217	-860
 Mittelstadt/städtischer Raum	335	-	-52	-25	-14	-60	183
 kleinstädtischer/dörflicher Raum	272	52	-	-3	-7	-54	259
 Zentrale Stadt	-10	25	3	-	14	-2	30
 Mittelstadt/städtischer Raum	46	14	7	-14	-	38	92
 kleinstädtischer/dörflicher Raum	217	60	54	2	-38	-	295
 Rheinland-Pfalz	860	-183	-259	-30	-92	-295	-
30- bis 49-Jährige							
 Regiopole/Großstadt	-	-1323	-1143	-42	-158	-658	-3324
 Mittelstadt/städtischer Raum	1323	-	-269	-50	-136	-317	551
 kleinstädtischer/dörflicher Raum	1143	269	-	-16	-64	-246	1087
 Zentrale Stadt	42	50	16	-	-4	-184	-80
 Mittelstadt/städtischer Raum	158	136	64	4	-	-109	252
 kleinstädtischer/dörflicher Raum	658	317	246	184	109	-	1514
 Rheinland-Pfalz	3324	-551	-1087	80	-252	-1514	-
50- bis 64-Jährige							
 Regiopole/Großstadt	-	-208	-99	-12	-20	-78	-417
 Mittelstadt/städtischer Raum	208	-	-67	-32	-65	-144	-100
 kleinstädtischer/dörflicher Raum	99	67	-	-15	-25	-95	32
 Zentrale Stadt	12	32	15	-	10	20	88
 Mittelstadt/städtischer Raum	20	65	25	-10	-	51	151
 kleinstädtischer/dörflicher Raum	78	144	95	-20	-51	-	246
 Rheinland-Pfalz	417	100	-32	-88	-151	-246	-

noch: T2 Durchschnittlicher jährlicher Wanderungssaldo 2016–2020 nach Raumtyp RegioStaR7 und Altersgruppen

	65-Jährige und Ältere						
■ Regiopole/Großstadt	-	-97	23	-9	-17	-	-100
■ Mittelstadt/städtischer Raum	97	-	47	-19	3	16	143
■ kleinstädtischer/dörflicher Raum	-23	-47	-	-15	-21	-25	-130
■ Zentrale Stadt	9	19	15	-	21	110	174
■ Mittelstadt/städtischer Raum	17	-3	21	-21	-	86	100
■ kleinstädtischer/dörflicher Raum	-	-16	25	-110	-86	-	-187
■ Rheinland-Pfalz	100	-143	130	-174	-100	187	-

■ ■ ■ Stadtregion ■ ■ ■ Ländliche Region

Quelle: Wanderungsstatistik

Ein Wanderungsverlust ergab sich im Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2020 nur gegenüber den zentralen Städten in den ländlichen Regionen (per Saldo –129 Personen). Die Wanderungsüberschüsse gegenüber den anderen vier Raumtypen reichten von +216 Personen aus den kleinstädtischen bzw. dörflichen Räumen der Stadtregionen bis zu +357 Personen aus den Mittelstädten bzw. den städtischen Räumen der Stadtregionen.

Ländliche Regionen: kleinstädtischer bzw. dörflicher Raum

Positive Wanderungsbilanz gegenüber den drei Raumtypen der Stadtregionen

Die kleinstädtischen bzw. dörflichen Räume in ländlichen Regionen verzeichneten im Zeitraum von 2016 bis 2020 jährlich im Durchschnitt 1590 Nettozuzüge aus den anderen fünf Raumtypen in Rheinland-Pfalz. Aus einem der drei Stadtregions-Raumtypen kamen per Saldo durchschnittlich 2 016 Personen pro Jahr. Die Wanderungsdefizite gegenüber den beiden anderen ländlich geprägten Raumtypen summierten sich auf durchschnittlich –426 Personen pro Jahr.

Differenziert nach Altersgruppen zeigen sich für die kleinstädtischen bzw. dörflichen Räume der ländlichen Regionen hohe Wanderungsgewinne aus den anderen Raumtypen bei den 30- bis 49-Jährigen (per Saldo im

Durchschnitt jährlich 1514 Personen) und bei den Minderjährigen (1082 Personen). Von den Nettozugewanderten unter 18 Jahren kamen per Saldo durchschnittlich 953 aus den drei Raumtypen der rheinland-pfälzischen Stadtregionen. Das größte Wanderungsdefizit für die kleinstädtischen bzw. dörflichen Räume in den ländlichen Regionen entstand in der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen (–1 359 Personen im Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2020). Die Mehrzahl der jungen Menschen zog es in eine der drei Stadtregionen (durchschnittlich 852 Personen pro Jahr); ein Drittel des Gesamtsaldos dieser Altersgruppe ging jedoch auf die Wanderungsgewinne gegenüber den übrigen beiden Raumtypen der ländlichen Regionen zurück. Personen in diesen Wanderungsströmen entschieden sich bei der Wahl ihres Wohnortes für eine Umgebung mit höher verdichteter Siedlungs- und in der Regel besseren Infrastruktur (per Saldo durchschnittlich 545 Personen pro Jahr).

Größtes Wanderungsdefizit bei jungen Erwachsenen

Fazit

Die Auswertung der Binnenwanderungen zwischen den einzelnen Raumtypen der kompakten regionalstatistischen Raumtypologie RegioStaR7 zeigt, dass die 18- bis 24-Jährigen, die sich überwiegend in einer beruflichen oder

akademischen Ausbildung befinden, aus allen Landesteilen bzw. Raumtypen in die Regiopolen bzw. die Großstädte gewandert sind (per Saldo durchschnittlich +1829 Personen pro Jahr). Ein Teil der jungen Erwachsenen verließ zwar die kleinstädtischen bzw. die dörflichen Räume in Richtung der höher verdichteten Räume, blieb aber in einer der ländlichen Regionen des Landes. Davon profitierten auch die zentralen Städte im ländlichen Raum. Sie gewannen im Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2020 per Saldo 510 Personen aus dem kleinstädtischen bzw. dem dörflichen Raum in den ländlichen Regionen. In dieser Altersgruppe zeigten sich die stärksten Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Wanderungsverhalten: Die Regiopolen bzw. Großstädte in den Stadtregionen und die zentralen Städte in den ländlichen Regionen verbuchten 2020 deutlich geringere Wanderungsgewinne als in den vier Jahren zuvor. Die mittelstädtischen und die kleinstädtischen bzw. dörflichen Räume (in den Stadt- und den Landregionen) mussten demgegenüber geringere Wanderungsverluste hinnehmen. Die Vermutung liegt nahe, dass ein Teil der Studienanfängerinnen und -anfänger aufgrund der coronabedingt oftmals nur digital angebotenen Lehrveranstaltungen im Sommersemester 2020 und im Wintersemester 2020/21 auf einen Wohnsitzwechsel verzichtete und in mittelstädtischen oder kleinstädtischen bzw. dörflichen Räumen fernab der Hochschulstandorte blieb. Dies dürfte voraussichtlich keine dauerhafte Trendwende im Wanderungsverhalten der 18- bis 24-Jährigen sein; es ist anzunehmen, dass sie zukünftig wieder in die Universitätsstädte strömen werden.

Die Ergebnisse deuten weiter darauf hin, dass Familien die Regiopolen bzw. Großstädte zum einen in Richtung des städtisch

geprägten Umlands und zum anderen in Richtung des kleinstädtischen bzw. des dörflichen Raums in den ländlichen Regionen verlassen. In den Altersgruppen der 25- bis 29-Jährigen und der 50-Jährigen und Älteren war das Wanderungsmuster im Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2020 ähnlich, die Wanderungsgewinne bzw. -verluste fielen bei den 50- bis 64-Jährigen lebensphasenbedingt deutlich niedriger aus als bei den 25- bis 29-Jährigen.

Die Analyse des Wanderungsverhaltens erlaubt nur indirekt Rückschlüsse auf die Motive der Menschen, umzuziehen und auf die Gründe, die für die Wahl des Wohnortes entscheidend sind. Das identifizierte Wanderungsmuster legt nahe, dass Familien Wert auf eine weniger verdichtete Siedlungsstruktur und mehr Natur in ihrer Wohnumgebung legen – unabhängig davon, ob es sich um eine Stadtregion oder eine ländliche Region handelt.

Zu den weiteren Aspekten bei der Wahl eines neuen Wohnortes zählt das Wohnungsangebot. Dort, wo es eine dauerhaft hohe Nettozuwanderung gibt, muss unter Umständen erst neuer Wohnraum geschaffen werden. Die Wohnraumversorgung verbesserte sich zwischen 2011 und 2020 am stärksten in den beiden kleinstädtisch bzw. dörflich geprägten Räumen in den Stadtregionen und den ländlichen Regionen des Landes und am geringsten in den Regiopolen bzw. den Großstädten sowie in den zentralen Städten. Die Wohnungsdichte, also die Zahl der Wohnungen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner, ist mit jeweils 554 in den Regiopolen bzw. Großstädten der Stadtregionen und in den zentralen Städten in den ländlichen Regionen am höchsten. In den mittelstädtischen und in den kleinstädtischen

Wohnraumversorgung verbessert sich am stärksten in kleinstädtisch bzw. dörflichen Räumen



bzw. dörflichen Räumen in den Stadtregionen stehen die wenigsten Wohnungen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner zur Verfügung (507 bzw. 508). Die Wohnungsdichte ist als Indikator für die Wohnraumversorgung über die einzelnen Raumtypen hinweg jedoch nur eingeschränkt vergleichbar: Voraussetzung wäre, dass sich Ein- und Mehrpersonenhaushalte gleich stark auf die einzelnen Raumtypen verteilen. Tatsächlich gibt es in den Regiopolen bzw. Großstädten und in den zentralen Städten allerdings mehr Einpersonenhaushalte als in den weniger verdichteten, mittelstädtischen sowie den kleinstädtischen bzw. dörflichen Räumen. Eine Sonderauswertung der Haushaltsdaten des Mikrozensus durch das Statistische Bundesamt ergab, dass der Anteil der Einpersonenhaushalte 2017 in den Regiopolen bzw. den Großstädten von Rheinland-Pfalz bei 50 Prozent und in den zentralen Städten der ländlichen Regionen bei 47 Prozent lag. Deutlich geringer war ihr Anteil in den kleinstädtischen bzw. dörflich geprägten Räumen von Rheinland-Pfalz. Das gilt sowohl für die Stadtregionen (31 Prozent) als auch für die ländlichen Regionen (33 Prozent).²

Ein- und Zweifamilienhäuser dominieren in ländlichen Regionen

Die Struktur des Wohnungsbestandes unterscheidet sich zwischen den sechs regionalstatistischen Raumtypen. Je verdichteter die Siedlungsstruktur ist, desto mehr Wohnungen befinden sich in Mehrfamilienhäusern. Und je ländlicher die Umgebung, desto mehr dominieren Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern. Das gilt für die Stadtregionen und die ländlichen Regionen gleichermaßen, wobei der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser in den zentralen Städten zehn Pro-

² Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Haushalte nach RegioStaR-Gebietsgliederung. Wiesbaden 2019. www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Tabellen/sonderauswertung-haushalte-regiostar.xlsx [Stand 2. Dezember 2021].

zentpunkte höher liegt als in den Regiopolen bzw. Großstädten. Der Anteil der Wohnungen nach Gebäudeart in Mittelstädten bzw. städtischen Räumen – in Stadtregionen und in ländlichen Regionen – entspricht in etwa dem landesweiten Durchschnitt in Rheinland-Pfalz. In den kleinstädtisch bzw. dörflich geprägten Räumen beider Regionstypen befinden sich rund 80 Prozent der Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern.

Da Umzüge, insbesondere beim Erwerb von Eigentum – sei es ein Neubau oder ein Kauf einer Bestandsimmobilie – eine Planungszeit von mehreren Monaten bis mehreren Jahren haben können, sollte der Trendbruch im Wanderungsverhalten der 30- bis 49-Jährigen und der unter 18-Jährigen 2020 angesichts der Corona-Pandemie nicht als nachhaltiger struktureller Effekt interpretiert werden. Insgesamt zeigen die Auswertungen, die in diesem Beitrag vorgestellt wurden, keine besonderen Auffälligkeiten. Es bleibt abzuwarten, ob z. B. hybride Arbeitsmodelle mit einem Mix aus Büro- und Home-Office-Tagen, die sich im Zuge der Pandemiebekämpfung weit verbreitet haben, das Wanderungsverhalten in den kommenden Jahren nachhaltig verändern werden.

Effekte der Corona-Pandemie auf die Wanderungen noch nicht absehbar

Dr. Andrea Weitzel ist Referentin im Referat „Analysen Staat, Soziales“.

Info

In der Februar-Ausgabe des Statistischen Monatsheftes erschien Teil I des Beitrags „Wanderungen zwischen städtisch und ländlich geprägten Regionen“ mit dem Schwerpunkt der Wanderungsbilanz nach Raumtypen und Altersgruppen zwischen 2011 und 2020.



Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

520	129 151	130 953	128 093	127 842
5 752	134 121	128 093	128 452	128 452
126 058	126 824	133 450	157 284	153 523
134 628	134 545	157 284	111 776	110 138
157 811	157 827	111 776	80 756	77 082
113 466	113 035	80 756	63 568	61 111
87 007	84 980	63 568	77 648	77 648
65 282	64 829	77 648	92 396	92 396
78 320	78 146	92 396	125 873	125 873
95 409	94 429	125 873	103 807	103 807
	125 677	103 807	69 027	69 027



Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung	Einheit	2019	2020			2021				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 089 ^{1,2}	4 096 ^{1,2}	4 096	4 098	4 099	4 102	4 105	4 106	4 107
darunter Ausländer/-innen ³	1 000	461 ^{1,2}	477 ^{1,2}	478	480	482	491	494	496	499

Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴

* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 736	1 576	2 552	2 187	2 151	2 500	2 565	2 160	1 674
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	3 098	3 136	3 445	3 372	3 215	3 562	3 595	3 314	3 283
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	9,1	9,2	9,9	10,0	9,2	10,2	10,3	9,8	9,4
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	3 968	4 098	3 945	3 775	3 988	4 113	3 913	3 954	4 293
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	11,7	12,0	11,3	11,2	11,5	11,8	11,2	11,7	12,3
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	9	11	14	17	5	12	11	12	6
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,0	3,4	4,1	5,0	1,6	3,4	3,1	3,6	1,8
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-870	-962	-500	-403	-773	-551	-318	-640	-1 010
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	-2,6	-2,8	-1,4	-1,2	-2,2	-1,6	-0,9	-1,9	-2,9

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	12 440	10 786	13 575	13 130	14 021	12 247	13 944	13 311	14 372
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	6 347	5 052	6 106	6 271	6 495	5 778	6 504	6 833	7 145
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	10 837	9 367	11 381	11 158	11 758	10 330	11 371	11 482	12 159
* darunter in das Ausland	Anzahl	4 921	3 809	4 342	4 188	4 074	4 401	4 345	4 376	4 020
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 603	1 418	2 194	1 972	2 263	1 917	2 573	1 829	2 213
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	13 922	13 203	15 470	14 066	14 956	14 294	15 830	14 120	13 815

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte ^{9,10,11}	Einheit	2018	2019	2020			2021			
		30.06.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹²	1 000	1 412	1 435	1 447	1 441	1 429	1 454	1 447	1 445	1 454
* Frauen	1 000	656	667	677	673	667	678	677	674	677

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.



noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{1,2,3}

	Einheit	2018	2019		2020			2021		
			30.06.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
* Ausländer/-innen	1 000	155	170	170	173	174	181	178	183	190
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	410	422	428	427	423	429	431	429	434
* darunter Frauen	1 000	334	342	347	347	343	347	349	347	350
davon nach Wirtschaftsbereichen ⁴										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	14	14	11	13	14	15	11	13	15
* produzierendes Gewerbe	1 000	434	442	442	440	436	441	436	436	436
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	312	319	323	319	316	322	320	316	319
* Erbringung von Unternehmens- dienstleistungen	1 000	227	225	225	225	223	228	228	230	233
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	425	435	445	444	440	448	451	450	450

Arbeitsmarkt⁵

	Einheit	2019	2020		2021				2022	
			Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Arbeitslose	Anzahl	97 717	117 912	115 845	125 665	125 811	97 596	98 458	104 619	103 157
* Frauen	Anzahl	43 707	51 857	51 364	55 202	54 955	44 310	44 066	46 100	45 351
Männer	Anzahl	54 010	66 055	64 481	70 463	70 856	53 286	54 392	58 519	57 806
SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁶	Anzahl	41 433	55 862	55 614	62 052	60 667	39 461	40 222	44 775	43 984
SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁷	Anzahl	56 284	62 051	60 231	63 613	65 144	58 135	58 236	59 844	59 173
* Arbeitslosenquote ⁸	%	4,3	5,2	5,1	5,6	5,6	4,3	4,4	4,6	4,6
* Frauen	%	4,1	4,9	4,8	5,2	5,2	4,2	4,2	4,4	4,3
* Männer	%	4,5	5,5	5,4	5,9	5,9	4,4	4,5	4,9	4,8
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,0	5,0	4,3	4,7	4,9	3,3	3,3	3,5	3,6
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,0	3,5	3,0	3,2	3,4	2,6	2,5	2,7	2,6
Ältere von 50–65 Jahren	%	4,2	4,9	5,0	5,4	5,4	4,4	4,5	4,8	4,7
Ältere von 55–65 Jahren	%	4,7	5,4	5,5	6,0	6,0	5,0	5,1	5,4	5,3
* Ausländer/-innen ⁹	%	11,3	13,1	12,4	13,6	13,8	10,4	10,5	11,2	11,1
Deutsche	%	3,5	4,2	4,2	4,5	4,5	3,5	3,5	3,8	3,7
* Kurzarbeiter/-innen ¹⁰	Anzahl	5 728	104 908	106 096	132 929	138 305
* Gemeldete Arbeitsstellen ¹¹	Anzahl	39 492	30 971	30 560	30 245	31 071	42 497	42 054	42 085	43 624

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II¹²

	Einheit	2019	2020			2021				
			Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	227 968	229 300	224 377	223 331	223 655	216 364	213 558	211 143	...
* darunter Frauen	Anzahl	113 208	113 854	111 408	110 997	111 297	107 765	106 439	105 265	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	151 888	153 669	150 118	149 414	149 834	145 094	142 999	141 216	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	63 706	62 673	61 585	61 038	60 946	58 071	57 593	56 966	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	61 813	60 655	59 613	59 063	58 999	56 272	55 815	55 187	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ab September 2021 werden Staatenlose und Personen ohne Angabe zur Staatsangehörigkeit nun zu den Ausländern gezählt und nicht mehr unter "keine Angabe" erfasst. – 10 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 11 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 12 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

**Bautätigkeit****(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für Wohngebäude**

Einheit	2019	2020			2021					
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.		
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	515	554	544	562	531	601	512	540	579
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	453	489	496	501	485	512	451	487	495
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	4	4	3	5	2	4	3	3	1
Unternehmen	Anzahl	57	70	48	76	41	82	37	43	86
private Haushalte	Anzahl	454	480	493	481	488	515	472	492	490
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 119	1 173	976	1 172	909	1 541	1 270	909	1 428
* Umbauter Raum	1 000 m ³	702	730	632	741	609	848	782	607	828
* Wohnfläche	1 000 m ²	130	135	118	139	114	159	143	113	159
Wohnräume	Anzahl	5 113	5 308	4 650	5 406	4 456	6 146	5 477	4 414	6 224
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	237	253	224	260	215	338	290	233	319

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	113	104	106	104	70	114	139	152	142
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	12	13	12	15	4	13	14	13	15
Unternehmen	Anzahl	77	68	64	65	55	79	65	88	74
private Haushalte	Anzahl	24	23	30	24	11	22	54	46	50
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	18	29	34	9	23	13	39	59	4
* Umbauter Raum	1 000 m ³	675	839	820	688	359	762	1 266	1 122	646
* Nutzfläche	1 000 m ²	106	168	116	89	52	100	160	146	96
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	108	120	136	88	77	214	126	170	180

Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 245	1 382	1 257	1 419	1 125	1 847	1 543	1 202	1 668
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	5 788	6 140	5 575	6 343	5 345	7 368	6 468	5 655	7 212



Landwirtschaft

	Einheit	2019	2020			2021				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	11 591	11 443	12 651	12 298	10 946	11 379	11 537	11 967	10 766
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 636	1 604	1 863	1 931	1 534	1 277	1 415	1 891	1 251
darunter										
* Kälber	t	8	9	10	9	18	6	6	7	8
* Jungrinder	t	7	8	9	16	11	9	5	11	10
* Schweine	t	9 825	9 791	10 742	10 317	9 360	10 068	10 090	10 029	9 474
* Eierzeugung ²	1 000	18 991	19 395	20 616	18 108	19 792	20 672	20 412	19 809	20 672

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden³

* Betriebe	Anzahl	1 037	1 044	1 044	1 044	1 042	1 025	1 025	1 024	1 025
* Beschäftigte ⁴	Anzahl	262 937	257 903	257 345	256 648	255 671	257 920	257 581	257 466	256 647
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	32 881	31 098	32 827	32 988	28 731	32 384	31 638	32 765	29 469
* Entgelte	Mill. EUR	1 176	1 127	1 076	1 464	1 117	1 076	1 109	1 526	1 178
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 711	7 021	7 389	7 538	7 203	8 579	8 442	8 704	8 858
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵	Mill. EUR	4 164	3 844	3 974	4 027	3 548	4 750	4 703	4 988	4 495
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 310	2 006	2 226	2 373	2 481	2 065	2 289	2 390	2 710
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	82	86	94	99	87	81	90	103	85
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 156	1 086	1 096	1 040	1 087	1 683	1 360	1 222	1 567
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 323	2 092	2 043	2 095	1 964	2 611	2 602	2 801	2 650
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	1 133	980	1 223	1 237	1 212	940	1 130	1 195	1 348
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	4 349	3 905	4 094	4 182	3 966	4 785	4 808	4 935	4 948
Exportquote ⁶	%	56,4	55,6	55,4	55,5	55,1	55,8	57,0	56,7	55,9
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2015=100	101,8	95,7	106,6	114,3	106,6	126,7	142,0	134,6	132,9
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	106,4	102,0	110,8	117,8	102,4	105,1	102,9	121,3	116,9
Investitionsgüterproduzenten	2015=100	96,2	89,0	105,7	117,7	114,4	154,8	182,2	150,7	137,1

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeriern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

**noch: Produzierendes Gewerbe****Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹**

Einheit	2019	2020				2021				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	148,9	181,2	203,5	193,5	202,2	185,9	178,7	209,1	186,8
Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	101,0	89,0	85,7	81,8	87,2	104,1	145,8	122,0	177,5
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2015=100	106,9	101,8	107,2	116,6	102,3	102,9	102,0	110,7	108,4
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2015=100	89,4	80,4	89,9	105,9	104,4	183,6	209,6	169,2	137,8

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	172	170	169	169	169	171	171	171	170
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	9 898	10 084	10 216	10 210	10 188	10 195	10 163	10 156	10 168
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 195	1 228	1 280	1 304	1 085	1 286	1 233	1 306	1 136
* Entgelte ³	Mill. EUR	46	48	55	66	46	44	56	69	46
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	346	353	259	365	424	248	228	364	381
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	333	340	246	351	408	234	214	351	367

**Baugewerbe
Bauhauptgewerbe⁶**

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	21 518	22 582	22 758	22 768	22 618	23 905	23 936	23 933	23 703
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	2 131	2 297	2 568	2 526	1 835	2 683	2 578	2 572	1 902
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	379	440	475	478	357	472	459	453	365
* gewerblicher Bau ⁷	1 000 h	696	754	830	817	620	870	835	847	634
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 056	1 103	1 263	1 232	859	1 340	1 284	1 272	904
darunter Straßenbau	1 000 h	577	591	688	679	450	726	682	681	474
* Entgelte	Mill. EUR	76	80	81	100	80	84	87	111	86

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.



noch: Baugewerbe

Bauhauptgewerbe¹

	Einheit	2019	2020			2021				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	339	365	401	451	492	396	399	453	480
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	61	73	75	79	128	78	79	80	87
* gewerblicher Bau ²	Mill. EUR	120	125	136	166	152	132	126	153	177
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	158	166	190	205	212	186	193	220	215
darunter Straßenbau	Mill. EUR	83	82	101	110	102	96	106	114	114

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau)³

	Einheit	2019	2020			2021				
		Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	
Betriebe ⁴	Anzahl	405	385	387	383	379	488	487	484	480
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁴	Anzahl	16 810	16 524	16 500	16 635	16 235	18 767	18 816	19 137	18 985
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	5 075	4 859	4 815	4 949	4 712	5 610	5 606	5 652	5 571
* Entgelte	Mill. EUR	148	149	147	148	155	160	166	168	184
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	527	537	483	527	706	445	552	609	747

Handel⁵

Großhandel⁶

	Einheit	2019	2020			2021				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Beschäftigte	2015=100	102,7	102,5	102,4	102,5	101,9	103,8	103,9	104,0	103,9
* Umsatz nominal ⁷	2015=100	109,7	109,9	116,7	109,6	108,3	124,1	125,8	127,6	123,4
* Umsatz real ⁷	2015=100	105,7	106,8	113,8	106,8	104,9	111,7	112,3	113,5	110,5

Einzelhandel⁸

* Beschäftigte	2015=100	104,0	105,4	106,5	107,1	107,6	105,6	105,5	105,6	105,8
* Umsatz nominal ⁷	2015=100	111,3	118,3	126,3	124,3	131,4	118,1	124,9	127,7	135,4
* Umsatz real ⁷	2015=100	107,1	112,4	119,5	118,0	124,5	109,2	114,9	117,4	124,1

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Vor 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Ab 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 23 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtszeitraums. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

**noch: Handel¹****Kfz-Handel^{1,2}**

	Einheit	2019	2020			2021				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Beschäftigte	2015=100	108,5	108,4	109,1	109,4	108,4	105,3	106,1	106,6	106,1
* Umsatz nominal ³	2015=100	119,1	115,7	135,9	134,4	124,8	121,6	133,1	133,7	119,9
* Umsatz real ³	2015=100	113,2	108,3	127,2	125,2	115,5	110,1	119,7	119,1	105,9

Gastgewerbe^P

* Beschäftigte	2015=100	100,1	84,7	90,3	75,1	68,2	92,6	90,6	89,7	83,9
* Umsatz nominal ³	2015=100	114,6	76,8	104,2	32,6	29,7	125,2	119,3	89,6	66,2
* Umsatz real ³	2015=100	105,1	67,8	90,1	28,1	25,7	107,4	102,1	76,5	56,4

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	760	458	644	95	60	856	818	429	252
* darunter von Auslandsgästen	1 000	160	70	42	11	9	132	107	62	36
* Gästeübernachtungen	1 000	1 918	1 287	1 888	380	279	2 289	2 179	1 113	739
* darunter von Auslandsgästen	1 000	445	218	131	43	34	384	300	189	109

Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

	Einheit	2019	2020			2021				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 777	1 561	1 937	1 666	1 341	1 632	1 952	1 811	1 577
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 203	1 079	1 469	1 111	872	1 155	1 462	1 204	967
* Getötete Personen	Anzahl	13	11	13	12	5	12	14	10	10
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	6	5	4	7	1	3	8	4	4
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	4	3	6	1	3	6	3	4	-
Radfahrer	Anzahl	2	1	2	4	1	1	-	1	2
Fußgänger	Anzahl	1	1	-	-	-	1	2	-	4
* Verletzte Personen	Anzahl	1 546	1 361	1 851	1 413	1 088	1 417	1 844	1 511	1 238

¹ Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – ² Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – ³ Ohne Umsatzsteuer. – ⁴ Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – ⁵ Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.



noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2019	2020			2021				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
schwer verletzte Personen	Anzahl	291	257	390	196	172	257	362	230	183
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	132	98	134	95	82	87	122	120	98
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	71	69	109	46	34	66	116	37	21
Radfahrer	Anzahl	49	55	103	33	30	69	76	43	25
Fußgänger	Anzahl	27	20	29	16	18	19	33	22	27

Kraftfahrzeuge¹

	Einheit	2019	2020			2021				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 937	12 034	13 231	13 819	14 279	10 447	9 310	9 727	11 220
darunter										
Krafträder	Anzahl	733	992	643	574	747	895	603	344	342
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	11 573	9 583	11 094	11 534	11 975	8 208	7 450	8 030	9 457
* Lastkraftwagen	Anzahl	1 137	980	1 003	1 218	1 013	879	813	841	835
Zugmaschinen	Anzahl	394	380	387	339	357	352	360	347	333

Personenbeförderung

	Einheit	2019	2020			2021				
		Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	58 509	47 670	39 172	47 805	46 254	51 647	52 112	55 209	...
Personenkilometer ³	Mill.	649	510	416	506	508	492	518	577	...

Binnenschifffahrt

	Einheit	2019	2020			2021				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Gütereingang	1 000 t	1 053	1 031	909	1 169	992	1 030	893	932	829
* Güterversand	1 000 t	858	838	779	964	842	846	801	701	679

Außenhandel⁴

Ausfuhr (Spezialhandel)⁵

* Insgesamt	Mill. EUR	4 445	4 071	4 334	4 486	4 328	4 482	4 527	4 498	4 679
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	324	313	314	343	324	334	359	329	361
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	4 061	3 716	3 966	4 087	3 961	4 079	4 069	4 032	4 178

1 Quelle: Kaffahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

**noch: Außenhandel¹****Ausfuhr (Spezialhandel)²**

Einheit	2019	2020			2021					
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Rohstoffe	Mill. EUR	27	29	33	31	32	27	30	28	26
* Halbwaren	Mill. EUR	152	144	165	174	156	160	197	182	185
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 883	3 543	3 768	3 882	3 773	3 892	3 842	3 822	3 967
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	988	906	962	896	864	1 057	1 168	1 085	1 195
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 895	2 637	2 806	2 986	2 909	2 835	2 674	2 737	2 772
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	3 002	2 707	2 975	3 050	3 040	3 108	3 080	3 088	3 251
darunter in/nach										
EU-Länder (28)	Mill. EUR	2 688	-	-	-	-	-	-	-	-
EU-Länder (27)	Mill. EUR	2 416	2 195	2 443	2 510	2 478	2 252	2 473	2 504	2 626
Belgien	Mill. EUR	202	185	179	214	249	191	214	226	212
Luxemburg	Mill. EUR	54	50	52	55	53	43	50	53	51
Dänemark	Mill. EUR	50	45	51	48	46	50	46	51	52
Finnland	Mill. EUR	32	29	32	31	25	27	30	34	36
Frankreich	Mill. EUR	447	392	416	447	410	363	416	444	456
Griechenland	Mill. EUR	44	78	135	72	72	110	117	36	96
Irland	Mill. EUR	35	27	16	35	32	21	32	26	19
Italien	Mill. EUR	251	218	240	257	248	213	259	272	296
Niederlande	Mill. EUR	270	247	260	268	280	217	256	275	276
Österreich	Mill. EUR	181	171	199	202	187	182	193	191	209
Schweden	Mill. EUR	79	66	79	74	71	59	73	77	78
Spanien	Mill. EUR	212	176	193	193	186	170	191	195	208
Portugal	Mill. EUR	27	25	32	31	35	38	33	36	33
Großbritannien	Mill. EUR	272	213	237	241	273	182	197	210	227
* Afrika	Mill. EUR	126	97	84	96	101	95	100	104	116
* Amerika	Mill. EUR	624	583	573	689	481	597	683	665	624
darunter nach USA	Mill. EUR	431	415	413	506	304	398	453	455	423
* Asien	Mill. EUR	651	640	652	608	662	601	620	599	645
darunter nach China	Mill. EUR	200	227	268	232	251	171	193	193	191
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	42	43	49	43	43	81	43	42	42

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	3 272	2 951	2 908	3 159	3 144	3 257	3 375	3 621	3 874
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	283	308	276	319	330	341	314	310	329
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 756	2 518	2 503	2 692	2 640	2 719	2 786	2 979	3 194
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	38	32	31	33	34	40	41	40	37
* Halbwaren	Mill. EUR	255	204	167	204	203	217	235	252	274
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 463	2 283	2 305	2 455	2 403	2 462	2 511	2 687	2 884

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.



noch: Außenhandel¹

Einfuhr (Generalhandel)²

Einheit	2019	2020			2021					
	Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.		
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	579	501	468	514	467	640	629	709	689
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 883	1 782	1 837	1 941	1 936	1 822	1 882	1 978	2 195
davon aus										
* Europa	Mill. EUR	2 421	2 127	2 159	2 271	2 360	2 318	2 357	2 611	2 745
darunter aus										
EU-Ländern (28)	Mill. EUR	2 174	-	-	-	-	-	-	-	-
EU-Ländern (27)	Mill. EUR	2 071	1 804	1 831	1 912	1 988	2 017	2 044	2 279	2 384
Belgien	Mill. EUR	234	198	172	194	196	255	233	256	268
Luxemburg	Mill. EUR	50	42	44	40	43	51	44	47	43
Dänemark	Mill. EUR	23	40	42	40	51	45	49	52	57
Finnland	Mill. EUR	14	13	16	13	11	14	15	16	13
Frankreich	Mill. EUR	293	272	299	301	316	297	328	349	337
Griechenland	Mill. EUR	17	15	11	29	9	20	10	35	13
Irland	Mill. EUR	99	45	35	65	51	85	53	61	69
Italien	Mill. EUR	221	200	203	214	231	203	220	274	278
Niederlande	Mill. EUR	289	248	262	248	270	245	213	270	253
Österreich	Mill. EUR	127	138	144	145	146	136	147	145	152
Schweden	Mill. EUR	36	26	32	22	25	21	42	34	31
Spanien	Mill. EUR	208	144	113	120	143	132	149	161	298
Portugal	Mill. EUR	20	21	18	22	23	27	24	26	34
Großbritannien	Mill. EUR	103	92	81	94	103	71	64	71	72
* Afrika	Mill. EUR	56	50	35	51	40	45	77	48	47
* Amerika	Mill. EUR	278	247	188	276	244	309	264	253	346
darunter aus USA	Mill. EUR	213	189	148	227	194	188	180	173	286
* Asien	Mill. EUR	507	516	515	549	486	578	667	698	725
darunter aus China	Mill. EUR	239	260	263	275	253	324	326	356	405
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	6	7	8	8	9	5	7	6	6

Gewerbeanzeigen³

Einheit	2019	2020			2021					
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.		
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 614	2 611	2 688	2 573	2 446	2 915	2 536	2 643	2 742
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	467	428	410	446	398	534	468	457	479
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 702	1 725	1 820	1 689	1 510	1 838	1 652	1 665	1 708
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 496	2 265	2 267	2 285	3 130	2 254	1 998	2 531	3 437
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	382	354	290	355	451	345	286	349	482
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 650	1 454	1 533	1 475	2 146	1 391	1 280	1 628	2 356

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

**Insolvenzen**

	Einheit	2019	2020			2021				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Insgesamt	Anzahl	390	280	195	188	203	364	389	430	443
davon										
* Unternehmen	Anzahl	58	52	41	39	41	31	31	33	53
* Verbraucher	Anzahl	229	146	88	98	103	243	257	278	257
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	86	66	44	36	44	74	78	98	109
* sonstige natürliche Personen, ¹ Nachlässe	Anzahl	17	16	22	15	15	16	23	21	24
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	57	65	31	41	147	40	74	35	57

Handwerk²

	Einheit	2019	2020			2021				
		Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	
* Beschäftigte ³	2009=100 ⁴	99,8	98,3	97,2	99,0	97,6	97,8	98,0	99,5	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2009=100 ⁶	121,3	123,7	113,1	127,5	147,8	95,8	101,8	104,4	...

Preise

	Einheit	2019	2020		2021			2022		
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2015=100	104,7	105,3	105,0	105,7	106,6	109,9	110,6	110,8	111,7
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2015=100	104,5	106,0	106,4	106,4	106,6	107,5	107,6	107,8	108,1

Verdienste⁷

	Einheit	2020	2021	2020			2021			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	4 186	...	3 715	3 858	3 919	3 867	3 970	4 017	...
* Frauen	EUR	3 761	...	3 398	3 528	3 548	3 527	3 602	3 661	...
* Männer	EUR	4 360	...	3 846	3 993	4 072	4 008	4 121	4 164	...
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	7 891	...	6 907	7 020	7 072	7 039	7 151	7 164	...
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	4 932	...	4 437	4 561	4 611	4 566	4 652	4 697	...
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 569	...	3 182	3 321	3 379	3 308	3 416	3 475	...
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 888	...	2 516	2 707	2 757	2 698	2 809	2 828	...
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	2 450	...	2 226	2 371	2 369	2 283	2 369	2 453	...

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

	Einheit	2020	2021	2020			2021			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 391	...	3 750	3 917	4 034	3 943	4 103	4 113	...
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	4 039	...	3 604	3 761	3 857	3 830	3 789	3 825	...
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 567	...	3 837	4 026	4 152	4 112	4 225	4 229	...
* Energieversorgung	EUR	5 790	...	5 089	5 156	5 130	5 153	5 299	5 214	...
* Wasserversorgung ²	EUR	3 846	...	3 545	3 580	3 652	3 562	3 622	3 637	...
* Baugewerbe	EUR	3 744	...	3 360	3 494	3 586	3 307	3 655	3 699	...
* Dienstleistungsbereich	EUR	4 048	...	3 692	3 818	3 842	3 816	3 878	3 952	...
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 826	...	3 311	3 511	3 491	3 401	3 547	3 708	...
* Verkehr und Lagerei	EUR	3 100	...	2 815	2 905	2 961	2 934	2 960	2 999	...
* Gastgewerbe	EUR	1 977	...	1 534	2 164	(1 871)	(1 395)	1 631	2 379	...
* Information und Kommunikation	EUR	5 396	...	4 893	4 955	4 994	5 026	5 093	5 158	...
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	5 645	...	4 760	4 847	4 861	4 894	4 875	4 954	...
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	(4 408)	...	3 833	3 859	(4 056)	(3 969)	4 031	(4 047)	...
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	4 969	...	4 448	4 462	4 609	4 624	4 669	4 702	...
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	2 914	...	2 632	2 854	2 876	2 801	2 954	3 008	...
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	4 175	...	4 042	4 070	4 070	4 096	4 128	4 128	...
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 752	...	4 569	4 645	4 659	4 694	4 703	4 692	...
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	4 192	...	3 862	3 995	4 034	3 970	4 037	4 044	...
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	2 939	...	(2 515)	2 882	(2 633)	(2 273)	(2 482)	3 117	...
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 871	...	3 589	3 670	3 718	3 591	3 678	3 732	...

Geld und Kredit³

	Einheit	2019	2020			2021				
		Durchschnitt	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	126 521	120 254	119 551	121 456	121 852	123 861	124 993	127 152	...
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	10 028	7 893	7 821	7 586	7 260	7 836	7 658	7 822	...

1 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

**noch: Geld und Kredit¹**

Einheit	2019	2020			2021			
	Durchschnitt	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	9 990	7 715	7 661	7 774	7 769	7 786	7 561	7 487	...
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	106 504	104 646	104 069	106 096	106 823	108 239	109 774	111 843	...
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	120 662	117 565	117 069	118 828	118 999	121 013	122 220	124 234	...
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	113 091	109 870	109 466	111 115	111 247	113 250	114 535	116 732	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	7 571	7 695	7 603	7 713	7 752	7 763	7 685	7 502	...
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	5 860	2 689	2 482	2 628	2 853	2 848	2 773	2 918	...

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	123 655	129 485	129 114	131 266	133 504	134 822	134 646	137 653	...
Sichteinlagen	Mill. EUR	79 307	87 046	86 830	89 074	90 972	92 738	93 083	96 046	...
Termineinlagen	Mill. EUR	16 087	15 329	15 148	15 186	15 545	15 147	14 741	14 917	...
Sparbriefe	Mill. EUR	2 251	1 907	1 964	1 870	1 772	1 638	1 505	1 458	...
Spareinlagen	Mill. EUR	26 011	25 203	25 172	25 136	25 215	25 299	25 317	25 232	...
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	121 699	127 638	127 324	129 474	131 613	133 021	132 836	135 790	...
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	118 494	123 943	123 880	126 041	127 164	129 363	129 059	131 459	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	3 205	3 695	3 444	3 433	4 449	3 658	3 777	4 331	...
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	1 957	1 847	1 790	1 792	1 891	1 801	1 810	1 863	...

Steuern

Einheit	2019	2020		2021				2022
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	4 731	4 263	4 044	5 315	1 738	4 875	4 282	11 405	5 311
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 470	1 411	1 231	2 470	1 088	805	3 182	3 886	1 063
Lohnsteuer	Mill. EUR	1 000	995	1 195	1 245	792	724	1 450	1 214	893
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	197	191	499	-	-	-	640	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	240	199	64	783	74	25	34	844	67
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	98	94	48	113	42	30	83	1 427	59

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).



noch: Steuern

Einheit	2019	2020		2021				2022
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	19	21	55	6	21	7	76	9	19
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	14	15	51	-	-	-	70	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	114	103	-132	323	160	19	1 538	392	25
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	-2	-18	-128	-	-	-	-157	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	3 261	2 852	2 812	2 845	649	4 070	1 100	7 519	4 248
Umsatzsteuer	Mill. EUR	579	515	571	497	503	642	536	555	566
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 683	2 337	2 241	2 348	146	3 427	564	6 964	3 682

Zölle

Mill. EUR	231	223	214	209	192	295	295	310	265
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern

Mill. EUR	91	87	74	195	56	15	109	151	30
-----------	----	----	----	-----	----	----	-----	-----	----

darunter

Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	30	28	38	66	12	3	3	9	11
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	61	59	36	129	44	11	107	142	19

Landessteuern

Mill. EUR	95	104	95	134	94	116	118	133	110
-----------	----	-----	----	-----	----	-----	-----	-----	-----

Erbschaftsteuer	Mill. EUR	25	27	24	40	25	35	30	35	29
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	50	56	53	65	47	64	71	72	58
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	15	17	13	23	20	14	14	21	19
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	1	2	1	1	1	2	1
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	4	4	0	2	2	2	2

Einheit	2019	2020			2021			
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.

Gemeindesteuern	Mill. EUR	753	651	570	595	722	673	713	866	1 570
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	6	4	4	5	6	4
Grundsteuer B	Mill. EUR	143	148	154	163	135	143	161	162	140
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	581	479	394	406	564	514	536	682	1 407
sonstige Gemeindesteuern ¹	Mill. EUR	25	20	17	20	20	12	10	16	19

¹ Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

**noch: Steuern****Steuerverteilung****Steuereinnahmen der
Gemeinden und Gemeinde-
verbände**

Einheit	2019	2020				2021				
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.		
Mill. EUR	1 229	1 157	1 112	1 034	1 759	660	1 239	1 334	2 668	
Gewerbesteuer (netto) ¹	Mill. EUR	488	428	344	370	490	497	490	633	1 299
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	483	463	507	400	899	7	491	430	1 007
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	86	93	85	75	211	-4	82	87	199

Steuereinnahmen des Landes

Einheit	2019	2020		2021			2022			
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
Mill. EUR	1 161	1 136	1 064	1 527	1 034	1 030	2 089	2 119	1 343	
Landessteuern	Mill. EUR	95	104	95	134	94	116	118	133	110
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	565	526	407	927	480	266	1 403	1 630	449
Lohnsteuer	Mill. EUR	351	336	402	374	338	229	544	356	379
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	102	85	27	333	31	11	14	359	29
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	48	45	20	57	21	14	43	715	20
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	8	9	24	3	9	3	34	4	8
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	57	51	-66	161	80	10	769	196	12
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	478	497	561	444	454	615	564	323	781
Umsatzsteuer	Mill. EUR	358	334	369	237	316	403	336	237	359
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	121	162	192	207	138	211	228	87	422
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	7	6	0	15	4	23	2	23	2
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	13	1	-	-	-	-	-	-	-
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	3	3	0	6	2	10	1	10	1

Steuereinnahmen des Bundes

Mill. EUR	2 255	2 140	1 966	2 698	792	2 419	2 073	5 835	2 630	
Bundessteuern	Mill. EUR	91	87	74	195	56	15	109	151	30
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	640	614	517	1 082	477	345	1 474	1 787	457
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 517	1 433	1 374	1 406	254	2 036	486	3 873	2 141
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	7	6	0	15	4	23	2	23	2

¹ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im Februar 2022

Statistische Berichte

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Anbau von Blumen und Zierpflanzen zum Verkauf 2021

Kennziffer: C1093 202101

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten und Grünland im Dezember 2021

Kennziffer: C2013 202107

Baumschulerhebung 2021

Kennziffer: C2073 202101

Endgültige Ernteergebnisse von Feldfrüchten und Grünland 2021

Kennziffer: C2083 202100

Schafbestände und Schafhaltungen am 3. November 2021

Kennziffer: C3093 202100

Größenstruktur landwirtschaftlicher Betriebe 2021

Kennziffer: C4053 202100

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Unternehmensregister – Rechtliche Einheit und Niederlassungen 2020

Kennziffer: D2013 202000

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Dezember 2021 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit

50 und mehr Beschäftigten

Kennziffer: E1023 202112

Index des Auftragseingangs für das

Verarbeitende Gewerbe im Dezember 2021

Kennziffer: E1033 202112

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im Dezember 2021

Kennziffer: E1113 202112

Unternehmen und Investitionen im Bauhauptgewerbe 2020 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau

Kennziffer: E2043 202000

Unternehmen und Investitionen im Ausbaugewerbe 2020 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe

Kennziffer: E3043 202000

Stromabsatz und Erlöse 2020

Kennziffer: E4053 202000

Gasabsatz und Erlöse 2020

Kennziffer: E4063 202000

Stromerzeugungsanlagen der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe 2020

Kennziffer: E4073 202000

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe im November 2021

Kennziffer: G1023 202111

Aus- und Einfuhr im Dezember 2021

Kennziffer: G3023 202112

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im Dezember 2021

Kennziffer: G4023 202112

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im November 2021

Kennziffer: H1023 202111

Bestand an Kraftfahrzeugen und Kfz-Anhängern am 1. Januar 2021

Kennziffer: H1033 202100



Binnenschifffahrt im November 2021

Kennziffer: H2023 202111

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Schlüsselzuweisungen 2013

Kennziffer: L2093 201300

Schulden der öffentlichen Haushalte sowie der öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen und Unternehmen am 31. Dezember 2020

Kennziffer: L3013 202000

Die Umsätze und ihre Besteuerung 2017 –
Veranlagungen

Kennziffer: L4023 201700

Gewerbsteuer 2017

Kennziffer: L4133 201700

Verdienste, Arbeitskosten und -zeiten

Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich im 3. Vierteljahr 2021

Kennziffer: N1013 202143

Umwelt

Wassereigenversorgung und Abwasser-eigenentsorgung privater Haushalte 2019

Kennziffer: Q1013 201901

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im November 2021

Kennziffer: Z1013 202111

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe Februar 2022

Kennziffer: Z2201 202202

Tourismus in Rheinland-Pfalz – Strukturen,
längerfristige Trends und aktuelle Entwicklung
(Statistische Analyse N° 59)

Kennziffer: Z2168 202201

Faltblatt: Frauen in Rheinland-Pfalz 2022

Verzeichnisse und Adressarien

Amtliches Verzeichnis der Gemeinden und Gemein-
teile – Stand: Januar 2022

Kennziffer: A1132 202201

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Hier können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Titelfoto: © zakalinka – stock.adobe.com

Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte